

WIFO

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

 **MONATSBERICHTE**

**DEUTLICHERE ANZEICHEN FÜR EINE
KONJUNKTURERHOLUNG**

ZUR STEUERREFORM 2005

**DIE EINKOMMENSUNTERSCHIEDE NACH
WIRTSCHAFTSBRANCHEN IN ÖSTERREICH**

**DER ÖSTERREICHISCHE FORSCHUNGS- UND
TECHNOLOGIEBERICHT 2003**

12/2003

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Mag. Christian Domany, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Waltraud Klasnic, Landeshauptmann der Steiermark

Dkfm. Ferdinand Lacina

Dr. Stephan Koren, Generaldirektor der Österreichischen Postsparkasse AG

Univ.-Prof. Dr. Michael Landesmann, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Dr. Klaus Liebscher, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Dipl.-Ing. Peter Mitterbauer, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Sepp Rieder, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Dr. Norbert Rozenich

Herbert Schimetschek, Präsident der Oesterreichischen Nationalbank

Rudolf Schwarzböck, Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Abgeordneter zum Nationalrat Friedrich Verzetnitsch, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Mag. Thomas Wieser, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Vizepräsidenten

Dr. Erich Streissler, Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien

Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundesarbeitskammer

Kuratorium

August Astl, Giorgio Dominese, Wolfgang Duchatzek, Harald Ettl, Lorenz Fritz, Günther Goach, Rudolf Gruber, René Alfons Haiden, Franz Helbich, Hans Hofinger, Manfred Holztrattner, Hansjörg Jäger, Ernst John, Dietrich Kamek, Christian Konrad, Heinrich Kopetz, Paul Mailáth-Pokorny, Werner Muhm, Walter Netfig, Erich Pramböck, Erwin Pröll, Claus Raidl, Gerhard Randa, Wolfgang Ruttenstorfer, Herbert Sausgruber, Gerhard Silberbauer, Richard Silvestri, Herwig van Staa, Ulrich Stacher, Gerhard Steger, Andreas Treichl, Heinrich Treichl, Franz Vranitzky, Josef Wöhner, Bruno Zluwa

Leiter: Helmut Kramer

Stellvertretende Leiter: Karl Aiginger, Angela Köppl, Karl Musil

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Karl Aiginger, Josef Baumgartner, Gudrun Biffel, Michael Böheim, Fritz Breuss, Margarete Czerny, Martin Falk, Oliver Fritz, Alois Guger, Franz R. Hahn, Heinz Handler, Peter Huber, Ulrike Huebner, Gernot Hutschenreiter, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Wolfgang Klameth, Daniela Kletzan, Norbert G. Knoll, Angela Köppl, Kurt Kratena, Hannes Leo, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer, Peter Mayerhofer, Gerhard Palme, Michael Peneder, Wolfgang Pollan, Wilfried Puwein, Marcus Scheiblecker, Marianne Schöberl, Margit Schratzenstaller, Stephan Schulmeister, Franz Sinabell, Egon Smeral, Thomas Url, Ewald Walterskirchen, Yvonne Wolfmayr-Schnitzer, Michael Wüger

Wissenschaftliche Assistenz und Statistik

Martina Agwi, Christine Braun-Krone, Monika Dusek, Sabine Fragner, Ursula Glauningner, Lucia Glinesner, Andrea Grabmayer, Dagmar Guttman, Andrea Hartmann, Julia Hudritsch, Julia Hudritsch, Eva Jungbauer, Christine Kaufmann, Brigitte Klose, Susanne Kopal, Irene Langer, Eva Latschka, Elisabeth Lebar, Christa Magerl, Elisabeth Neppi-Oswald, Traude Novak, Birgit Novotny, Sonja Patsios, Waltraud Popp, Annamaria Rammel, Brigitte Schütz, Eva Sokoll, Martha Steiner, Maria Thalhammer, Roswitha Übl, Evelyn Wanderer, Alexandra Wegscheider, Gabriele Wellan, Dietmar Weinberger, Gertrude Wenz

Konsulenten

Peter Egger, Heinz Hollenstein, Michael Pfaffermayr, Kurt Rothschild, Stefan Schleicher, Gunther Tichy, Rudolf Winter-Ebner

Organisation und Verwaltung

Ulrike Bachmaier, Maria Bauer, Gertrude Czettl, Gabriela Hötzer, Christine Kautz, Gwendolyn Kremser, Peter Leser, Andrea Luger-Hoeffling, Eva Novotny, Robert Novotny, Vera Plass, Andrea Ranzenberger, Leopold Schehwendter, Ilse Schulz, Gabriele Schober, Gerhard Schwarz, Monika Skrobaneck, Kristin Smeral, Christine Stoidl, Karin Syböck, Marianne Uitz, Tatjana Weber

Herausgeber: Helmut Kramer
Schriftleiter: Wolfgang Pollan •
Redaktion: Ilse Schulz •
Technische Redaktion:
Tatjana Weber

Medieninhaber (Verleger) und
Redaktion: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,
Objekt 20

A-1103 Wien, Postfach 91 •
Telefon +43 1 798 26 01-0 •
Fax +43 1 798 93 86 •
<http://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung
Druck: Ueberreuter Print und Digimedia
GmbH., 2100 Korneuburg

P.b.b., Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1030

Preis pro Jahrgang (12 Hefte und
Online-Zugriff): € 204,00 • Preis pro
Heft: € 20,40 • Downloadpreis
pro Artikel: € 11,00

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches
Institut für Wirtschaftsforschung 2003

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Sie entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich.

Inhalt

855 ■ Deutlichere Anzeichen für eine Konjunkturerholung

Markus Marterbauer

Seit dem Frühherbst haben sich die Anzeichen für eine Verbesserung des Konjunkturklimas verstärkt. Die Unternehmen der Sachgütererzeugung melden im WIFO-Konjunkturtest eine Zunahme der Auftragseingänge und der Produktionstätigkeit. Die Konjunkturerholung geht von den USA und Asien aus, wo die Inlandsnachfrage boomt. Die positiven Impulse der Weltwirtschaft werden auch auf Europa übertragen, allerdings werden sie durch die Aufwertung des Euro erheblich abgeschwächt. In Österreich hält die Erholung in der Bauwirtschaft schon länger an als in der Industrie. Konsum und Einzelhandel entwickelten sich in den Sommermonaten hingegen schwach. Die Konjunkturerholung schlägt sich noch nicht auf dem Arbeitsmarkt nieder, die Zahl der Arbeitslosen steigt weiterhin merklich.

866 Kennzahlen zur Wirtschaftslage

Konjunkturindikatoren für das Ausland: Wechselkurse – Weltmarkt-Rohstoffpreise • Kennzahlen für Österreich: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995 – Zahlungsbilanz – Tourismus – Außenhandel – Zinssätze – Landwirtschaft – Sachgütererzeugung – Bauwirtschaft – Binnenhandel – Verkehr – Bankenstatistik – Arbeitsmarkt – Preise und Löhne – Staatshaushalt – Soziale Sicherheit – Umwelt – Entwicklung in den Bundesländern

879 Zur Steuerreform 2005

Margit Schratzenstaller

Für das Jahr 2005 ist eine zweite Stufe der Steuerreform geplant. Die Arbeit analysiert vor diesem Hintergrund mit Körperschaftsteuer, Einkommensteuer und der vermögensbezogenen Besteuerung drei zentrale Bereiche des österreichischen Steuersystems. Der tarifliche Körperschaftsteuersatz ist in Österreich höher als im EU-Durchschnitt und vor allem höher als in den Beitrittsländern. Eine Auswertung der relevanten aktuellen Studien zur Berechnung des effektiven Körperschaftsteuersatzes in den EU-Ländern zeigt aber, dass die Position Österreichs günstiger ist als der Tarif signalisiert. Auch der Einkommensteuer-Spitzensatz liegt in Österreich über dem Durchschnitt der Beitrittsländer. Für die niedrigen Einkommen könnten von einer Erwerbstätigkeit abhängige Steuernachlässe gewährt werden, um positive Arbeitsanreize zu erzielen. Die der Besteuerung von Grundvermögen zugrunde liegenden Einheitswerte weichen mit regionalen Unterschieden zunehmend von den Verkehrswerten ab.

901 Die Einkommensunterschiede nach Wirtschaftsbranchen in Österreich. Ein Vergleich zwischen Mikrozensus und Leistungs- und Strukturhebung

Wolfgang Pollan, Thomas Leoni

Eine Reihe von Studien zur persönlichen Einkommensverteilung basieren auf den Einkommensangaben aus dem Mikrozensus. Ein Vergleich des Mikrozensus mit der Leistungs- und Strukturhebung zeigt, dass der Mikrozensus die Einkommen in fast allen Abteilungen des produzierenden Sektors unterschätzt. Weitaus bedeutender als diese Unterschätzung ist aber der Befund, dass der Mikrozensus die Einkommensunterschiede zwischen den Wirtschaftsbranchen erheblich unterzeichnet.

Inhalt

911 **Der österreichische Forschungs- und Technologiebericht 2003**

Norbert Knoll et al.

Die Forschungsquote ist in Österreich in den letzten Jahren gestiegen und liegt mit 1,96% des BIP knapp über dem EU-Durchschnitt. Sie ist damit allerdings gemessen an der Wirtschaftskraft des Landes zu niedrig. In den nächsten Jahren sind besondere Anstrengungen erforderlich, um international vereinbarte Ziele (Barcelona-Ziel der EU: Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsquote auf 3% bis 2010) und den von der Bundesregierung selbst gesetzten Zwischenschritt (Steigerung auf 2,5% bis 2005) zu erreichen. Abgesehen vom erhöhten Finanzierungsbedarf für die öffentliche Hand und den privaten Unternehmenssektor können Engpässe bezüglich des verfügbaren Forschungspersonals die Umsetzung behindern. Erste wichtige Reformschritte wurden bereits gesetzt: Seit 2001 wurde die öffentliche Forschungsfinanzierung durch Sondermittel für Forschung und technologische Entwicklung maßgeblich ausgeweitet. Zudem bewirkten institutionelle und organisatorische Neuerungen eine Verbesserung der technologiepolitischen Strategieentwicklung.

Summaries

- 863 Clearer Signs of Cyclical Recovery
- 899 Tax Reform 2005
- 909 Wage Disparities by Economic Sectors in Austria
- 918 The Austrian Research and Technology Report 2003

Online-Zugriff <http://www.wifo.ac.at/publ/mb>

Alle Artikel seit 1998 im Volltext online verfügbar (PDF) • Seit 2003 als PDF- und als HTML-Version • Kostenloser Zugriff für Förderer und Mitglieder des WIFO sowie für Abonnenten

Markus Marterbauer

Deutlichere Anzeichen für eine Konjunkturerholung

Umfragen unter den Industrieunternehmen zeigen in Österreich wie im Euro-Raum seit dem Frühherbst eine merkliche Verbesserung des Konjunkturklimas. Positive Impulse gehen trotz des ungünstigen Wechselkursniveaus des Euro vor allem vom starken Wirtschaftswachstum in den USA und in Asien aus. Die Unternehmen der Sachgütererzeugung melden eine Erholung der Exportaufträge und erwarten eine deutliche Belebung der Produktion. In der Bauwirtschaft wird die Verbesserung im Tiefbau durch eine Erholung im Wohnbau ergänzt. Trotz stabiler Preise und höherer Realeinkommen entwickelte sich die Nachfrage der privaten Haushalte im Sommer verhalten. Auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich noch keine Erholung.

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. • Abgeschlossen am 3. Dezember 2003. • E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Ausgehend von den USA und Asien haben sich die Anzeichen für einen Aufschwung der Weltwirtschaft jüngst verstärkt. In den USA erhöhte sich die Nachfrage im III. Quartal markant; in Asien bildet China einen wichtigen Wachstumsmotor, die Erholung hat in den letzten Quartalen sogar die träge japanische Wirtschaft erfasst. Die positiven Impulse von der Weltwirtschaft werden für den Euro-Raum durch die Aufwertung des Euro erheblich abgeschwächt, im 2. Halbjahr kostet die Euro-Stärke laut Eurogrowth-Indikator 0,7 Prozentpunkte an Wirtschaftswachstum. Dennoch ist die Expansion der Weltwirtschaft stark genug, um auch im Euro-Raum eine Erholung auszulösen. Im III. Quartal wurde, vor allem dank einer Belebung des Exports, ein Wirtschaftswachstum von real knapp $\frac{1}{2}\%$ gegenüber dem Vorquartal verzeichnet. Dabei bleibt die anhaltende Schwäche der Binnennachfrage die zentrale wirtschaftliche Herausforderung im Euro-Raum. Die Ausrüstungsinvestitionen, denen eine Schlüsselfunktion für die Konjunktur zukommt, zeigten bis zuletzt keine Anzeichen einer Belebung.

Auch in Österreich mehren sich die Anzeichen für eine Konjunkturerholung. Zwar liegen keine rezenten Daten für Sachgüterproduktion, Export und Großhandel vor, die einen Anstieg von Nachfrage und Produktion belegen könnten, der WIFO-Konjunkturtest gibt aber seit September eine markante Verbesserung der Stimmung in der Exportindustrie wieder. Die Unternehmen beurteilen die Entwicklung der Auftragseingänge aus dem Ausland deutlich günstiger und melden auch eine verstärkte Produktionstätigkeit. Die optimistische Stimmung in den Unternehmen kommt auch darin zum Ausdruck, dass eine weitere Belebung der Geschäftslage in den nächsten sechs Monaten erwartet wird.

In der Bauwirtschaft hält die Erholung schon länger an als in der Industrie. Seit Anfang 2002 belebt sich der Tiefbau, vor allem dank der Steigerung der öffentlichen Infrastrukturaufträge. Zusätzlich gewinnen seit Anfang 2003 Auftragslage und Produktion im Wohnbau zügig an Dynamik.

Hingegen waren in den Sommermonaten der private Konsum und die Umsätze im Einzelhandel schwach. Zwar lassen die stabilen Preise erstmals seit zwei Jahren einen nennenswerten Anstieg der realen Bruttoeinkommen zu (Jänner bis Oktober $+1\frac{1}{4}\%$), allerdings steigen auch die Spareinlagen bei den Kreditinstituten merklich (September $+3,8\%$ gegenüber dem Vorjahr). Der Einzelhandel setzte im Sommer real etwas weniger um als ein Jahr zuvor. Nur der Kfz-Handel meldet ein gutes Verkaufsergebnis, die Pkw-Neuzulassungen steigen kräftig (Jänner bis Oktober $+6\%$).

Die von den Unternehmen günstiger eingeschätzte Konjunkturlage schlägt sich noch nicht auf dem Arbeitsmarkt nieder. Im November waren um 11.000 Personen mehr arbeitslos gemeldet als ein Jahr zuvor, die saisonbereinigte Arbeitslosenquote betrug 7,2% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 4,5% der Erwerbspersonen laut Eurostat. Die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten überstieg das Vorjahresniveau von Jänner bis November um 7.000 (November +14.800). Allerdings umfasst die Zahl der aktiv Beschäftigten auch mehrere Tausend Bezieher von Altersteilzeitgeld, die bereits geblockt ihre Freizeitphase in Anspruch nehmen. Während die Beschäftigung von Inländern weiter deutlich zurückgeht, erhöht sich jene der Ausländer beträchtlich.

USA und Asien als Konjunkturmotoren für die Weltwirtschaft

Der Wirtschaftsaufschwung geht in den USA von expansiver Fiskalpolitik und hoher Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte aus und hat nun auch die Investitionen in Ausrüstungsgüter und Software erreicht.

In den USA hat sich die Aufschwungstendenz gefestigt. Im III. Quartal wuchs das BIP nach vorläufigen Angaben des Bureau of Economic Analysis real gegenüber dem Vorquartal um 2%; das entspricht einem Zuwachs von 3½% gegenüber dem Vorjahr. Die Impulse für die rege Steigerung kommen von der Binnennachfrage. Privater und öffentlicher Konsum bilden weiterhin wesentliche Determinanten der Nachfrageexpansion. Unter dem Gesichtspunkt der Konjunkturbelebung erscheint vor allem die Aufwärtstendenz der Investitionen in Ausrüstungen und Software vielversprechend. Die Unternehmen des Industriesektors gewinnen an Zuversicht bezüglich der künftigen Entwicklung. Der Einkaufsmanagerindex des ISM ist seit dem Frühjahr markant gestiegen, er erreichte im November einen langjährigen Höchststand. Die Industrieproduktion hat sich von ihrem Tiefpunkt im April erholt, allerdings ist der Aufschwung nicht frei von Rückschlägen. Nach lebhaftem Produktionswachstum im September brachte der Oktober nur eine Stagnation auf dem Niveau des Vormonats. Insbesondere die Autoproduktion hat sich abgeschwächt.

In Asien expandiert die Wirtschaft weiterhin kräftig. Die starke Nachfrageausweitung in China gibt wichtige Impulse für die Wirtschaftsentwicklung in der gesamten Region. Selbst in Japan wächst das BIP nun seit mehreren Quartalen stetig. Im III. Quartal betrug der Zuwachs gegenüber der Vorperiode real ½%, das entspricht einer Rate von +2¼% gegenüber dem Vorjahr. Neben dem Export liefert auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen einen wesentlichen Wachstumsbeitrag. Das nominelle BIP erhöht sich hingegen aufgrund der anhaltenden Deflation kaum.

Anhaltend schwache Binnennachfrage im Euro-Raum

Im Euro-Raum wurde der Export im III. Quartal deutlich gesteigert. Hingegen bleiben Investitionen und privater Konsum schwach. Die Unternehmerstimmung hat sich sowohl in der Sachgütererzeugung als auch im Dienstleistungssektor markant verbessert.

Im Euro-Raum ist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage noch schwach. In Deutschland, Italien, den Niederlanden und Portugal schrumpfte das BIP im I. und II. Quartal jeweils gegenüber der Vorperiode, für den gesamten Euro-Raum ergab sich eine Stagnation. Im III. Quartal wuchs die Wirtschaft des Euro-Raumes laut vorläufigen Angaben der Europäischen Kommission gegenüber dem Vorquartal real um 0,4%; das entspricht einem Zuwachs von 0,3% gegenüber dem Vorjahr.

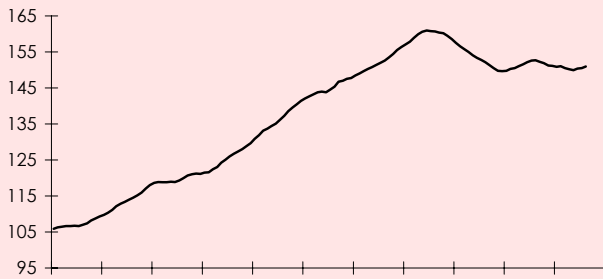
Während im 1. Halbjahr der Konsum der privaten Haushalte und des Staates stabilisierend auf die Konjunktur wirkte, kam im III. Quartal der wichtigste Impuls vom Export. Dies spiegelt den Aufschwung der Weltwirtschaft wider. Hingegen entwickelte sich die Binnennachfrage schwach. Besonders beunruhigend ist, dass sich der Abwärtstrend der Ausrüstungsinvestitionen fortsetzt – ohne eine Erholung der Investitionen ist kein Konjunkturaufschwung möglich. Das indikatorbasierte Quartalsprognosemodell der Europäischen Kommission lässt für den Euro-Raum ein Wirtschaftswachstum von +0,2% bis +0,6% gegenüber dem Vorquartal im IV. Quartal und +0,3% bis +0,7% im I. Quartal 2004 erwarten.

Vor allem in Deutschland leidet die Wirtschaft unter der anhaltenden Schwäche der Inlandsnachfrage. Deren saisonbereinigte Abnahme um real 1½% im III. Quartal gegenüber dem Vorquartal geht insbesondere auf den besorgniserregenden Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 3½% zurück, die Konsumausgaben der privaten Haushalte wurden zum zweiten Mal in Folge verringert (–½%). Die Schwäche der Inlandsnachfrage kommt auch in einem weiteren Rückgang der Importe zum Ausdruck. Nur der kräftige Wachstumsbeitrag der Exporte erlaubte einen geringfügigen Anstieg der Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal um 0,2%. Das reale BIP war allerdings noch immer niedriger als ein Jahr zuvor (–0,2%).

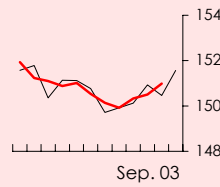
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1991 = 100

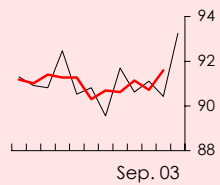
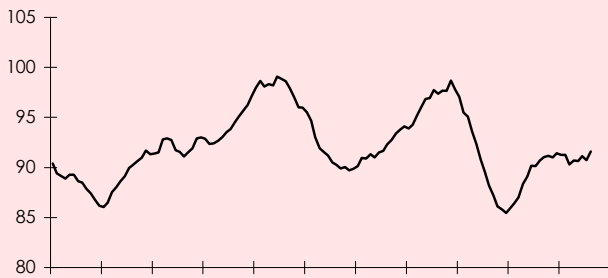
USA – Industrieproduktion



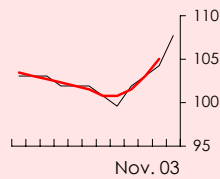
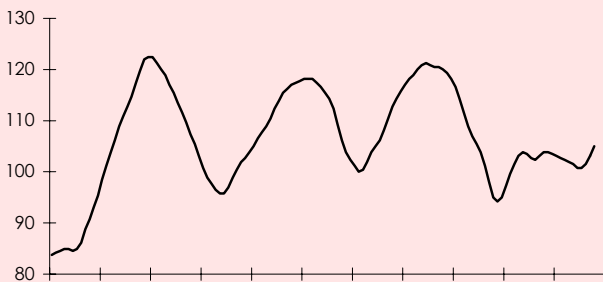
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



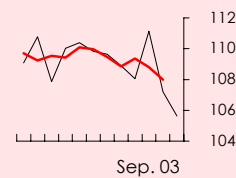
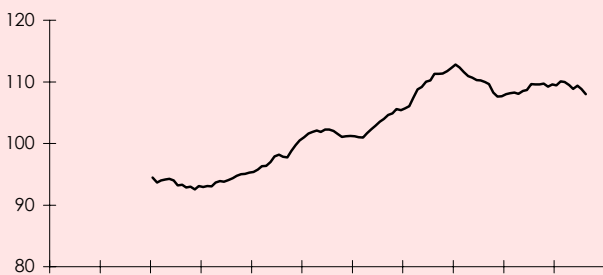
Japan – Industrieproduktion



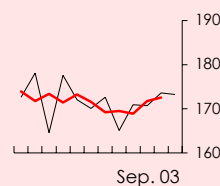
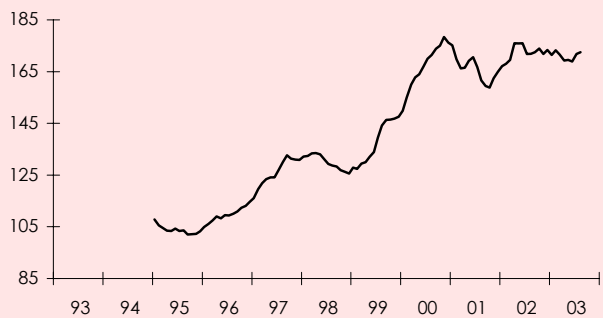
EU – Indikator für das Vertrauen in der Industrie



Deutschland – Industrieproduktion



Deutschland – Auftragseingänge Ausland



— Gleitende Dreimonatsdurchschnitte

Die Belebung der Auftragseingänge aus dem Ausland stimmt die Unternehmen in Deutschland zunehmend optimistisch. Der ifo-Geschäftsklimaindex verbesserte sich im November zum siebenten Mal in Folge. In den letzten Monaten beurteilten die Unternehmen nicht nur die künftige Lage, sondern auch die aktuelle Entwicklung von Produktion und Auftragseingängen günstiger.

Deutliche Anzeichen für eine Konjunkturbelebung spiegeln im Euro-Raum die Umfragen zum Unternehmensvertrauen wider. Die monatliche Befragung durch die Europäische Kommission ergab für September, Oktober und November eine beträchtliche Verbesserung der Einschätzung der Produktionserwartungen. Die Beurteilung der Auftragslage fiel wesentlich günstiger aus als im Sommer, vor allem die Auftragseingänge aus dem Ausland sind gestiegen. Die Publikation von Produktionsdaten hinkt hinter den Umfragen nach. Die vorhandenen Daten zeigen bis einschließlich August keine Aufwärtstendenz der Industrieproduktion. Allerdings ist angesichts der Unternehmensbefragungen zu vermuten, dass sich die Industrieproduktion im Euro-Raum im Herbst, getragen von steigender Nachfrage aus dem Ausland, merklich belebt hat.

In der Bauwirtschaft ist im Euro-Raum keine Belebung festzustellen. In Deutschland verschlechtert sich die Lagebeurteilung durch die Bauunternehmen zumindest nicht mehr weiter. Hingegen hellt sich im Euro-Raum die Stimmung im Dienstleistungssektor markant auf. Das Konsumentenvertrauen erholt sich langsam, jedoch liegt der Vertrauensindikator noch merklich unter dem langjährigen Durchschnitt.

Stärke des Euro dämpft Wirtschaftswachstum

Die Verbesserung der Stimmung in den Unternehmen im Euro-Raum ist durch die Konjunkturerholung in den USA und den zu erwartenden Sogeffekt für Export und Produktion in Europa bedingt. Allerdings dämpft die kräftige Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar die Übertragung des Aufschwungs aus den USA auf Europa. Der Wechselkurs betrug im November durchschnittlich 1,17 \$ je €, Anfang Dezember erreichte der Wechselkurs sogar einen neuen Höchstwert von 1,20 \$ je €. Laut Eurogrowth-Indikator dämpfte die Aufwertung des Euro das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum im 1. Halbjahr 2003 um 0,4 Prozentpunkte. Im 2. Halbjahr kostet die Stärke des Euro etwa 0,7 Prozentpunkte an Wachstum des BIP.

Den dämpfenden Auswirkungen auf den Export stehen positive Effekte auf die Importpreise gegenüber. Die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar schirmt Europa gegenüber dem hohen Niveau der Erdölpreise ab. Rohöl kostete auf den Weltmärkten in den letzten Wochen nur geringfügig weniger als 30 \$ je Barrel. Während der HWWA-Index der Rohstoffpreise auf Dollarbasis im Oktober um 9% über dem Niveau des Vorjahres lag, blieb er auf Euro-Basis um 9% unter dem Vorjahresniveau. Allerdings verschärft sich im Bereich bestimmter Fertigwaren der Importdruck, vor allem aus Asien.

Bessere Stimmung in der Exportindustrie

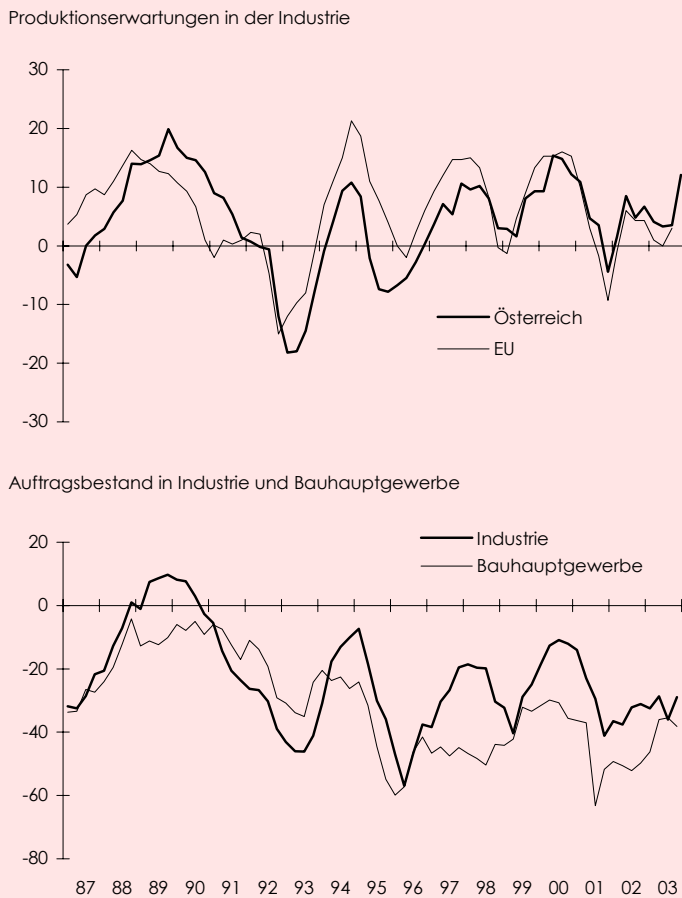
Die Veröffentlichung von Produktionsdaten hinkt weit nach. Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests lassen auf eine Erholung der Industrieproduktion im Herbst schließen.

Rund um den Wendepunkt des Konjunkturzyklus behindert das Fehlen aktueller Daten die Analyse besonders. Während sich die Auftragseingänge aus dem Ausland gemäß den aktuellen Konjunkturumfragen deutlich verbessert haben, zeichnet sich in den Außenhandels- und Produktionsdaten noch keine Tendenz zur Erholung ab.

Die Außenhandelsstatistik reicht derzeit bis August. Der Warenexport entsprach im Juli und August nominell etwa dem Niveau des Vorjahres, in den ersten acht Monaten des Jahres blieb er kumuliert leicht darunter. Vor allem die Nachfrage aus dem EU-Binnenmarkt war schwach (Jänner bis August nominell -1,5%). In den Sommermonaten erholte sich die Ausfuhr nach Ost-Mitteuropa (insbesondere nach Tschechien), jene nach Südosteuropa expandierte anhaltend kräftig. Der ungünstige Wechselkurs des Euro erschwert den Export in die USA und nach Japan. Österreich profitiert vom Importboom in den USA direkt kaum – die Ausfuhr in die USA war in den ersten acht Monaten des Jahres nominell um 7% niedriger als im Vorjahr.

Abbildung 2: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



Der von Statistik Austria erhobene Produktionsindex für die Sachgütererzeugung reicht derzeit nur bis April. Rezentere Daten für die Industriekonjunktur liefert der WIFO-Konjunkturtest. Die Produktionserwartungen der Industrieunternehmen waren bis zum Sommer etwas ungünstiger, seit September haben sie sich aber deutlich verbessert. Nachdem die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung im 1. Halbjahr real unter dem Niveau des Vorjahres gelegen war, dürfte sie im III. Quartal bereits gestiegen sein.

Während der Warenexport in den ersten acht Monaten 2003 gegenüber dem Vorjahr stagnierte, wurden die Warenimporte leicht ausgeweitet (nominell +1¼%). Allerdings ergab sich auch hier im Sommer ein leichter Rückgang, der auf eine anhaltende Schwäche der Inlandsnachfrage hindeutet. Weder die Einfuhr von Industriewaren insgesamt noch jene von Investitionsgütern hat sich belebt.

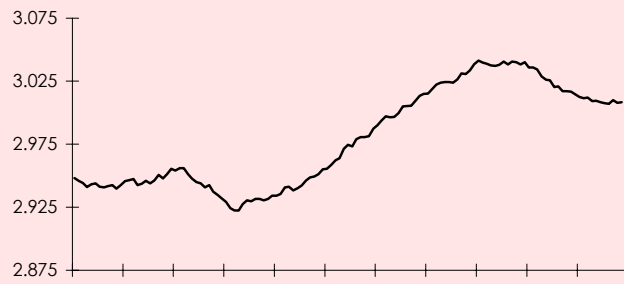
Die Leistungsbilanz wies laut Cash-Daten im I. bis III. Quartal 2003 einen Abgang von etwa 1 Mrd. € auf; auf dem Accrual-Prinzip basierende Daten liegen erst für das 1. Halbjahr vor, sie zeigen einen Überschuss in der gleichen Höhe.

Der österreichische Tourismus behauptet sich vor dem Hintergrund der Stagnation der Wirtschaft in vielen Herkunftsländern und der Stärke des Euro gut. Die Zahl der Nächtigungen überstieg das Vorjahresergebnis in den ersten drei Quartalen um 1½%. Zuwächse auf den europäischen Märkten glichen dabei die markanten Einbußen in Übersee aus. Die Erlöse aus dem Reiseverkehrsexport waren etwas höher als im Vorjahr.

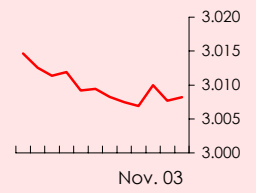
Außenwirtschaft wenig dynamisch

Abbildung 3: Wirtschaftspolitische Eckdaten

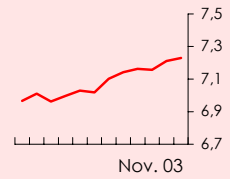
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



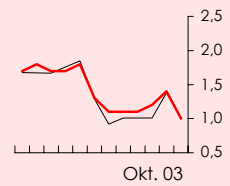
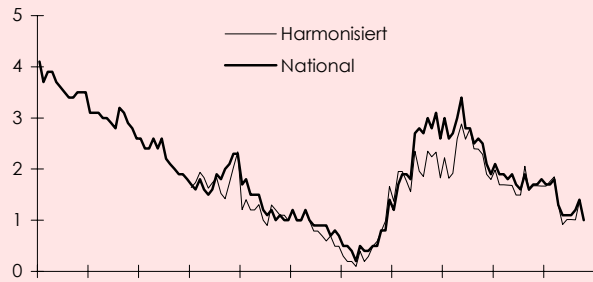
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



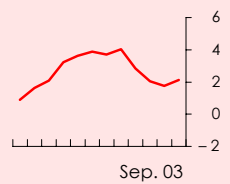
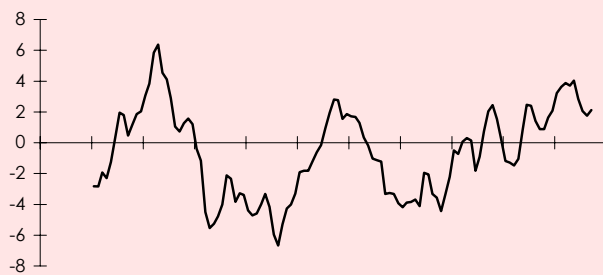
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



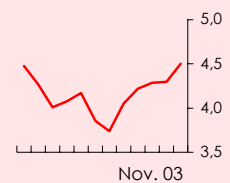
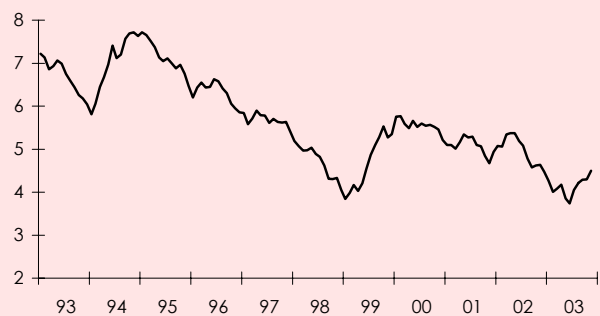
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



¹⁾ Unselbständig Beschäftigte ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst.

Auch für die Bauwirtschaft fehlen aktuelle Produktionsdaten. Die im WIFO-Konjunkturtest befragten Unternehmen melden seit Jahresbeginn eine stetige Erhöhung der Bautätigkeit. Im Tiefbau verbessert sich die Auftragslage schon seit Anfang 2002, primär dank der Ausweitung des Finanzierungsrahmens für den Infrastrukturausbau. Heuer fällt vor allem die zügige Erholung im Wohnbau auf. Die Zahl der bewilligten Wohnungen erhöhte sich merklich, die Unternehmen des Hochbaus melden eine sprunghafte Verbesserung von Auftragslage und Bautätigkeit.

Die realen Umsätze im Einzelhandel blieben in den Sommermonaten unter den Erwartungen. Während im 1. Halbjahr real um fast 2% mehr verkauft wurde als im Vorjahr, wurde im Sommer ein Rückgang verzeichnet; allerdings erscheint besonders in den letzten Monaten die Differenz zwischen nominellen und realen Werten ungewöhnlich hoch. Der Kfz-Handel verläuft rege, von Jänner bis Oktober wurden um 6% mehr Pkw neu zugelassen als im Vorjahr. Der Großhandel litt im Sommer unter der Flaute im Außenhandel.

Die Bankenstatistik weist ein kräftiges Wachstum der Spareinlagen aus. Im September lagen sie um 3,8% über dem Niveau des Vorjahres. Hingegen stagnierte die Vergabe von Direktkrediten an Unternehmen und Haushalte trotz des deutlichen Rückgangs der Kreditzinssätze (+0,9%).

Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex lag von Jänner bis Oktober im Durchschnitt um 1,3% höher als im Vorjahr, im Oktober betrug die Inflationsrate 1,0%. Die Preise von Nahrungsmitteln und Getränken, vor allem in Restaurants, steigen etwas kräftiger als der Durchschnitt des Warenkorb. Die Stärke des Euro schlägt sich in einer verhaltenen Verteuerung von Energie und damit der Aufwendungen für Wohnung und Verkehr nieder.

Die niedrige Inflation hat eine Steigerung der Realeinkommen je Arbeitnehmer zur Folge: Die Tariftlöhne lagen von Jänner bis Oktober um 2,2% über dem Niveau des Vorjahres. Die Effektivverdienste dürften pro Kopf geringfügig rascher gestiegen sein. Somit kann nach zwei Jahren geringer Einkommenszuwächse heuer eine nennenswerte Erhöhung der Bruttorealeinkommen verzeichnet werden.

Trotz der leichten Konjunkturerholung im Herbst zeichnet sich noch keine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ab. Im November lag die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen mit 248.000 um 11.000 über dem Niveau des Vorjahres. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote betrug 7,2% der unselbständigen Erwerbspersonen. Die Zahl jener Arbeitssuchenden, die aufgrund ihrer Teilnahme an Schulungen nicht als arbeitslos gezählt werden, betrug zuletzt 44.000 (+1,4% gegenüber dem Vorjahr).

Gleichzeitig steigt die Zahl der aktiv Beschäftigten (November +14.800 gegenüber dem Vorjahr). Die kräftige Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes geht primär auf die starke Zunahme der Zahl ausländischer Arbeitskräfte zurück. Dies ist eine Folge großzügigerer Regelungen für die Beschäftigung von Saisoniers und einer Neuregelung des Zugangs von Ausländern mit längerer Aufenthaltsdauer zum Arbeitsmarkt.

Merkliche Erholung im Wohnbau

Schwacher Einzelhandel, stabile Preise

Die anhaltende Preisstabilität lässt ein reales Wachstum der Bruttoeinkommen zu. Es übertrug sich im Sommer allerdings nicht auf die Nachfrage im Einzelhandel. Nur der Kfz-Handel verzeichnet merkliche Zuwächse.

Weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit

AUSTRIAN ECONOMIC QUARTERLY

<p>4/2002 • pp. 156-166</p> <p>4/2002 • pp. 167-175</p> <p>4/2002 • pp. 176-190</p> <p>4/2002 • pp. 191-206</p> <p>1/2003 • pp. 1-11</p> <p>1/2003 • pp. 12-22</p> <p>1/2003 • pp. 23-39</p> <p>2/2003 • pp. 40-50</p> <p>2/2003 • pp. 51-63</p> <p>2/2003 • pp. 64-70</p> <p>3/2003 • pp. 71-83</p> <p>3/2003 • pp. 84-101</p> <p>3/2003 • pp. 102-117</p> <p>4/2003 • pp. 118-130</p>	<p>Business Cycle Recovery Delayed. Economic Outlook for 2002 and 2003 <i>Ewald Walterskirchen</i></p> <p>Price Development upon Introduction of Euro Banknotes and Coins <i>Wolfgang Pollan</i></p> <p>Austrian Competition Policy: Quo Vadis? <i>Michael Böheim</i></p> <p>Evaluation of Macro-economic Forecasts for Austria in the 1980s and 1990s <i>Josef Baumgartner</i></p> <p>Sluggish Recovery in 2003. Economic Outlook for 2003 and 2004 <i>Ewald Walterskirchen</i></p> <p>The Austrian Research and Technology Report for 2002 <i>Norbert Knoll</i></p> <p>Constructing Regional Input-Output Tables for Austria <i>Oliver Fritz, Raimund Kurzmann, Gerold Zakarias, Gerhard Streicher</i></p> <p>Economic Growth Remaining Subdued. Economic Outlook for 2003 and 2004 <i>Markus Marterbauer</i></p> <p>The New Basel Capital Accord (Basel II) from a Macroeconomic Point of View <i>Franz R. Hahn</i></p> <p>Occupational Pension Schemes in Austria <i>Thomas Url</i></p> <p>Business Cycle Upturn not in Sight. Economic Outlook for 2003 and 2004 <i>Markus Marterbauer</i></p> <p>The Reform of the Common Agricultural Policy. Consequences for the Austrian Agricultural Sector <i>Franz Sinabell, Erwin Schmid</i></p> <p>Federal Budget 2003-04: Postponing the Goal of a Balanced Budget <i>Gerhard Lehner, Margit Schratzenstaller</i></p> <p>Weakness of Aggregate Demand to be Gradually Overcome. Economic Outlook for 2003 and 2004 <i>Markus Marterbauer</i></p>
---	--

Online access with free abstract list: <http://www.wifo.ac.at/publ/quarterly> • Available as an exclusively electronic publication, both in HTML as well as PDF format • Annual subscription rate € 75 • Single access to "Economic Outlook" € 22, to other articles € 11

Markus Marterbauer

Clearer Signs of Cyclical Recovery

Surveys among industrial companies show a significant improvement of the business climate both in Austria and the euro area. Positive incentives are coming mainly from strong economic growth in the USA and in Asia, in spite of the strong euro exchange rate. Companies in manufacturing report a recovery in export orders and expect a noticeable revival of production. In the construction sector, the improvement in civil engineering is being followed by a pick-up of residential building. Despite an overall stable price level and higher real incomes, demand from private households was modest over the summer. No upturn is as yet visible on the labour market.

All staff members of the Austrian Institute of Economic Research contribute to the Business Cycle Report. • Cut-off date: 3 December 2003 • E-Mail Address: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Starting from the USA and Asia, indications for an upswing of the global economy have become stronger in recent weeks and months. In the USA, aggregate demand rose markedly in the third quarter. China is a major growth engine in Asia, where the recovery has over the last few quarters spread even to the sluggish Japanese economy. The positive external incentives for the euro area are dampened by the marked appreciation of the euro: the latter, according to the "eurogrowth" indicator, has shaved 0.7 percentage points off GDP growth in the second semester. Still, the momentum of the world economy is strong enough to trigger a recovery also in the euro area. In the third quarter, real GDP rose by nearly ½ percent from the previous period, mainly driven by a rebound in exports. However, the persistent weakness of domestic demand remains the key problem for the euro area. Investment in machinery and equipment, which plays a pivotal role in the business cycle, has so far shown no signs of recovery.

Indications for a pick-up in activity are becoming more frequent also in Austria. While no recent data are available for manufacturing output, exports or wholesale trade that could confirm an increase in demand and production, the WIFO business survey since September suggests a marked improvement in business confidence in the export-oriented sector. Companies on balance see a clear improvement of incoming orders from abroad and report an increase in production. Greater optimism in the corporate sector is confirmed also by a further rise in expectations for the next six months.

In the construction sector, the recovery has come underway earlier than in manufacturing industry. Activity in civil engineering has picked up since early 2002, mainly due to an increase in public orders for infrastructure investment. Since the beginning of 2003, demand and output in residential construction is also gaining momentum. However, private consumption and retail sales were lacklustre during last summer. While stable prices allow real gross incomes to rise significantly for the first time in two years (January to October +1¼ percent year-on-year), savings with financial institutions are also going up (September +3.8 percent year-on-year). Volume retail sales in summer were slightly down from last year, with the exception of motor car sales, with new car registrations exceeding the year-earlier level by 6 percent in the first ten months.

Rising business confidence is not yet feeding through to the labour market. In November, 11,000 more people were registered as unemployed than one year ago; the seasonally-adjusted rate of unemployment stood at 7.2 percent of the depend-

ent labour force and 4.5 percent of the total labour force according to Eurostat definitions. The number of actively employed rose by 14,800 from the year-earlier level in November (January to November +7,000). However, that number also includes a couple of thousands recipients of partial retirement benefits ("Altersteilzeitgeld") who have lumped and back-loaded their time off work. While the number of domestic employees continues to decline, that of foreigners is firmly heading up.

Serguei Kaniovski
Kurt Kratena
Markus Marterbauer

■ Auswirkungen öffentlicher Konjunkturimpulse auf Wachstum und Beschäftigung

Das WIFO untersucht die Wirkungen einer antizyklischen Budgetpolitik auf Wachstum und Beschäftigung mit dem WIFO-Makromodell und dem Modell "WIFO-Multimac". Im Simulationsdesign wird angenommen, dass auf einen expansiven fiskalischen Impuls im Konjunkturtief restriktive Maßnahmen der Gegenfinanzierung bei überdurchschnittlicher Kapazitätsauslastung folgen. Als besonders wirkungsvolle Maßnahme der Konjunkturbelebung erweist sich die Ausweitung öffentlicher Infrastrukturinvestitionen – sie löst kräftige Zuwächse für BIP und Beschäftigung aus. Selbst nach vollständiger Gegenfinanzierung verbleiben mittelfristig positive gesamtwirtschaftliche Impulse. Eine Ausweitung der öffentlichen Nachfrage nach Informations- und Kommunikationstechnologien hat kurzfristig etwas schwächere Effekte. Der Wachstumseffekt einer Senkung der Lohn- und Einkommensteuer ist generell geringer als jener einer Erhöhung der Staatsausgaben. Wird die Steuersenkung auf das untere Einkommensdr Drittel konzentriert, so entstehen aufgrund der hohen Konsumneigung merkliche expansive Effekte auf BIP und Beschäftigung. Eine steuerliche Entlastung des mittleren und des oberen Einkommensdrittels löst wesentlich schwächere gesamtwirtschaftliche Wirkungen aus. Die Effekte einer Entlastung des Faktors Arbeit hängen sehr stark von den gewählten Annahmen ab.

- **Ausgangslage und Ansatzpunkte für die Konjunkturpolitik**
- **Effizienz der Fiskalpolitik – ein Überblick über theoretische und empirische Literatur**
- **Design der Simulationen**
- **Kurz- und mittelfristige Wirkungen einer Steigerung der Infrastrukturinvestitionen**
- **Wirkungen einer Steigerung der Investitionen in Informationstechnologien**
- **Senkung der Lohnsteuer**
- **Entlastung des Faktors Arbeit**
- **Anhang: Das WIFO-Makromodell – Das disaggregierte makroökonomische Modell des WIFO (MULTIMAC)**

Im Auftrag der Bundesarbeits-
kammer • Oktober 2003 •
53 Seiten • 30,00 €, Download
24,00 €

Download:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24614

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz,
A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<http://www.wifo.ac.at/cqi-bin/tabellen/tabhome.cqi>).

Konjunkturindikatoren für das Ausland

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die EU
- Übersicht 4: Dreimonatszinssatz
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWA-Index

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995

- Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

Zahlungsbilanz

- Übersicht 10: Cash-Prinzip
- Übersicht 11: Accrual-Prinzip

Tourismus

- Übersicht 12: Übernachtungen
- Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus
- Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)
- Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

Außenhandel

- Übersicht 16: Warenexporte
- Übersicht 17: Warenimporte

Zinssätze

- Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

Landwirtschaft

- Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995
- Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

Sachgütererzeugung

- Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Bauwirtschaft

- Übersicht 23: Produktion
- Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

Binnenhandel

- Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung im Einzelhandel

Verkehr

- Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr

Bankenstatistik

- Übersicht 27: Einlagen und Kredite

Arbeitsmarkt

- Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenantrag

Preise und Löhne

- Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 32: Tariflöhne
- Übersicht 33: Effektivverdienste

Staatshaushalt

- Übersicht 34: Staatsquoten

Soziale Sicherheit

- Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung
- Übersicht 38: Beiträge des Bundes

Umwelt

- Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen
- Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 41: Bruttowertschöpfung
- Übersicht 42: Tourismus
- Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
- Übersicht 46: Arbeitslosenquote

Konjunkturindikatoren für das Ausland

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2000	2001	2002	2002 IV. Qu.	I. Qu.	2003 II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	2003 Juli	August	Septem- ber	Oktober
	In % der Erwerbspersonen, saisonbereinigt												
OECD insgesamt	6,3	6,5	7,0	7,1	7,0	7,2	7,2	7,2	7,3	7,2	7,1	7,2	.
USA	4,0	4,8	5,8	5,9	5,8	6,2	6,1	6,1	6,4	6,2	6,1	6,1	.
Japan	4,7	5,0	5,4	5,4	5,4	5,4	5,2	5,4	5,3	5,3	5,1	5,2	.
Kanada	6,8	7,2	7,6	7,6	7,4	7,7	7,9	7,8	7,7	7,8	8,0	8,0	.
EU	7,8	7,4	7,7	7,8	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	.
Euro-Raum	8,5	8,0	8,4	8,6	8,7	8,8	8,8	8,8	8,8	8,8	8,8	8,8	.
Deutschland	7,8	7,8	8,6	8,9	9,2	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	.
Frankreich	9,3	8,5	8,8	9,0	9,2	9,3	9,5	9,3	9,4	9,4	9,4	9,5	.
Italien	10,4	9,4	9,0	8,9	8,9	8,6	.	8,6	8,6	8,5	.	.	.
Spanien	11,3	10,6	11,3	11,5	11,4	11,3	11,2	11,3	11,3	11,2	11,2	11,2	.
Niederlande	2,8	2,4	2,8	3,1	3,6	4,0	.	4,0	4,1	4,1	4,2	.	.
Belgien	6,9	6,7	7,3	7,5	7,8	7,9	8,1	7,9	8,0	8,1	8,0	8,0	.
Österreich	3,7	3,6	4,3	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,4	4,5	4,5	4,5	4,5
Portugal	4,1	4,1	5,0	6,0	6,2	6,5	7,0	6,5	6,6	6,8	6,9	7,3	.
Finnland	9,7	9,1	9,1	9,0	9,1	9,2	9,0	9,2	9,1	9,1	9,0	8,9	.
Griechenland	11,0	10,4	9,9	9,6	9,4	9,2	.	9,2	9,2
Irland	4,3	3,9	4,4	4,4	4,5	4,6	4,7	4,6	4,7	4,7	4,7	4,7	.
Luxemburg	2,3	2,1	2,8	3,1	3,3	3,6	3,8	3,6	3,7	3,8	3,8	3,8	.
Großbritannien	5,4	5,0	5,1	5,0	5,0	5,0	.	4,9	5,0	5,0	.	.	.
Schweden	5,6	4,9	4,9	5,1	5,3	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,5	.
Dänemark	4,4	4,3	4,5	4,7	5,0	5,2	5,4	5,2	5,3	5,3	5,4	5,5	.
Schweiz ¹⁾	1,8	1,7	2,5	3,0	3,2	3,7	3,9	3,7	3,8	3,8	3,9	4,0	.
Norwegen	3,4	3,6	3,9	4,1	4,2	4,6	.	4,6	4,6	4,6	4,6	.	.
Polen	16,4	18,5	19,9	20,2	20,2	20,1	20,0	20,1	20,1	20,0	20,0	20,0	.
Ungarn	6,3	5,6	5,6	5,8	5,8	5,9	5,8	5,9	5,8	5,8	5,8	5,9	.
Tschechien	8,7	8,0	7,3	7,2	7,1	7,0	6,9	7,0	6,9	6,9	6,8	6,8	.
Slowakei	18,7	19,4	18,6	18,1	17,3	16,6	16,0	16,6	16,4	16,2	16,0	15,9	.

Q: Eurostat, OECD, – ¹⁾ Nationale Definition. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2000	2001	2002	2002	2003			2003			September	Oktober	
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli			August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 3,9	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	.
USA	+ 3,4	+ 2,8	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,3	.
Japan	- 0,7	- 0,7	- 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,2	.
Kanada	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 3,8	+ 4,5	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,2	.
EU	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	.
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,2	.
Deutschland	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,1	.
Frankreich	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,3	.
Italien	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	+ 3,0	.
Spanien	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,0	.
Niederlande	+ 2,3	+ 5,1	+ 3,9	+ 3,3	+ 2,8	+ 2,2	.	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	.	.
Belgien	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	.
Österreich	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,0
Portugal	+ 2,8	+ 4,4	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,4	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,2	.
Finnland	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	.
Griechenland	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,5	.	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,3	.	.
Irland	+ 5,3	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,8	.
Luxemburg	+ 3,8	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,7	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,7	.
Großbritannien	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	.
Schweden	+ 1,3	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,9	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	.
Dänemark	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,2	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,7	.
Schweiz	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	- 0,1
Norwegen	+ 3,0	+ 2,7	+ 0,8	+ 1,9	+ 3,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,9	.
Polen	+ 10,1	+ 5,5	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	.
Ungarn	+ 9,8	+ 9,2	+ 5,3	+ 4,8	+ 4,7	+ 3,9	+ 4,7	+ 3,6	+ 4,3	+ 4,7	+ 4,7	+ 4,7	.
Tschechien	+ 3,9	+ 4,8	+ 1,8	+ 0,5	- 0,4	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	.
Slowakei	+ 12,0	+ 7,3	+ 3,1	+ 2,9	+ 7,6	+ 7,9	+ 9,1	+ 7,6	+ 8,5	+ 8,7	+ 9,2	+ 9,5	.

Q: Statistik Austria, OECD. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die EU

	2000	2001				2002				2003			
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt												
Auftragsbestände	+ 1	- 2	- 10	- 18	- 27	- 28	- 25	- 26	- 26	- 22	- 26	- 29	- 24
Exportauftragsbestände	+ 2	- 2	- 10	- 19	- 26	- 30	- 24	- 21	- 20	- 21	- 25	- 28	- 24
Fertigwarenlager	+ 6	+ 8	+ 12	+ 15	+ 17	+ 16	+ 13	+ 12	+ 11	+ 11	+ 11	+ 13	+ 12
Produktionserwartungen	+ 16	+ 13	+ 4	+ 2	- 10	- 5	+ 6	+ 3	+ 7	+ 0	+ 0	- 1	+ 7
Verkaufspreiserwartungen	+ 11	+ 10	+ 2	- 2	- 5	- 9	- 1	+ 0	+ 1	+ 0	+ 0	- 6	- 3

Q: Europäische Kommission (DG-ECFIN). • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssatz

	2000	2001	2002	2002	2003			2003			September	Oktober	
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli			August
	In %												
USA	6,5	3,7	1,7	1,5	1,3	1,2	1,1	1,2	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1
Japan	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	.
Kanada	5,8	4,0	2,6	2,8	3,0	3,3	.	3,3	3,2	3,0	.	.	.
Euro-Raum	4,4	4,3	3,3	3,1	2,7	2,4	2,1	2,4	2,2	2,1	2,1	2,2	2,1
Großbritannien	6,1	5,0	4,0	3,9	3,7	3,6	3,5	3,6	3,6	3,4	3,5	3,6	3,7
Schweden	4,0	3,7	4,1	3,9	3,6	3,1	2,7	3,2	2,8	2,7	2,7	2,7	2,7
Dänemark	4,9	4,6	3,5	3,2	2,8	2,4	2,1	2,5	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2
Schweiz	3,0	2,8	1,0	0,6	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Norwegen	6,7	7,2	6,9	6,9	5,7	4,7	3,1	4,9	4,0	3,5	3,1	2,8	2,9
Polen	16,6	13,8	6,4	4,4	3,9	3,6	3,3	0,0	5,1	5,0	0,0	5,0	.
Ungarn	11,0	10,8	8,9	8,9	6,4	6,6	9,5	6,4	7,0	9,4	9,6	9,4	.
Tschechien	5,4	5,2	3,5	2,7	2,5	2,4	2,1	2,5	2,3	2,3	2,1	2,1	2,1

Q: OECD. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2000	2001	2002	2002	2003			2003			September	Oktober	November
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August			
	In %												
USA	6,0	5,0	4,6	4,0	3,9	3,6	4,2	3,3	4,0	4,4	4,3	4,3	.
Japan	1,8	1,3	1,3	1,0	0,8	0,6	1,2	0,6	1,0	1,1	1,5	1,4	.
Kanada	5,9	5,5	5,3	5,1	5,0	4,6	4,8	4,4	4,8	5,0	4,6	4,8	.
Euro-Raum	5,4	5,0	4,9	4,5	4,2	4,0	4,2	3,7	4,1	4,2	4,2	.	.
Deutschland	5,3	4,8	4,8	4,4	4,0	3,9	4,1	3,6	4,0	4,1	4,2	4,2	.
Frankreich	5,4	4,9	4,9	4,5	4,1	3,9	4,1	3,7	4,0	4,2	4,2	4,3	.
Italien	5,6	5,2	5,0	4,7	4,2	4,1	4,2	3,8	4,1	4,3	4,3	4,4	.
Spanien	5,5	5,1	5,0	4,6	4,1	3,9	4,1	3,7	4,0	4,2	4,2	4,3	.
Niederlande	5,4	5,0	4,9	4,5	4,1	4,0	4,1	3,7	4,0	4,2	4,2	4,3	.
Belgien	5,6	5,1	5,0	4,6	4,2	4,0	4,2	3,7	4,1	4,2	4,3	4,3	.
Österreich	5,6	5,1	5,0	4,6	4,1	3,9	4,2	3,7	4,0	4,2	4,3	4,3	4,5
Portugal	5,6	5,2	5,0	4,6	4,1	4,0	4,2	3,8	4,1	4,3	4,3	4,4	.
Finnland	5,5	5,0	5,0	4,6	4,1	3,9	4,1	3,7	4,0	4,2	4,2	4,3	.
Irland	5,5	5,0	5,0	4,6	4,1	3,9	4,1	3,7	4,0	4,2	4,2	.	.
Luxemburg	5,5	4,9	4,7	4,1	3,6	3,3	3,1	2,8	2,8	3,2	3,2	.	.
Großbritannien	5,3	5,0	4,9	4,5	4,3	4,4	4,6	4,2	4,5	4,6	4,8	5,0	.
Schweden	5,4	5,1	5,3	5,0	4,6	4,4	4,6	4,2	4,5	4,7	4,7	4,8	.
Dänemark	5,6	5,1	5,1	4,7	4,3	4,1	4,3	3,8	4,2	4,3	4,4	4,4	.
Schweiz	3,9	3,4	3,2	2,7	2,4	2,5	2,8	2,6	2,7	2,9	2,8	2,9	.
Norwegen	6,4	6,3	6,4	5,9	5,2	4,5	4,3	4,0	4,3	4,4	4,3	4,4	.

Q: OeNB, OECD. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2000	2001	2002	2002 IV. Qu.	I. Qu.	2003 II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	2003 August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	0,92	0,90	0,94	1,00	1,07	1,14	1,12	1,17	1,14	1,11	1,12	1,17	1,17
Yen	99,53	108,73	118,07	122,47	127,63	134,67	132,10	138,05	134,99	132,38	128,94	128,12	127,84
Schweizer Franken	1,56	1,51	1,47	1,47	1,47	1,52	1,54	1,54	1,55	1,54	1,55	1,55	1,56
Pfund Sterling	0,61	0,62	0,63	0,64	0,67	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70	0,69
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,3	+ 4,4	+ 4,6	+ 2,9	+ 4,0	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,2	.
Industriewaren	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 2,2	+ 4,1	+ 4,4	+ 2,9	+ 3,9	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,1	.
Real	- 3,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,5	+ 3,6	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,1	.	.
Industriewaren	- 3,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,7	+ 3,5	+ 3,6	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,3	.	.

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWA-Index

	2000	2001	2002	2002 IV. Qu.	I. Qu.	2003 II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	2003 Juli	August	Septem- ber	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	+ 31,0	- 10,3	+ 0,7	+ 24,4	+ 33,3	+ 6,6	+ 6,7	+ 5,3	+ 10,9	+ 9,3	+ 10,5	+ 0,5	+ 8,9
Auf Euro-Basis	+ 51,1	- 7,9	- 4,6	+ 11,5	+ 8,8	- 13,8	- 6,7	- 16,6	- 9,1	- 4,6	- 3,0	- 12,2	- 8,6
Ohne Energierohstoffe	+ 19,8	- 7,3	- 2,6	+ 3,8	- 3,7	- 7,3	- 5,2	- 7,5	- 8,5	- 6,5	- 4,4	- 4,8	- 4,0
Nahrungs- und Genussmittel	+ 7,4	- 4,4	+ 6,0	+ 13,0	- 0,9	- 7,5	- 15,5	- 6,9	- 10,5	- 14,5	- 15,2	- 16,6	- 16,7
Industrierohstoffe	+ 26,2	- 8,5	- 6,4	- 0,7	- 5,1	- 7,3	+ 0,4	- 7,9	- 7,6	- 2,2	+ 1,4	+ 1,9	+ 3,3
Energierohstoffe	+ 72,9	- 8,1	- 5,7	+ 15,7	+ 15,7	- 16,9	- 7,4	- 21,0	- 9,4	- 3,7	- 2,3	- 15,6	- 10,9
Rohöl	+ 79,6	- 10,9	- 3,9	+ 21,1	+ 20,3	- 16,0	- 7,8	- 20,2	- 8,2	- 3,2	- 2,4	- 17,1	- 11,8

Q: Hamburger Weltwirtschaftsarchiv. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				2003	
								I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Land- und Forstwirtschaft	+ 7,7	+ 3,3	- 1,6	- 0,7	- 1,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,9	- 2,1	- 3,0	+ 0,2	- 0,7	- 0,2
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	+ 4,7	+ 3,0	+ 6,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,0	+ 2,0	- 0,6	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,6	- 0,1	- 1,1
Energie- und Wasserversorgung	+ 3,3	+ 3,9	- 1,6	+ 1,7	+ 9,3	+ 0,5	+ 1,0	+ 8,8	+ 15,2	+ 10,7	+ 4,4	+ 2,8	- 0,7
Bauwesen	+ 3,9	+ 1,3	+ 1,2	- 4,8	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,7	- 1,4	+ 1,9	- 1,0	+ 1,6	+ 0,6	+ 1,3
Handel ²⁾	+ 4,3	+ 3,0	+ 3,6	- 0,3	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,7
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 3,8	+ 3,2	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,1	- 1,0	+ 1,0	+ 4,3	+ 1,0	+ 3,6	- 2,0	- 5,6	+ 1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,4	- 0,9	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,8
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 3,1	- 1,8	+ 10,2	- 0,5	- 4,6	- 0,0	+ 1,0	+ 0,1	- 6,6	- 6,5	- 5,2	- 3,9	+ 4,5
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 5,7	+ 3,9	+ 6,0	+ 4,3	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,8	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,8	- 0,7	- 0,2
Sonstige Dienstleistungen	+ 3,1	- 0,8	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche													
Unterstellte Bankgebühr	+ 4,1	+ 2,1	+ 4,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,9
Gütersteuern minus Gütersubventionen	+ 5,0	+ 4,5	+ 5,5	+ 4,1	- 2,7	.	.	- 0,2	- 5,2	- 4,8	- 8,7	- 2,0	+ 0,1
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,9	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,9
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	- 0,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,4
Private Haushalte	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,8	- 0,1	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,9
Staat	+ 2,8	+ 3,1	+ 0,0	- 0,5	+ 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,3	- 0,7	- 0,3
Bruttoinvestitionen ⁵⁾	+ 4,0	+ 4,2	+ 2,9	- 4,0	- 5,6	+ 0,9	+ 1,8	- 6,5	- 4,1	- 2,5	- 9,5	- 1,3	+ 1,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,9	+ 2,1	+ 5,9	- 2,2	- 4,6	+ 1,7	+ 1,8	- 6,7	- 5,0	- 2,0	- 4,8	- 0,8	+ 2,6
Ausrüstungen ⁶⁾	+ 6,2	+ 4,9	+ 11,8	- 2,9	- 9,3	+ 2,0	+ 2,0	- 7,9	- 13,3	- 5,1	- 10,3	- 1,7	+ 4,7
Bauten	+ 2,3	+ 0,0	+ 1,2	- 1,5	- 0,5	+ 1,4	+ 1,7	- 5,4	+ 2,7	+ 0,2	- 0,7	+ 0,2	+ 0,9
Inländische Verwendung ⁷⁾	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	- 0,1	- 1,1	+ 1,0	+ 1,2	- 1,4	- 1,7	- 0,8	- 0,7	- 0,0	+ 1,2
Exporte	+ 8,1	+ 8,5	+ 13,4	+ 7,4	+ 3,1	- 0,1	+ 3,0	+ 2,0	+ 6,5	+ 2,9	+ 1,3	+ 0,4	- 1,1
Importe	+ 5,7	+ 9,0	+ 11,6	+ 5,9	- 1,1	+ 0,5	+ 2,8	- 1,6	+ 1,0	- 1,2	- 2,5	- 0,1	- 0,6
Außenbeitrag ⁸⁾	+ 1,0	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 2,3	- 0,3	+ 0,2	+ 1,9	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,3	- 0,3

Q: Statistik Austria, WIFO. 2003 und 2004: Prognose. Alle Werte Stand Ende September. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Einschließlich Vorratsveränderung. – ⁶⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ⁷⁾ Einschließlich statistischer Differenz. – ⁸⁾ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.
• E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2002				2003	
									I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<i>Nominell</i>													
Bruttonationaleinkommen	+ 4,4	+ 3,0	+ 5,0	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,7	+ 2,1	+ 3,6
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,7
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 6,9	+ 2,1	+ 8,3	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,7	+ 2,0	+ 3,6
Abschreibungen	+ 4,2	+ 3,8	+ 5,0	+ 5,1	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 4,3	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,4
Nettonationaleinkommen	+ 4,5	+ 2,8	+ 5,0	+ 1,4	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,5	+ 3,8	+ 1,9	+ 3,8
Verfügbares Nettional- einkommen	+ 4,2	+ 2,9	+ 5,2	+ 1,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,7	+ 1,5	+ 4,0
<i>Real</i>													
Bruttonationaleinkommen	+ 3,9	+ 2,2	+ 2,9	+ 0,0	+ 2,3	.	.	+ 1,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,9
Abschreibungen	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,9	+ 3,8	+ 2,7	.	.	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,7
Nettonationaleinkommen	+ 4,0	+ 2,0	+ 2,8	- 0,6	+ 2,3	.	.	+ 1,1	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,4	+ 0,2	+ 1,9
Verfügbares Nettional- einkommen	+ 3,7	+ 2,1	+ 2,9	- 0,5	+ 1,8	.	.	+ 0,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,3	- 0,1	+ 2,2
<i>Gesamtwirtschaftliche Produktivität</i>													
BIP real je Erwerbstätigen	+ 2,9	+ 1,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,9
<i>BIP nominell</i>													
Mrd. €	190,63	197,15	207,04	211,86	216,76	222,34	228,33	52,12	53,71	55,00	55,93	53,25	55,32
in €	23.597	24.363	25.528	26.052	26.612	27.253	27.948	6.402	6.595	6.751	6.863	6.533	6.786

Q: Statistik Austria, WIFO. Zu Marktpreisen; 2003 und 2004 Prognose. Alle Werte Stand Ende September. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Zahlungsbilanz

Übersicht 10: Cash-Prinzip

	2000	2001	2002	2002	2003	2003							
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber
Mrd. €													
Leistungsbilanz	- 5,54	- 4,12	+ 0,81	+ 1,58	+ 0,93	+ 0,85	- 2,68	+ 0,45	+ 0,38	+ 0,02	- 1,76	- 0,23	- 0,68
Warenzahlungen	- 7,09	- 6,24	- 2,40	+ 0,51	- 1,05	- 0,67	- 1,60	- 0,11	+ 0,01	- 0,57	- 0,45	- 0,17	- 0,98
Dienstleistungen	+ 4,01	+ 4,70	+ 5,59	+ 1,35	+ 2,85	+ 1,06	+ 0,19	+ 0,51	+ 0,28	+ 0,26	- 0,12	- 0,10	+ 0,42
Einkommen	- 0,97	- 1,28	- 0,80	- 0,25	- 0,67	+ 0,91	- 0,59	+ 0,10	+ 0,27	+ 0,54	- 0,92	+ 0,25	+ 0,08
Laufende Transfers	- 1,49	- 1,31	- 1,58	- 0,03	- 0,20	- 0,44	- 0,69	- 0,05	- 0,17	- 0,22	- 0,27	- 0,22	- 0,20
Vermögensübertragungen	- 0,26	- 0,54	- 0,58	- 0,29	- 0,07	- 0,06	- 0,03	- 0,04	+ 0,00	- 0,03	+ 0,01	- 0,01	- 0,04
Kapitalbilanz	+ 5,21	+ 3,48	- 3,34	- 1,16	- 1,02	- 2,78	+ 1,41	+ 0,14	- 1,02	- 1,89	- 0,01	+ 1,15	+ 0,26
Statistische Differenz	+ 0,59	+ 1,17	+ 3,11	+ 0,13	+ 0,17	+ 1,99	+ 1,30	- 0,55	+ 0,64	+ 1,90	+ 1,76	- 0,91	+ 0,45

Q: OeNB. Alle Werte aus vorläufigen Monatsdaten. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 11: Accrual-Prinzip

	1998	1999	2000	2001	2002	2001		2002				2003	
						III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Mrd. €													
Leistungsbilanz	- 4,68	- 6,33	- 5,36	- 4,13	+ 0,75	- 1,48	- 0,73	+ 1,78	- 0,34	- 1,41	+ 0,72	+ 1,28	- 0,25
Güter	- 3,29	- 3,38	- 2,99	- 1,40	+ 3,75	- 0,09	+ 0,12	+ 0,60	+ 1,07	+ 0,70	+ 1,39	+ 0,56	+ 0,83
Dienstleistungen	+ 2,12	+ 1,65	+ 1,74	+ 2,06	+ 0,94	- 0,32	+ 0,24	+ 2,27	- 0,28	- 1,10	+ 0,05	+ 1,81	- 0,16
Einkommen	- 1,78	- 2,70	- 2,66	- 3,44	- 2,21	- 0,76	- 0,82	- 0,59	- 0,51	- 0,48	- 0,62	- 0,84	- 0,47
Laufende Transfers	- 1,74	- 1,90	- 1,45	- 1,35	- 1,74	- 0,31	- 0,26	- 0,48	- 0,62	- 0,53	- 0,10	- 0,25	- 0,46
Vermögensübertragung	- 0,31	- 0,25	- 0,47	- 0,59	- 0,58	- 0,18	- 0,28	- 0,04	+ 0,01	- 0,28	- 0,27	- 0,07	- 0,06
Kapitalbilanz	+ 5,53	+ 6,61	+ 4,68	+ 4,18	- 3,71	+ 2,62	+ 1,41	- 4,82	+ 0,67	+ 1,76	- 1,32	- 0,90	- 1,79
Direktinvestitionen im Ausland	- 2,47	- 3,10	- 6,23	- 3,51	- 5,89	- 1,74	- 0,47	- 2,15	- 1,07	- 1,88	- 0,79	- 1,52	- 1,00
Direktinvestitionen in Österreich	+ 4,08	+ 2,79	+ 9,60	+ 6,61	+ 0,94	+ 2,38	+ 1,61	+ 0,58	- 0,30	+ 0,67	- 0,00	+ 1,17	+ 0,89
Portfolioinvestitionen	+ 5,90	- 2,55	+ 3,23	+ 6,33	- 4,53	+ 2,78	+ 5,95	- 0,39	- 0,98	- 2,10	- 1,07	+ 0,54	+ 7,67
Sonstige Investitionen	+ 0,74	+ 7,92	- 2,49	- 7,26	+ 4,37	+ 0,05	- 5,27	- 3,63	+ 2,77	+ 4,82	+ 0,41	- 0,97	- 9,79
Offizielle Währungsreserven	- 2,91	+ 1,96	+ 0,84	+ 2,07	+ 1,81	- 0,69	+ 0,04	- 0,11	+ 0,69	+ 1,08	+ 0,15	+ 0,88	+ 0,02
Statistische Differenz	- 0,54	- 0,04	+ 1,15	+ 0,54	+ 3,54	- 0,96	- 0,40	+ 3,07	- 0,34	- 0,06	+ 0,87	- 0,31	+ 2,10

Q: OeNB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Tourismus

Übersicht 12: Übernachtungen

	2000	2001	2002	2002	2003	2003							
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
In allen Unterkunftsarten	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,9	- 2,8	+ 8,5	+ 2,1	- 8,5	+ 9,6	- 6,1	+ 7,9	+ 5,1	- 0,2
Inländer	+ 2,6	+ 1,0	- 1,5	- 2,2	- 1,9	+ 6,7	+ 2,5	+ 2,4	+ 6,9	+ 3,7	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,7
Ausländer	+ 0,0	+ 1,4	+ 2,5	+ 5,0	- 3,1	+ 9,4	+ 2,0	- 14,5	+ 11,0	- 9,8	+ 10,2	+ 6,3	- 0,7
Aus Deutschland	- 1,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	- 7,0	+ 12,5	+ 0,4	- 20,2	+ 15,5	- 18,4	+ 13,5	+ 5,0	- 5,3
Aus den Niederlanden	+ 5,0	+ 4,1	+ 7,1	+ 16,7	+ 1,1	+ 14,7	+ 7,9	- 0,1	+ 17,2	+ 8,9	+ 5,5	+ 11,9	+ 11,9
Aus Italien	- 5,3	+ 5,7	+ 4,9	- 4,3	- 5,1	+ 3,6	+ 9,3	+ 19,8	+ 1,7	+ 3,1	+ 8,8	+ 23,3	+ 23,1
Aus der Schweiz	+ 3,8	+ 6,9	+ 6,2	+ 6,8	+ 4,3	+ 13,8	+ 9,1	- 3,1	+ 20,9	+ 10,3	+ 4,6	+ 12,5	+ 5,1
Aus Großbritannien	+ 10,2	- 0,9	+ 6,6	+ 14,9	+ 2,7	- 1,5	- 7,5	- 3,8	- 15,6	- 10,8	- 6,3	- 4,5	- 3,9
Aus den USA	+ 19,9	- 15,9	- 15,2	+ 23,7	+ 1,4	- 14,2	- 4,9	- 24,5	- 8,7	- 7,1	- 0,4	- 6,1	- 7,1
Aus Japan	+ 1,6	- 9,6	- 8,6	+ 32,9	+ 17,4	- 36,9	- 11,5	- 43,8	- 35,1	- 24,4	- 9,0	- 1,1	+ 38,0

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus

	1998	1999	2000	2001	2002	2001		2002				2003	
						III. Qu.	IV. Qu. Mio. €	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Exporte	11.357	11.771	12.361	13.397	13.903	3.571	2.752	4.506	2.839	3.778	2.780	4.461	3.115
Einnahmen i. e. S.	10.058	10.354	10.752	11.453	11.883	3.006	2.350	4.007	2.385	3.159	2.332	3.955	2.603
Personentransport	1.299	1.417	1.608	1.944	2.020	565	402	499	454	619	448	506	512
Importe	9.286	9.366	10.048	10.961	10.825	3.450	2.569	2.174	2.803	3.398	2.451	2.402	2.738
Ausgaben i. e. S.	8.556	8.623	9.215	10.032	9.936	3.200	2.373	1.979	2.578	3.140	2.240	2.217	2.522
Personentransport	730	743	833	929	889	250	196	195	225	258	211	185	216
Saldo	2.071	2.405	2.313	2.436	3.078	121	183	2.332	36	380	329	2.059	377
Ohne Personentransport	1.502	1.730	1.537	1.421	1.947	- 194	- 23	2.028	- 193	19	92	1.738	81

Q: OeNB, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)

	2000	2001 Mio. €	2002
<i>Touristische Nachfrage</i>			
Ausgaben ausländischer Besucher	12.288	13.397	14.044
Übernachtende Touristen	11.031	11.957	12.495
Tagesbesucher	1.257	1.440	1.549
Ausgaben inländischer Besucher	10.344	10.965	11.308
Urlaubsreisende	8.188	8.672	8.958
Übernachtende Touristen ¹⁾	4.844	5.259	5.436
Tagesbesucher	3.344	3.413	3.521
Geschäftsreisende	2.156	2.293	2.350
Übernachtende Touristen	835	917	931
Tagesbesucher	1.321	1.376	1.419
Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern und Zweitwohnungen	822	856	882
Gesamtausgaben (Urlaubs- und Geschäftsreisende, einschließlich Verwandten- und Bekanntenbesuche)	23.454	25.218	26.234

Q: Statistik Austria, WIFO. 2000 und 2001: endgültig, 2002: vorläufig. Zur Methodik siehe Smeral, E., Franz, A., Laimer, P., "Ein Tourismussatellitenkonto für Österreich. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(1), S. 29-37, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21031. – ¹⁾ Einschließlich Aufwendungen im Zuge von Kuraufenthalten. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

	2000	2001 Mio. €	2002	2000	2001	2002
				Anteile am BIP in %		
<i>Tourismus-Satellitenkonto</i>						
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut TSA						
Ohne Dienst- und Geschäftsreisen	11.869	12.500	13.457	5,7	5,9	6,2
Einschließlich Dienst- und Geschäftsreisen	12.848	13.566	14.578	6,2	6,4	6,7
				Mio. €		
<i>TSA-Erweiterungen</i>				Beitrag zum BIP in %		
Direkte und indirekte Wertschöpfung						
Tourismus (ohne Dienst- und Geschäftsreisen)	18.742	20.174	21.018	9,1	9,5	9,7
Freizeitkonsum der Inländer am Wohnort	16.772	17.261	17.938	8,1	8,1	8,3
Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich	35.514	37.435	38.955	17,2	17,7	18,0

Q: Statistik Austria, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Außenhandel

Übersicht 16: Warenexporte

	2002	2003 August ¹⁾	2002	2003 August ¹⁾	2000	2001	2002	2003 August ¹⁾	April	Mai	2003 Juni	Juli	August
	Mrd. €	Anteile in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Insgesamt	77,4	50,4	100,0	100,0	+ 15,6	+ 6,5	+ 4,2	- 0,1	- 2,1	- 0,6	- 8,2	+ 0,3	+ 0,4
Intra-EU	46,5	30,1	60,1	59,7	+ 12,5	+ 6,1	+ 3,0	- 1,5	- 2,5	- 0,8	- 10,4	- 0,1	- 0,4
Deutschland	24,8	16,2	32,0	32,1	+ 10,4	+ 3,9	+ 2,6	- 1,1	- 2,6	+ 2,2	- 11,9	+ 1,0	- 0,9
Italien	6,5	4,4	8,5	8,8	+ 19,4	+ 4,6	+ 3,5	+ 3,5	- 0,4	+ 2,1	- 5,9	+ 7,3	+ 4,8
Extra-EU	30,9	20,3	39,9	40,3	+ 21,0	+ 7,3	+ 6,1	+ 2,0	- 1,5	- 0,2	- 4,8	+ 0,8	+ 1,4
Ost-Mittleuropa	8,0	5,2	10,3	10,4	+ 16,8	+ 3,9	+ 4,2	+ 0,1	- 1,8	- 1,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,0
Ungarn	3,3	2,1	4,3	4,1	+ 16,9	- 4,3	+ 0,6	- 8,5	- 10,2	- 6,5	- 6,5	- 5,7	- 0,8
Tschechien	2,2	1,5	2,9	3,0	+ 17,7	+ 7,6	+ 4,5	+ 7,1	+ 2,9	- 1,5	+ 12,3	+ 13,5	+ 4,7
Südosteuropa	4,1	2,9	5,3	5,7	+ 19,5	+ 18,3	+ 14,7	+ 7,6	+ 6,9	+ 6,3	+ 8,4	+ 5,8	+ 3,6
Frühere UdSSR	1,6	1,2	2,1	2,5	+ 43,3	+ 36,4	+ 3,6	+ 23,2	+ 19,4	+ 0,6	+ 28,8	+ 48,6	+ 25,8
NAFTA	4,7	3,0	6,1	6,0	+ 27,3	+ 12,0	+ 0,6	- 4,5	- 5,9	- 3,6	- 18,2	- 10,9	+ 2,3
USA	4,0	2,5	5,2	5,0	+ 27,2	+ 12,4	+ 2,0	- 6,7	- 7,4	- 4,4	- 23,4	- 13,2	+ 3,2
Japan	0,9	0,5	1,2	1,0	+ 25,1	- 0,6	+ 0,4	- 9,7	+ 14,9	- 14,3	- 23,2	- 15,2	- 6,7
OPEC	1,1	0,8	1,4	1,5	+ 0,2	+ 40,2	- 12,1	+ 0,9	+ 18,7	+ 14,0	+ 8,0	- 7,0	+ 7,1
NOPEC	4,2	2,3	5,4	4,6	+ 26,1	+ 14,1	+ 8,3	- 8,8	- 7,1	- 12,2	- 13,8	- 11,5	- 12,7
Agrarwaren	4,1	3,0	5,3	5,9	+ 10,3	+ 15,6	+ 7,5	+ 9,0	+ 11,8	+ 9,9	+ 10,1	+ 11,3	+ 3,5
Roh- und Brennstoffe	4,4	3,0	5,6	6,0	+ 18,2	+ 16,1	+ 13,3	+ 5,3	- 1,8	+ 12,7	+ 2,7	+ 15,5	+ 15,8
Industriewaren	68,9	44,4	89,1	88,1	+ 15,8	+ 5,6	+ 3,5	- 1,0	- 3,0	- 2,1	- 10,0	- 1,3	- 0,9
Chemische Erzeugnisse	7,9	5,3	10,2	10,5	+ 13,6	+ 10,1	+ 12,0	- 0,5	- 4,5	+ 2,5	- 8,2	+ 5,7	- 11,0
Bearbeitete Waren	17,3	11,7	22,4	23,2	+ 13,3	+ 5,0	+ 0,7	+ 1,6	+ 2,1	+ 4,0	- 2,1	+ 0,2	- 5,3
Maschinen, Fahrzeuge	33,1	20,9	42,7	41,4	+ 17,8	+ 5,0	+ 2,9	- 2,4	- 5,5	- 7,9	- 16,8	- 4,7	+ 3,9
Konsumnahe Fertigwaren	10,1	6,4	13,0	12,7	+ 9,0	+ 9,0	+ 1,8	+ 0,2	+ 3,0	- 0,1	- 0,5	+ 0,6	+ 0,7

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – ¹⁾ Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langer@wifo.ac.at, Gabriele.Weillan@wifo.ac.at

Übersicht 17: Warenimporte

	2002	2003	2002	2003	2000	2001	2002	2003	April	Mai	2003	Juli	August
	Mrd. €	August ¹⁾	Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Insgesamt	77,1	51,3	100,0	100,0	+ 14,7	+ 5,0	- 2,0	+ 1,3	- 4,2	+ 1,9	- 4,4	- 0,3	- 0,1
Intra-EU	50,7	33,7	65,7	65,8	+ 10,3	+ 3,8	- 1,5	+ 1,6	- 3,9	+ 1,7	- 4,6	- 0,0	- 0,3
Deutschland	31,1	20,6	40,3	40,2	+ 11,5	+ 4,5	- 2,6	+ 0,9	- 1,3	+ 4,1	- 4,0	+ 3,0	+ 2,1
Italien	5,5	3,7	7,2	7,1	+ 8,0	+ 5,4	- 1,7	+ 0,2	- 2,2	- 3,2	- 3,6	+ 1,8	- 3,9
Extra-EU	26,4	17,5	34,3	34,2	+ 24,4	+ 7,4	- 3,0	+ 0,6	- 4,7	+ 2,3	- 4,1	- 0,8	+ 0,3
Ost-Mitteuropa	6,9	4,9	9,0	9,6	+ 22,6	+ 8,4	+ 0,9	+ 10,8	+ 12,0	+ 11,5	+ 6,7	+ 9,6	+ 10,7
Ungarn	2,6	1,7	3,3	3,3	+ 19,7	+ 3,2	- 4,9	+ 3,9	+ 2,3	- 0,2	- 3,5	+ 8,3	+ 3,4
Tschechien	2,2	1,7	2,9	3,3	+ 18,2	+ 10,3	+ 5,5	+ 19,2	+ 25,3	+ 23,5	+ 16,7	+ 13,3	+ 15,0
Südosteuropa	1,9	1,3	2,5	2,6	+ 22,7	+ 15,6	+ 9,8	+ 7,5	+ 6,1	+ 2,0	+ 8,5	+ 6,7	- 6,6
Frühere UdSSR	1,8	1,3	2,4	2,6	+ 71,4	- 10,3	+ 0,3	+ 10,7	+ 8,1	- 1,8	+ 8,2	+ 6,4	+ 23,8
NAFTA	4,2	2,3	5,4	4,4	+ 21,5	+ 0,8	- 11,6	- 23,7	- 39,5	- 8,4	- 41,5	+ 1,4	+ 6,7
USA	3,7	2,0	4,8	3,8	+ 17,7	+ 2,5	- 11,3	- 25,6	- 40,9	- 15,5	- 43,5	+ 5,3	+ 17,1
Japan	1,6	1,2	2,1	2,3	+ 23,4	- 12,8	- 6,4	+ 8,2	- 1,0	+ 14,9	+ 0,7	+ 0,0	+ 8,6
OPEC	1,1	0,7	1,4	1,3	+ 50,7	- 1,1	- 14,4	+ 0,5	+ 55,0	- 5,5	- 25,6	- 29,0	- 37,7
NOPEC	5,0	3,2	6,4	6,1	+ 26,6	+ 24,4	- 7,5	- 2,2	- 4,7	- 1,8	+ 11,4	- 16,0	- 8,9
Agrarwaren	4,7	3,0	6,0	5,9	+ 4,1	+ 11,0	+ 3,8	+ 0,5	- 1,3	+ 3,1	- 0,6	- 4,5	- 7,0
Roh- und Brennstoffe	8,7	6,2	11,3	12,0	+ 47,4	+ 6,5	+ 3,1	+ 8,1	+ 11,2	+ 5,3	+ 4,4	+ 2,8	+ 7,5
Industriewaren	63,8	42,1	82,7	82,1	+ 12,3	+ 4,4	- 3,1	+ 0,4	- 6,3	+ 1,4	- 5,9	- 0,4	- 0,6
Chemische Erzeugnisse	8,7	6,0	11,3	11,7	+ 12,2	+ 8,7	+ 5,5	+ 4,6	- 9,5	- 0,3	- 1,1	- 0,6	- 1,8
Bearbeitete Waren	12,5	8,3	16,2	16,3	+ 12,3	+ 6,1	- 5,7	+ 0,5	- 0,2	+ 0,7	- 3,0	+ 2,3	- 1,8
Maschinen, Fahrzeuge	30,0	19,8	38,9	38,5	+ 14,4	+ 2,6	- 5,0	+ 0,5	- 5,6	+ 3,2	- 9,6	- 0,2	+ 1,2
Konsumnahe Fertigwaren	12,2	7,7	15,8	15,1	+ 7,0	+ 5,2	- 2,0	- 2,8	- 6,9	- 1,1	- 4,4	- 2,8	- 3,0

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – 1) Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langner@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Zinssätze

Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

	2000	2001	2002	2002		2003		Juli	August	2003		November
	In %		III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.			September	Oktober	
<i>Geld- und Kapitalmarktzinssätze</i>												
Basiszinssatz	3,4	3,9	2,7	2,8	2,6	2,2	2,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Taggeldsatz	4,1	4,4	3,3	3,3	3,2	2,8	2,4	2,1	2,1	2,1	2,0	2,0
Dreimonatszinssatz	4,4	4,3	3,3	3,4	3,1	2,7	2,4	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2
<i>Sekundärmarktrentende</i>												
Benchmark	5,6	5,1	5,0	4,8	4,6	4,1	3,9	4,2	4,0	4,2	4,3	4,3
Insgesamt	5,4	4,7	4,4	4,3	3,9	3,4	3,2	3,4	3,2	3,5	3,6	3,6
<i>Sollzinssätze der inländischen Kreditinstitute</i>												
Kommerzkredite	6,5	6,4	5,8	5,9	5,7	5,4	5,0
Privatkredite	7,4	7,3	6,7	6,8	6,7	6,3	5,9
Hypothekarkredite	5,8	5,9	5,3	5,3	5,2	4,9	4,5
<i>Habenzinssätze der inländischen Kreditinstitute</i>												
Spareinlagen täglich fällig	0,7	0,6	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Spareinlagen über 12 Monate	3,1	3,3	2,8	2,8	2,6	2,3	2,1
Kapitalparbrief	3,6	3,7	3,2	3,3	3,0	2,6	2,3

Q: OeNB, EZB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauningner@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Landwirtschaft

Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

	Ø 1994/1996	1998	1999	2000	2001	2002	Ø 1994/1996	1998	1999	2000	2001	2002
	Mio. €, zu Erzeugerpreisen						Mio. €, zu Herstellungspreisen					
<i>Produktionswert</i>												
Pflanzliche Erzeugung	2.361	2.201	2.272	2.139	2.266	2.237	2.824	2.571	2.599	2.473	2.611	2.573
Tierische Erzeugung	2.731	2.309	2.292	2.474	2.621	2.432	2.929	2.423	2.371	2.557	2.746	2.579
Übrige Produktion	455	487	522	515	512	552	455	487	522	515	512	552
<i>Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs</i>												
Bruttowertschöpfung Landwirtschaft	5.546	4.996	5.085	5.128	5.399	5.221	6.208	5.480	5.491	5.546	5.869	5.704
Nettowertschöpfung Landwirtschaft	2.468	2.040	2.096	2.125	2.268	2.098	3.155	2.556	2.518	2.612	2.794	2.618
1.000 Jahresarbeitseinheiten												
Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft	194,9	179,5	177,5	170,2	167,3	165,1	.	- 2,0	- 1,1	- 4,1	- 1,7	- 1,3
Real, Ø 1994/1996 = 100						Nominell, Ø 1994/1996 = 100						
Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit	100,0	82,5	83,0	90,8	105,3	98,9	100,0	85,1	86,1	95,6	112,7	107,0
Erwerbstätige zu Vollzeitäquivalenten (Jahresarbeitseinheiten)						Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen						
Anteil der Landwirtschaft in %	6,0	5,4	5,3	5,0	4,9	4,9	1,9	1,4	1,4	1,3	1,4	1,3

Q: Eurostat, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

	Ø 1994/ 1996	1999	2000	2001	2002	2002		2003		2003			August
			1.000 t			III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Mai	Juni	Juli	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Marktentwicklung													
Milchanlieferung	2.278,0	2.540,0	2.660,8	2.653,7	2.648,8	- 0,6	+ 0,9	+ 0,4	- 0,3	- 0,2	- 1,2	- 1,4	- 0,9
Marktleistung Getreide ¹⁾	.	2.505,0	2.209,1	2.442,9	2.330,7
Marktleistung Schlachtrinder	196,5	194,7	194,8	203,7	198,3	- 5,4	- 4,2	- 3,9	- 7,0	- 4,9	- 3,9	- 3,4	+ 1,0
Marktleistung Schlachtkälber	13,0	10,7	10,2	11,5	10,8	- 3,9	- 9,4	- 16,3	- 4,0	- 15,1	- 8,4	- 14,7	- 10,6
Marktleistung Schlachtschweine	430,5	482,8	468,3	453,0	463,5	+ 7,7	- 1,4	+ 2,5	- 0,2	- 2,7	+ 6,7	- 3,2	- 6,6
Marktleistung Schlachtgeflügel ²⁾	84,2	94,8	94,5	99,6	100,7	- 2,2	+ 2,1	- 0,9	+ 2,6	- 0,9	+ 2,3	- 7,1	+ 11,1
	€ je t												
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% EE)	311,5	283,1	283,8	324,5	307,0	- 11,7	- 13,6	- 11,0	- 6,6	- 7,0	- 4,9	- 6,4	- 5,1
Qualitätsweizen	.	123,9	125,6	123,4	114,1	- 5,1	- 1,8	- 2,5	+ 0,6	+ 3,3	+ 1,9	- 8,9	- 3,8
Jungstiere (R3) ³⁾	.	2.778,8	2.824,2	2.456,7	2.680,0	+ 6,1	+ 6,3	+ 8,0	+ 4,3	+ 3,1	+ 2,3	+ 0,8	- 3,4
Schweine (Kl. E.) ³⁾	.	1.151,9	1.430,8	1.719,2	1.374,2	- 15,7	- 14,6	- 12,6	- 8,8	- 11,0	- 6,6	- 4,8	- 3,5
Hühner bratfertig ³⁾	.	1.791,7	1.827,5	1.941,7	1.935,8	- 0,5	+ 0,5	- 1,0	- 0,5	- 1,0	+ 0,0	- 0,5	- 1,0

Q: Agrarmarkt Austria, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. - ¹⁾ Wirtschaftsjahr (Juli bis Juni); Körnermais: Oktober bis September. Jahr 2002: vorläufige Werte. - ²⁾ Back-, Brat- und Truthühner. - ³⁾ € je t Schlachtgewicht. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Sachgütererzeugung

Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2000	2001	2002	2002			2003	2002			2003		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitstägig bereinigt)													
Insgesamt	+ 10,0	+ 1,7	+ 0,1	+ 2,0	- 0,3	+ 1,5	+ 3,2	+ 1,7	+ 4,6	+ 1,1	+ 3,9	+ 1,2	+ 0,4
Vorprodukte	+ 8,7	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,5	+ 5,5	+ 2,9	+ 7,2	+ 3,0	+ 6,4	+ 4,8	+ 5,0
Kfz	+ 18,8	+ 6,0	- 4,6	+ 2,6	- 8,1	- 1,6	+ 4,6	- 8,2	+ 9,3	- 0,5	+ 5,7	- 7,0	- 5,0
Investitionsgüter	+ 10,9	- 0,0	+ 3,2	+ 11,5	+ 0,2	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,3	+ 0,7	- 0,7	+ 3,6	- 1,4	- 5,2
Konsumgüter	+ 5,6	+ 0,8	- 0,3	- 1,1	- 0,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,0	+ 2,0	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,9
Dauerhafte	+ 17,2	+ 1,9	- 7,2	- 5,6	- 9,3	- 6,8	- 2,3	- 6,0	- 1,4	- 3,7	- 1,8	- 6,3	+ 3,0
Nichtdauerhafte	+ 1,7	- 0,3	- 0,3	- 1,1	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,2	- 4,1	- 0,6	+ 0,5	+ 0,6	- 1,7	+ 1,1
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,7	+ 1,2	+ 3,3	+ 1,4	+ 3,7	+ 4,3	+ 2,2	+ 6,3	+ 6,0	+ 1,1	- 0,2	+ 4,2	- 4,5
Beschäftigte	+ 0,1	+ 1,4	- 1,6	- 1,3	- 2,3	- 2,1	- 1,8	- 2,0	- 2,1	- 1,9	- 1,4	- 1,4	- 1,5
Geleistete Stunden	- 0,0	+ 1,0	- 2,1	- 1,9	- 1,6	- 1,5	- 2,6	- 1,1	- 4,4	- 2,6	- 0,9	- 3,0	+ 2,7
Produktion je Beschäftigten	+ 10,0	+ 0,3	+ 1,8	+ 3,4	+ 2,0	+ 3,8	+ 5,1	+ 3,8	+ 6,8	+ 3,1	+ 5,4	+ 2,7	+ 1,9
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	+ 9,3	+ 0,9	+ 2,6	+ 3,9	+ 2,7	+ 4,1	+ 5,0	+ 6,5	+ 5,7	+ 3,9	+ 5,4	+ 4,3	+ 0,9
Auftragseingänge	+ 13,9	+ 2,2	- 2,4	+ 3,3	- 3,0	- 7,5	- 1,9	- 22,8	+ 3,3	- 3,0	- 5,8	- 4,6	- 2,0
Inland	+ 9,8	+ 2,7	- 8,5	- 1,4	- 2,2	- 24,5	- 7,6	- 38,6	- 1,4	- 3,6	- 16,1	- 4,2	+ 1,8
Ausland	+ 16,0	+ 2,0	+ 0,5	+ 5,5	- 3,4	+ 2,3	+ 0,6	- 11,7	+ 5,4	- 2,8	- 0,8	- 4,8	- 3,6
Auftragsbestand	+ 11,2	+ 8,7	+ 3,4	+ 4,6	+ 0,3	+ 5,9	+ 4,9	+ 4,0	+ 4,7	+ 5,1	+ 4,7	+ 4,9	+ 2,9
Inland	+ 11,3	+ 4,7	- 15,6	- 17,1	- 19,7	- 8,3	+ 3,7	- 4,7	+ 0,4	+ 6,8	+ 4,2	+ 6,0	+ 8,5
Ausland	+ 11,2	+ 10,6	+ 12,0	+ 14,9	+ 9,3	+ 11,5	+ 5,2	+ 7,2	+ 6,3	+ 4,5	+ 4,9	+ 4,5	+ 1,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Traude.Novak@wifo.ac.at

Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

	2000		2001			2002				2003			
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt												
Auftragsbestände	- 12,1	- 14,1	- 23,0	- 29,5	- 41,1	- 36,5	- 37,6	- 32,2	- 31,1	- 32,5	- 28,7	- 36,0	- 29,0
Exportauftragsbestände	- 16,2	- 16,8	- 27,9	- 30,3	- 41,9	- 39,4	- 35,5	- 31,5	- 30,8	- 34,2	- 29,0	- 43,7	- 35,3
Fertigwarenlager	+ 9,7	+ 13,4	+ 18,6	+ 19,4	+ 21,6	+ 20,9	+ 18,1	+ 17,5	+ 16,1	+ 14,3	+ 12,9	+ 15,0	+ 8,9
Produktionserwartungen	+ 12,2	+ 10,9	+ 4,7	+ 3,5	- 4,4	+ 1,5	+ 8,5	+ 4,8	+ 6,7	+ 4,1	+ 3,3	+ 3,5	+ 12,1
Verkaufspreiserwartungen	+ 8,3	+ 9,1	- 3,1	- 3,1	- 12,4	- 5,3	- 1,7	+ 1,4	- 2,1	- 5,1	- 0,6	- 8,9	- 1,7

Q: WIFO-Konjunkturtest. • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Bauwirtschaft

Übersicht 23: Produktion

	2000	2001	2002	2002			2003	2002			2003		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionswert													
Hoch- und Tiefbau ¹⁾	+ 3,6	- 2,9	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,6	+ 1,1	+ 17,7	+ 6,5	+ 23,7	+ 14,2	+ 16,7	+ 1,7	+ 9,7
Hochbau	+ 4,4	- 4,0	- 2,3	+ 4,2	+ 0,8	- 5,5	+ 16,4	- 2,2	+ 16,8	+ 20,6	+ 12,8	- 5,0	+ 5,0
Wohnhaus-, Siedlungsbau	- 1,0	- 9,7	- 5,1	- 3,4	+ 1,1	- 8,0	+ 3,6	- 15,9	- 6,9	+ 14,1	+ 5,2	+ 4,3	+ 2,6
Tiefbau	+ 1,6	- 1,4	+ 6,2	+ 8,5	+ 2,1	+ 10,8	+ 17,8	+ 23,2	+ 40,8	- 6,6	+ 24,2	+ 11,2	+ 11,2
Bauwesen insgesamt ²⁾	+ 4,2	- 2,7	+ 0,7	+ 3,8	+ 0,5	+ 0,8	+ 13,7	+ 2,8	+ 14,4	+ 12,8	+ 14,0	+ 2,2	+ 9,5
Baunebengewerbe	+ 5,3	- 0,2	- 3,1	- 0,6	- 2,5	- 5,3	+ 12,4	- 1,9	+ 11,3	+ 13,9	+ 12,1	+ 6,9	+ 11,8
Auftragsbestände	+ 0,6	+ 2,0	- 2,6	- 4,0	- 2,6	- 1,0	+ 3,6	+ 1,9	+ 3,1	+ 3,9	+ 3,9	+ 4,1	+ 4,9
Auftragseingänge	+ 4,3	- 3,7	+ 2,2	+ 2,0	- 0,8	+ 9,1	+ 9,6	+ 18,8	+ 27,8	+ 2,2	+ 3,3	+ 13,1	+ 4,2

Q: Statistik Austria. - ¹⁾ Wert der technischen Gesamtproduktion n+ach dem Güteransatz (GNACE), charakteristische Produktion ohne Nebenleistungen. - ²⁾ Wert der abgesetzten Produktion nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE 1995), einschließlich Bauhilfsgewerbe, nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Bauunternehmens. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

	2000	2001	2002	2002	2003			2003					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<i>Baupreisindex¹⁾</i>													
Hoch- und Tiefbau	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9
Hochbau	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,6
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5
Tiefbau	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	- 0,3	- 0,2	- 0,1
<i>Arbeitsmarkt</i>													
Beschäftigung Hoch- und Tiefbau	- 2,0	- 4,1	- 2,8	- 2,8	- 2,0	- 1,0	- 0,7	- 0,6	- 1,0	- 0,6	- 0,6	- 0,7	- 0,8
Arbeitslose	- 7,7	+ 10,4	+ 8,0	+ 0,7	- 2,0	- 3,7	- 1,1	- 4,8	- 3,1	- 2,4	- 1,8	+ 0,8	+ 2,8
Offene Stellen	+ 12,9	- 30,9	- 11,0	+ 8,8	- 5,9	+ 5,3	- 3,4	+ 14,4	+ 6,9	- 2,8	- 0,4	- 7,1	- 13,9

Q: Statistik Austria, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. – ¹⁾ 1996 = 100. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Binnenhandel**Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung im Einzelhandel**

	2000	2001	2002	2002	2003			2003					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<i>Nettoumsätze nominell</i>													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 5,7	- 2,0	+ 1,0	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,7	+ 1,2	+ 7,0	+ 3,6	+ 0,5	+ 1,2	- 1,3	+ 3,5
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 0,2	- 1,0	- 2,0	+ 1,7	+ 3,5	+ 5,4	+ 3,9	+ 5,3	+ 8,0	+ 2,9	+ 1,6	+ 6,2	+ 4,3
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 8,9	- 3,4	+ 2,0	+ 2,9	+ 4,8	+ 2,9	+ 1,0	+ 6,8	+ 2,2	- 0,3	+ 0,9	- 2,4	+ 4,1
Nettoumsätze real	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 4,1	+ 0,5	+ 8,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 1,7	- 2,5	+ 2,1
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 2,7	- 2,8	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 3,0	+ 0,2	+ 6,2	+ 3,3	- 0,6	+ 0,2	- 2,5	+ 2,6
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	- 2,1	- 2,1	- 3,5	- 0,4	+ 0,4	+ 3,2	+ 1,8	+ 2,9	+ 5,9	+ 0,9	- 0,2	+ 3,9	+ 2,1
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 4,6	- 4,0	+ 2,6	+ 2,4	+ 3,1	+ 2,9	+ 0,6	+ 6,8	+ 2,9	- 0,9	+ 0,7	- 3,0	+ 3,8
Beschäftigte ¹⁾	+ 1,8	- 0,8	+ 0,8	+ 1,7	+ 0,4	+ 3,1	- 1,2	+ 7,4	+ 2,3	- 0,5	- 0,3	- 4,0	+ 0,7
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 1,2	+ 1,2	- 0,6	- 1,2	- 0,9	- 1,0	- 0,8	- 0,4	- 0,7	- 1,8	- 1,6	+ 0,3	- 1,0
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,2	- 0,9	- 0,2	- 0,3	+ 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,8	- 1,4	+ 0,8	+ 1,1
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 1,0	+ 1,6	- 0,6	- 1,2	- 4,5	- 4,1	- 3,8	- 4,1	- 3,7	- 4,5	- 4,2	- 2,8	- 4,4
	+ 1,3	+ 1,1	- 0,7	- 1,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,1	+ 1,1	- 0,2	+ 0,2	+ 2,3	+ 0,7

Q: Statistik Austria; laut ÖNACE 1995, ab 2003 mit ÖNACE 2003 verkettet. – ¹⁾ Einschließlich im Betrieb tätiger Inhaber und mithelfender Familienmitglieder. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Verkehr**Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr**

	2000	2001	2002	2002	2003			2003					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<i>Güterverkehr</i>													
Straße (in tkm)	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,5
Neuzulassungen Lkw (Nutzlast 1 t und darüber)	+ 4,5	- 13,2	- 7,4	+ 1,4	+ 5,5	+ 16,7	+ 14,3	+ 24,5	+ 18,4	+ 10,7	+ 18,0	+ 15,3	- 4,5
Bahn (in tkm)	+ 10,0	+ 1,6	+ 1,4	- 0,6	- 2,9	+ 0,7	+ 5,5
Inlandverkehr	+ 10,3	- 1,0	+ 1,9	+ 4,7	- 10,4	+ 3,4
Ein- und Ausfuhr	+ 12,3	+ 1,3	+ 2,7	- 1,5	- 0,7	- 4,8
Transit	+ 4,3	+ 5,3	- 2,3	- 4,3	- 0,4	+ 11,4
<i>Personenverkehr</i>													
Bahn (Personenkilometer)	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,7
Luftverkehr (Passagiere)	+ 7,2	- 0,3	+ 1,4	+ 16,3	+ 7,8	- 0,2	+ 5,2	- 3,0	+ 2,4	+ 4,5	+ 6,6	+ 4,6	.
Neuzulassungen Pkw	- 1,5	- 5,1	- 4,8	+ 4,7	+ 2,5	+ 6,3	+ 9,5	+ 8,4	+ 5,4	+ 6,5	+ 8,1	+ 14,3	+ 8,3

Q: Statistik Austria, ÖBB. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Bankenstatistik**Übersicht 27: Einlagen und Kredite**

	2000	2001	2002	2002	2003		2003						
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %												
Einlagen insgesamt	+ 2,3	+ 7,8	+ 1,1	+ 4,4	+ 1,1	+ 2,6	+ 4,2	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,8	+ 4,2	+ 3,6	+ 4,3
Spareinlagen	- 2,1	+ 4,8	+ 1,8	+ 3,0	+ 1,8	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,9
Termineinlagen	+ 12,5	+ 31,8	- 13,8	+ 1,9	- 13,8	- 10,5	- 7,2	- 10,5	- 6,5	- 3,5	- 7,2	- 12,8	- 15,6
Sichteinlagen	+ 14,4	+ 8,2	+ 9,3	+ 12,0	+ 9,3	+ 10,5	+ 11,8	+ 10,5	+ 9,5	+ 10,1	+ 11,8	+ 13,1	+ 16,9
Fremdwährungseinlagen	+ 7,3	- 19,1	- 9,3	- 14,8	- 9,3	- 11,2	+ 3,5	- 11,2	- 8,9	- 14,1	+ 3,5	- 11,7	+ 5,3
Direktkredite an inländische Nichtbanken	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,4	- 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 0,1	+ 1,1

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Arbeitsmarkt

Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2002				2003				2003				
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig Beschäftigte	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0
Arbeitslose	+ 3,0	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,9	+ 1,6	- 0,1	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,3	- 0,0	+ 0,8	+ 0,3
Offene Stellen	- 4,7	- 2,7	+ 1,3	- 1,8	- 1,5	- 2,0	- 0,9	- 1,8	+ 0,1	- 0,6	- 0,7	- 1,2	- 0,3
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	6,9	7,0	7,0	7,0	7,0	7,2	7,0	7,1	7,1	7,2	7,2	7,2	7,2
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,4	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2000	2001	2002	2002	2003	III. Qu.	Juni	Juli	2003				
				IV. Qu.	I. Qu.				II. Qu.	August	September	Oktober	November
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.134	3.148	3.155	3.149	3.123	3.188	3.255	3.209	3.276	3.258	3.230	3.206	3.180
Männer	1.757	1.748	1.731	1.722	1.677	1.742	1.780	1.754	1.791	1.783	1.768	1.754	1.736
Frauen	1.377	1.400	1.424	1.427	1.446	1.446	1.474	1.455	1.486	1.476	1.462	1.451	1.444
Ausländer	320	329	334	331	334	352	366	360	366	366	365	357	.
Sachgütererzeugung	612	614	599	592	582	587	599	588	603	599	594	592	.
Bauwesen	258	247	240	241	203	250	259	254	260	259	258	256	.
Private Dienstleistungen	1.231	1.250	1.257	1.244	1.256	1.248	1.289	1.263	1.298	1.295	1.273	1.249	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	251	267	278	283	277	284	295	287	295	296	293	292	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.064	3.078	3.064	3.044	3.013	3.074	3.139	3.095	3.161	3.142	3.114	3.088	.
Männer	1.745	1.735	1.718	1.710	1.665	1.728	1.766	1.740	1.776	1.768	1.755	1.740	.
Frauen	1.320	1.343	1.345	1.334	1.348	1.346	1.373	1.355	1.384	1.374	1.360	1.348	.
Arbeitslose	194	204	232	244	284	216	205	201	200	205	209	224	248
Männer	108	115	134	141	184	119	108	109	106	107	111	118	134
Frauen	87	89	98	104	100	97	96	92	94	98	97	105	114
Personen in Schulung ²⁾	29	32	35	41	44	44	37	42	37	35	40	44	44
Offene Stellen	35	30	23	21	21	24	23	23	23	23	22	21	19

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

Unselbständig Beschäftigte	+ 25,8	+ 14,4	+ 7,0	+ 15,0	+ 31,3	+ 32,5	+ 30,3	+ 27,4	+ 29,9	+ 27,7	+ 33,5	+ 29,8	+ 25,4
Männer	+ 2,2	- 9,3	- 16,6	- 17,5	- 7,1	+ 0,5	+ 3,8	- 0,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 6,4	+ 3,2	+ 3,7
Frauen	+ 23,7	+ 23,7	+ 23,7	+ 32,5	+ 38,4	+ 32,1	+ 26,5	+ 28,1	+ 27,4	+ 25,0	+ 27,1	+ 26,6	+ 21,7
Ausländer	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 6,4	+ 11,9	+ 15,9	+ 18,0	+ 16,2	+ 16,7	+ 18,6	+ 18,7	+ 18,2	.
Sachgütererzeugung	+ 0,2	+ 1,3	- 15,1	- 18,2	- 14,5	- 12,0	- 7,6	- 11,0	- 7,9	- 7,5	- 7,4	- 6,0	.
Bauwesen	- 5,2	- 10,4	- 6,8	- 7,0	- 4,2	- 2,5	- 1,7	- 2,7	- 1,6	- 1,6	- 1,9	- 2,2	.
Private Dienstleistungen	+ 27,8	+ 19,3	+ 6,2	+ 5,9	+ 3,9	+ 3,6	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,3	+ 2,8	+ 4,9	+ 4,3	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	+ 18,2	+ 16,3	+ 10,3	+ 13,2	+ 11,1	+ 8,6	+ 8,5	+ 7,9	+ 8,9	+ 8,4	+ 8,1	+ 6,7	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 28,9	+ 13,6	- 14,6	- 21,1	- 3,4	+ 6,7	+ 12,3	+ 4,7	+ 9,6	+ 9,3	+ 18,1	+ 15,0	.
Männer	+ 2,1	- 9,5	- 16,7	- 17,7	- 7,5	- 0,2	+ 3,3	- 1,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 6,0	+ 2,0	.
Frauen	+ 26,8	+ 23,2	+ 2,1	- 3,4	+ 4,1	+ 6,9	+ 9,1	+ 5,8	+ 7,7	+ 7,4	+ 12,1	+ 13,0	.
Arbeitslose	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 14,8	+ 5,9	+ 5,4	+ 7,5	+ 9,2	+ 8,3	+ 5,4	+ 8,7	+ 10,1	+ 11,1
Männer	- 14,0	+ 7,8	+ 19,1	+ 11,8	+ 6,2	+ 4,3	+ 4,1	+ 5,7	+ 4,7	+ 3,1	+ 4,4	+ 5,6	+ 6,5
Frauen	- 13,4	+ 1,8	+ 9,5	+ 3,0	- 0,3	+ 1,1	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,6	+ 2,3	+ 4,3	+ 4,5	+ 4,6
Personen in Schulung ²⁾	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,8	+ 7,5	+ 11,8	+ 8,6	+ 3,6	+ 7,0	+ 5,1	+ 3,3	+ 2,3	+ 1,6	+ 0,6
Offene Stellen	+ 4,3	- 5,8	- 6,5	- 2,5	- 1,8	- 1,1	- 1,0	- 1,1	- 0,8	- 0,8	- 1,4	- 1,8	- 1,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdiner. – ²⁾ Bezieher und Bezieherinnen von Individualbeihilfe des AMS. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2000	2001	2002	2002	2003	III. Qu.	Juni	Juli	2003				
				IV. Qu.	I. Qu.				II. Qu.	August	September	Oktober	November
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	5,8	6,1	6,9	7,2	8,3	6,3	5,9	5,9	5,8	5,9	6,1	6,5	7,2
Männer	5,8	6,2	7,2	7,6	9,9	6,4	5,7	5,9	5,6	5,7	5,9	6,3	7,2
Frauen	5,9	5,9	6,4	6,8	6,4	6,3	6,1	5,9	5,9	6,2	6,2	6,8	7,3
Unter 25-Jährige (in % der Arbeitslosen insgesamt)	14,4	15,2	15,8	16,6	15,4	16,1	17,4	16,1	16,7	17,1	18,3	17,5	17,1
Stellenandrang (Arbeitslose je 100 offene Stellen)	547	687	1.002	1.144	1.348	902	906	862	882	900	938	1.077	1.287

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Preise und Löhne

Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2000	2001	2002	2002	2003				2003				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,0
Verbraucherpreisindex	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,0
Ohne Saisonwaren	+ 2,3	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,0
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	.	+ 3,6	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,9
Alkoholische Getränke, Tabak	.	+ 4,2	+ 4,4	+ 5,6	+ 4,9	+ 3,6	+ 2,2	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,9	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,8
Bekleidung und Schuhe	.	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,4
Wohnung, Wasser, Energie	.	+ 3,1	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,0
Hausrat und laufende Instandhaltung	.	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,4
Gesundheitspflege	.	+ 5,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,4	- 1,9	- 1,8	- 2,6	- 2,7	- 1,8	- 1,7	- 1,8	- 1,7
Verkehr	.	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,5	+ 3,4	- 0,6	+ 0,6	- 1,1	- 1,1	- 0,6	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,3
Nachrichtenübermittlung	.	- 1,0	- 1,0	- 1,9	- 2,1	- 1,7	- 1,9	- 1,6	- 1,7	- 1,8	- 1,7	- 2,0	- 2,0
Freizeit und Kultur	.	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,1
Erziehung und Unterricht	.	+ 10,0	+ 21,9	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,5	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,2	+ 2,3	+ 2,5
Restaurants und Hotels	.	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	.	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,3
Großhandelspreisindex	+ 4,0	+ 1,5	- 0,4	+ 0,5	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,0
Ohne Saisonprodukte	+ 4,1	+ 1,4	- 0,5	+ 0,5	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,8

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Übersicht 32: Tarifföhne

	2000	2001	2002	2002	2003				2003				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2
Arbeiter	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2
Angestellte	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,8
Verkehr	+ 1,5	+ 1,6	+ 4,1	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 33: Effektivverdienste

	2000	2001	2002	2002	2003		2002		2003				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<i>Gesamtwirtschaft¹⁾</i>													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,7
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,4	+ 1,8	+ 1,7
Pro-Kopf-Einkommen													
Je Arbeitnehmer, brutto	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,5
Je Arbeitnehmer, netto	+ 3,0	+ 1,1	+ 1,9
Je Arbeitnehmer, netto real ²⁾	+ 1,6	- 1,1	+ 0,8
<i>Sachgütererzeugung</i>													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 2,2	+ 4,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 2,0	.	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 3,0	+ 1,4	- 0,1
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,9	.	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,5	+ 4,5	+ 2,8	+ 1,4
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,5	+ 3,2	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,3	+ 4,5	.	+ 1,0	+ 5,1	+ 4,2	+ 4,1	+ 3,4	+ 2,8
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,2	.	+ 1,1	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,1
<i>Bauwesen</i>													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 1,1	- 2,4	- 0,4	- 0,1	+ 0,5	+ 5,0	.	+ 1,7	+ 3,4	+ 5,1	+ 6,5	+ 5,9	+ 1,7
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,6	+ 3,3	+ 4,3	.	+ 4,8	+ 3,8	+ 6,6	+ 3,0	+ 3,7	- 1,1
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 1,8	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,6	+ 3,1	+ 5,0	.	+ 2,7	+ 3,8	+ 6,6	+ 5,1	+ 4,3	+ 2,4
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,4	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 4,5	.	+ 3,5	+ 4,4	+ 4,8	+ 4,4	+ 3,3	+ 2,6

Q: Statistik Austria. - ¹⁾ Laut ESVG 1995. - ²⁾ Zu Preisen von 1995. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Staatshaushalt

Übersicht 34: Staatsquoten

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	In % des Bruttoinlandsproduktes									
Staatsausgaben	57,4	57,3	56,8	54,1	54,2	54,2	52,3	51,8	51,3	51,9
Abgabenquote Staat und EU	41,9	42,4	43,9	44,7	44,4	44,4	43,5	45,4	44,2	43,9
Finanzierungssaldo ¹⁾	- 5,0	- 5,2	- 3,8	- 1,9	- 2,4	- 2,3	- 1,5	0,3	- 0,1	- 1,3
Schuldenstand	64,7	69,2	69,1	64,7	64,9	67,5	67,0	67,1	66,7	66,4

Q: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen. Stabilitätsprogramm November 2003. - ¹⁾ Einschließlich Saldo der Währungstauschverträge. • E-Mail-Adresse: Brigitte.Schuetz@wifo.ac.at

Soziale Sicherheit

Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	1.894,0	1.914,4	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	679	697	718	740	754	771
Unselbständige	1.549,7	1.570,8	1.600,2	1.630,7	1.646,6	1.662,8	699	716	738	760	773	790
Arbeiter	952,0	958,1	966,7	975,1	976,3	978,0	571	582	595	609	616	626
Angestellte	557,8	573,3	590,5	612,6	627,8	642,8	911	934	962	989	1.008	1.029
Selbständige	344,3	343,6	344,3	347,7	346,6	345,2	588	607	626	646	663	681
Gewerbliche Wirtschaft	153,0	153,3	154,3	156,0	156,5	156,7	733	755	782	809	831	856
Bauern	191,0	190,1	189,6	191,4	189,8	188,1	469	484	496	509	519	531
Neuzuerkennungen insgesamt ¹⁾	110,7	105,1	116,6	120,0	97,1	101,3	709	737	804	846	783	793
Unselbständige	94,4	89,6	99,6	100,9	83,5	87,2	716	746	816	863	786	799
Arbeiter	56,0	52,4	55,4	54,8	45,7	48,6	556	577	611	638	565	576
Angestellte	36,5	35,5	42,0	43,9	36,0	36,9	954	988	1.076	1.137	1.058	1.087
Selbständige ¹⁾	16,3	15,5	17,0	19,0	13,6	14,1	669	684	738	754	763	760
Gewerbliche Wirtschaft	8,3	8,0	8,7	9,2	7,6	7,5	839	849	909	974	952	965
Bauern	8,0	7,5	8,2	9,8	6,1	6,6	492	508	557	548	528	525

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	1.894,0	1.914,4	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	679	697	718	740	754	771
Direktpensionen	1.362,5	1.382,8	1.413,3	1.448,2	1.464,4	1.480,7	771	791	815	791	853	872
Invaliditätspensionen	385,9	382,5	378,3	377,4	381,2	385,5	658	675	692	710	731	752
Alle Alterspensionen ¹⁾	976,7	1.000,3	1.034,9	1.070,9	1.083,1	1.095,1	816	835	860	882	896	914
Normale Alterspensionen	763,9	777,3	801,9	831,0	860,8	885,4	760	774	789	803	816	832
Vorzeitige Alterspensionen	212,1	222,4	232,5	239,4	222,0	209,3	1.019	1.051	1.106	1.160	1.211	1.261
Lange Versicherungsdauer	124,5	127,6	131,4	132,2	123,2	120,9	1.110	1.137	1.192	1.257	1.314	1.370
Arbeitslosigkeit	20,8	19,8	18,6	17,3	15,4	14,7	629	648	672	698	716	729
Geminderte Arbeitsfähigkeit	65,7	74,0	81,7	89,2	82,9	73,4	968	1.011	1.067	1.107	1.151	1.190
Gleitpensionen	1,1	1,1	0,8	0,6	0,5	0,4	998	993	956	957	953	947
Witwen- bzw. Witwerpensionen	480,5	481,0	480,8	480,0	478,8	477,8	466	476	486	497	504	514
Waisenpensionen	51,0	50,6	50,5	50,1	49,7	49,5	222	228	234	240	246	253
Neuzuerkennungen insgesamt ²⁾	110,7	105,1	116,6	120,0	97,1	101,3	709	737	804	846	783	793
Direktpensionen	75,9	72,9	84,7	89,2	67,4	71,1	841	875	945	985	933	941
Invaliditätspensionen	14,5	15,0	15,3	17,8	21,7	22,9	765	794	784	860	900	865
Alle Alterspensionen ¹⁾	61,4	57,9	69,3	71,3	45,6	48,1	859	897	980	1.016	949	977
Normale Alterspensionen	15,5	14,7	17,0	18,0	18,2	18,4	428	413	450	482	473	469
Vorzeitige Alterspensionen	45,9	43,2	52,3	53,3	27,4	29,7	1.004	1.061	1.153	1.197	1.264	1.292
Lange Versicherungsdauer	28,0	26,9	34,0	33,1	21,5	25,4	1.095	1.142	1.252	1.329	1.366	1.376
Arbeitslosigkeit	4,1	3,5	4,2	4,1	3,0	3,2	636	648	677	690	706	684
Geminderte Arbeitsfähigkeit	13,3	12,4	14,0	15,9	2,8	1,0	926	1.010	1.059	1.054	1.094	1.109
Gleitpensionen	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	1.033	804	719	881	959	1.003
Witwen- bzw. Witwerpensionen	29,0	26,6	26,4	25,3	24,5	25,0	466	471	480	494	493	497
Waisenpensionen	5,8	5,6	5,5	5,5	5,3	5,3	198	203	201	204	207	213

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Knappschaftssold. – ²⁾ Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	58,4	58,2	58,4	58,5	58,7	59,1	56,8	56,7	56,7	56,8	57,3	57,4
Invaliditätspensionen	49,9	50,3	50,4	51,8	53,4	53,7	48,1	48,2	48,3	49,2	50,4	51,3
Alle Alterspensionen	61,0	60,9	60,6	60,5	62,2	62,8	58,2	58,2	58,0	58,3	59,4	59,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 38: Beiträge des Bundes

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Mrd. €						In % des Pensionsaufwands					
Unselbständige	2.218,7	2.356,7	2.625,0	2.211,5	2.377,4	2.691,3	15,0	15,4	16,3	13,1	13,6	15,0
Gewerbliche Wirtschaft	926,0	928,6	957,2	1.016,2	738,1	1.039,3	61,7	59,6	59,0	59,8	41,9	57,1
Bauern	833,6	839,2	878,4	929,4	989,3	1.031,0	80,1	78,8	79,8	81,0	84,8	86,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Umwelt

Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen

	1990 1996 1997						CO ₂ -Emissionen				Emissionsintensität			
							1998 1999 2000 2001				2001			
							Megatonnen				kg je BIP ¹⁾		t je Einwohner	
OECD	11.011,6	11.930,3	12.074,2	12.096,2	12.163,3	12.449,4	12.511,0	0,50	10,99					
USA	4.825,7	5.290,0	5.437,6	5.485,6	5.527,2	5.689,7	5.673,3	0,63	19,84					
EU	3.112,0	3.181,2	3.127,8	3.163,8	3.132,5	3.150,7	3.209,9	0,38	8,46					
Deutschland	964,1	910,2	881,4	864,7	837,6	834,8	850,2	0,44	10,32					
Österreich	56,6	64,5	64,3	64,3	62,5	62,7	66,6	0,33	8,19					

Q: IEA. – ¹⁾ Zu Preisen von 1995, auf Dollarbasis, kaufkraftbereinigt. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

	1997	1998	1999	2000	2001	2002 ¹⁾
	Mio. €					
Umweltsteuereinnahmen insgesamt	4.601	4.764	4.968	5.436	5.965	6.274
Energiesteuern ²⁾	3.060	2.988	3.100	3.288	3.635	3.801
Umweltverschmutzungssteuern ³⁾	34	43	65	72	89	93
Ressourcensteuern ⁴⁾	407	421	441	452	451	491
Transportsteuern ⁵⁾	1.100	1.312	1.362	1.624	1.790	1.889
	Anteile der Umweltsteuern in %					
An den Steuereinnahmen insgesamt	5,6	5,6	5,7	6,0	6,2	6,5
Am BIP	2,5	2,5	2,5	2,6	2,8	2,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) 2002 ohne Wiener Baumschutzgesetz, Landschaftsschutz- und Naturschutzabgabe. – 2) Mineralölsteuer, Energieabgabe. – 3) Altlastenbeitrag, Deponiestandortabgabe. – 4) Grundsteuer, Jagd- und Fischereiabgabe, Abgabe gemäß Wiener Baumschutzgesetz, Landschaftsschutz- und Naturschutzabgabe. – 5) Kfz-Steuer, Motorbezogene Versicherungssteuer, Normverbrauchsabgabe, Straßenbenutzungsbeitrag. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Entwicklung in den Bundesländern**Übersicht 41: Bruttowertschöpfung**

	1998	1999	2000	2001	2002	2001				2002				
						I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real, zu Preisen von 1995													
Wien	+ 3,0	+ 1,8	+ 5,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	- 0,3	
Niederösterreich	+ 5,6	+ 2,1	+ 4,6	- 1,2	+ 0,2	+ 2,6	- 0,4	- 1,9	- 4,7	- 1,4	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,9	
Burgenland	+ 3,4	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,2	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,6	
Steiermark	+ 4,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 4,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,4	- 0,6	- 0,9	
Kärnten	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,4	- 0,6	- 0,4	- 1,5	- 0,4	+ 1,6	+ 0,2	
Oberösterreich	+ 4,2	+ 1,5	+ 4,7	+ 1,5	+ 0,7	+ 3,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,1	- 0,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,5	
Salzburg	+ 4,1	+ 0,3	+ 5,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,5	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,8	+ 1,9	
Tirol	+ 5,2	+ 1,5	+ 3,2	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,6	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,5	+ 1,5	+ 3,4	+ 1,5	
Vorarlberg	+ 1,8	+ 4,5	+ 4,4	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,8	+ 0,5	+ 3,1	+ 1,1	
Österreich	+ 4,0	+ 2,0	+ 4,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 2,5	+ 0,6	+ 0,3	- 0,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,3	

Q: WIFO-Berechnungen, vorläufige Schätzwerte. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 42: Tourismus

	2000	2001	2002	2002 IV. Qu.	2003				2003				
					I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<i>Übernachtungen</i>													
Wien	+ 2,0	- 0,4	- 0,6	+ 6,3	- 1,9	- 1,0	+ 6,4	+ 2,4	- 2,5	- 2,5	- 2,6	+ 8,6	+ 13,1
Niederösterreich	+ 0,9	- 1,5	- 3,9	- 1,5	- 1,4	+ 0,6	+ 7,4	+ 3,8	- 3,3	+ 2,3	- 0,8	+ 12,0	+ 11,6
Burgenland	+ 3,8	+ 0,2	+ 1,3	- 3,7	- 4,2	+ 2,0	- 1,8	+ 11,9	- 13,2	+ 13,7	- 1,9	- 1,7	- 1,6
Steiermark	+ 0,8	+ 2,9	+ 0,9	+ 1,8	- 3,3	+ 10,6	+ 4,0	+ 21,2	+ 0,3	+ 13,7	+ 0,1	+ 7,1	+ 4,6
Kärnten	- 1,9	+ 1,3	+ 2,7	+ 3,7	- 1,1	+ 8,8	- 0,8	+ 47,7	- 11,9	+ 14,2	- 7,1	+ 3,7	+ 2,5
Oberösterreich	- 1,1	- 1,2	- 1,7	- 0,8	- 6,4	+ 2,1	+ 3,7	+ 3,6	- 3,7	+ 6,4	- 5,0	+ 14,3	- 0,0
Salzburg	- 0,9	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,6	- 4,1	+ 8,5	+ 3,0	+ 34,2	- 10,9	+ 6,5	- 7,5	+ 10,9	+ 5,5
Tirol	+ 2,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 4,1	- 2,1	+ 14,4	+ 1,4	+ 42,8	- 13,7	+ 11,9	- 8,7	+ 8,5	+ 4,5
Vorarlberg	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,7	- 3,4	+ 19,1	+ 3,0	+ 51,1	- 16,2	+ 18,8	- 3,0	+ 6,6	+ 5,4
Österreich	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,9	- 2,8	+ 8,5	+ 2,1	+ 28,5	- 8,5	+ 9,6	- 6,1	+ 7,9	+ 5,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2000	2001	2002	2002 II. Qu.	2002 III. Qu.	2002 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2002		2003			
								Novem-ber	Dezember	Jänner	Februar	März	April
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Wien	+ 2,3	- 4,7	+ 1,5	+ 3,4	+ 1,2	- 9,2	- 15,7	- 3,2	- 5,8	- 34,7	- 7,2	+ 2,3	- 3,1
Niederösterreich	+ 14,3	- 0,1	- 2,2	- 2,7	- 1,5	+ 6,5	+ 5,1	+ 2,0	+ 12,7	+ 1,9	+ 7,0	+ 6,5	+ 1,6
Burgenland	+ 13,0	+ 12,6	+ 3,4	+ 5,0	- 1,2	+ 6,2	+ 10,7	+ 0,2	+ 10,7	+ 10,5	+ 9,5	+ 11,8	+ 9,5
Steiermark	+ 8,8	+ 8,1	- 1,3	+ 4,2	- 4,9	- 5,7	- 10,2	- 7,8	- 6,2	- 8,6	- 15,8	- 6,4	- 9,1
Kärnten	+ 9,1	- 2,4	- 0,6	- 0,3	+ 2,0	+ 1,3	+ 3,7	- 6,3	+ 8,1	+ 2,7	+ 3,6	+ 4,6	+ 5,1
Oberösterreich	+ 14,1	+ 4,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,9	+ 4,2	+ 6,6	+ 2,1	+ 7,5	+ 6,6	+ 5,9	+ 7,3	+ 5,7
Salzburg	+ 8,5	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,8	+ 4,2	+ 5,3	+ 4,3	+ 2,3	+ 7,3	+ 0,9	+ 3,8	+ 7,9	+ 10,2
Tirol	+ 12,1	+ 3,9	+ 2,4	- 0,5	+ 5,5	+ 5,4	+ 7,8	+ 4,7	+ 6,0	+ 11,8	+ 6,4	+ 5,8	+ 2,8
Vorarlberg	+ 11,2	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,0	+ 6,2	+ 1,6	- 1,3	- 3,5	+ 4,4	- 1,7	- 1,1	- 1,0	- 4,7
Österreich	+ 10,6	+ 2,4	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9	- 0,3	- 0,9	+ 3,8	- 4,8	+ 0,0	+ 3,5	+ 0,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2000	2001	2002	2002 II. Qu.	2002 III. Qu.	2002 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2002		2003			
								Novem-ber	Dezember	Jänner	Februar	März	April
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Wien	+ 2,8	- 5,0	- 7,7	- 3,2	- 4,0	- 7,9	+ 28,2	- 8,6	- 9,8	+ 20,8	+ 25,6	+ 37,2	+ 7,8
Niederösterreich	+ 5,3	- 2,8	+ 3,4	+ 6,1	+ 3,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 0,7	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,0	+ 3,4	- 6,5
Burgenland	+ 1,9	- 1,1	+ 11,1	+ 8,5	+ 6,6	+ 12,5	- 3,9	+ 19,5	+ 8,8	+ 1,6	- 14,9	+ 1,4	+ 9,8
Steiermark	+ 9,6	- 3,9	- 0,6	+ 1,5	- 3,0	+ 0,1	+ 17,7	+ 2,9	- 2,8	+ 20,7	+ 19,6	+ 14,2	+ 2,2
Kärnten	+ 5,7	+ 4,3	+ 7,7	+ 4,3	+ 10,6	+ 9,2	+ 18,1	+ 12,5	+ 14,9	+ 32,4	+ 16,6	+ 11,8	+ 5,1
Oberösterreich	+ 2,6	+ 0,1	+ 4,0	+ 10,5	+ 0,8	+ 4,1	+ 13,9	- 0,3	+ 13,8	+ 10,3	+ 12,2	+ 17,6	+ 4,4
Salzburg	+ 2,1	- 5,8	+ 0,0	- 2,7	- 4,5	+ 10,7	+ 20,4	+ 7,2	+ 18,8	+ 13,8	+ 20,1	+ 25,2	+ 7,5
Tirol	+ 1,0	- 3,0	+ 5,8	+ 8,9	+ 6,8	+ 2,7	- 0,9	+ 0,9	+ 9,8	+ 14,0	+ 7,7	- 14,5	- 5,8
Vorarlberg	+ 8,1	- 5,9	- 3,7	- 1,8	- 6,5	- 8,9	- 3,0	- 9,4	- 7,7	+ 10,6	- 10,6	- 5,5	- 0,2
Österreich	+ 4,2	- 2,7	+ 0,7	+ 3,8	+ 0,5	+ 0,8	+ 13,7	+ 0,1	+ 2,8	+ 14,4	+ 12,8	+ 14,0	+ 2,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	2000	2001	2002	2002 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2003 II. Qu.	2003 III. Qu.	Mai	Juni	Juli	2003 August	2003 Septem- ber	2003 Oktober
	In 1.000												
<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>													
Wien	759	755	741	737	730	741	744	742	741	748	745	739	739
Niederösterreich	508	508	504	503	489	509	517	511	512	521	516	514	512
Burgenland	78	79	80	80	77	83	85	83	84	86	85	85	84
Steiermark	420	423	421	420	410	424	433	425	426	435	433	431	428
Kärnten	188	188	187	185	178	190	197	190	193	200	199	193	189
Oberösterreich	519	526	527	526	519	533	543	533	536	547	541	542	540
Salzburg	209	210	211	208	212	209	216	209	211	217	218	214	210
Tirol	254	258	261	254	266	257	269	254	262	272	271	264	255
Vorarlberg	129	130	131	130	132	129	133	128	130	135	134	132	130
Österreich	3.064	3.078	3.064	3.044	3.013	3.074	3.139	3.074	3.095	3.161	3.142	3.114	3.088
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	60	63	75	74	84	76	76	75	75	75	77	77	77
Niederösterreich	32	34	38	40	49	33	34	32	32	33	34	33	33
Burgenland	7	7	8	8	11	6	6	6	6	6	6	6	6
Steiermark	29	30	34	35	45	30	28	30	28	28	28	28	29
Kärnten	15	16	17	20	24	14	12	13	11	11	12	13	16
Oberösterreich	22	23	27	27	33	21	22	21	20	21	22	22	22
Salzburg	9	10	11	13	13	11	9	12	9	8	9	10	12
Tirol	14	14	15	19	17	16	11	18	12	10	10	12	19
Vorarlberg	6	6	7	8	8	8	7	9	7	7	7	8	9
Österreich	194	204	232	244	284	216	205	215	201	200	205	209	224

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>													
Wien	- 2,6	- 3,7	- 13,9	- 16,7	- 5,9	- 3,8	- 3,1	- 2,1	- 5,6	- 4,8	- 2,7	- 1,7	- 2,0
Niederösterreich	+ 5,9	- 0,8	- 3,7	- 3,4	- 0,9	+ 0,7	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,4	+ 2,6	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,0
Burgenland	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,2
Steiermark	+ 6,3	+ 3,3	- 2,0	- 3,4	- 1,0	+ 0,4	+ 2,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,5
Kärnten	+ 1,4	+ 0,6	- 1,0	- 1,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	- 0,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9
Oberösterreich	+ 7,7	+ 7,1	+ 0,4	- 0,8	+ 3,2	+ 5,5	+ 6,0	+ 5,2	+ 6,8	+ 6,3	+ 2,2	+ 9,5	+ 8,7
Salzburg	+ 2,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 1,3	+ 0,1	- 1,3	- 0,1	+ 1,4	+ 2,6	+ 2,1
Tirol	+ 4,7	+ 4,3	+ 3,0	+ 1,4	- 0,7	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	- 0,2	+ 0,2
Vorarlberg	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,3
Österreich	+ 28,9	+ 13,6	- 14,6	- 21,1	- 3,4	+ 6,7	+ 12,3	+ 6,4	+ 4,7	+ 9,6	+ 9,3	+ 18,1	+ 15,0
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	- 8,7	+ 3,8	+ 11,4	+ 3,9	+ 0,0	+ 3,3	+ 7,1	+ 3,0	+ 5,7	+ 6,8	+ 6,6	+ 7,8	+ 8,8
Niederösterreich	- 3,7	+ 2,3	+ 4,3	+ 2,4	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Burgenland	- 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1
Steiermark	- 4,3	+ 0,7	+ 3,6	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1
Kärnten	- 1,9	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,5	- 0,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,6	- 0,3	- 0,1
Oberösterreich	- 4,0	+ 0,5	+ 3,7	+ 1,9	- 0,2	- 1,2	- 1,5	- 1,4	- 1,2	- 1,7	- 2,1	- 0,6	- 0,5
Salzburg	- 1,1	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1
Tirol	- 2,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,7	- 0,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,8
Vorarlberg	- 1,2	- 0,0	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7
Österreich	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 14,8	+ 5,9	+ 5,4	+ 7,5	+ 7,1	+ 9,2	+ 8,3	+ 5,4	+ 8,7	+ 10,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bewerber und Bewerberinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdiener. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 46: Arbeitslosenquote

	2000	2001	2002	2002 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2003 II. Qu.	2003 III. Qu.	Mai	Juni	Juli	2003 August	2003 Septem- ber	2003 Oktober
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Wien	7,2	7,6	9,0	9,0	10,0	9,0	9,1	8,9	8,9	8,9	9,1	9,2	9,2
Niederösterreich	5,8	6,2	6,9	7,1	8,8	5,9	5,9	5,7	5,7	5,8	6,0	5,8	5,9
Burgenland	7,9	8,2	8,6	8,9	12,6	6,7	6,3	6,5	6,3	6,4	6,4	6,2	6,5
Steiermark	6,4	6,5	7,2	7,5	9,5	6,4	5,9	6,3	5,9	5,9	5,9	5,9	6,2
Kärnten	7,5	7,6	8,2	9,3	11,4	6,5	5,5	6,4	5,2	5,0	5,3	6,1	7,4
Oberösterreich	4,0	4,1	4,7	4,8	5,8	3,7	3,7	3,6	3,4	3,5	3,7	3,8	3,8
Salzburg	4,1	4,3	4,9	5,6	5,5	4,9	3,8	5,1	4,0	3,6	3,6	4,1	5,3
Tirol	4,9	5,1	5,3	6,6	5,6	5,7	3,7	6,4	4,3	3,3	3,5	4,3	6,7
Vorarlberg	4,3	4,3	5,1	5,8	5,7	5,7	5,0	6,0	5,2	4,7	5,0	5,3	5,9
Österreich	5,8	6,1	6,9	7,2	8,3	6,3	5,9	6,3	5,9	5,8	5,9	6,1	6,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Margit Schratzenstaller

Zur Steuerreform 2005

Anlässlich der für das Jahr 2005 geplanten zweiten Stufe der Steuerreform werden einige zentrale Defizite im österreichischen Steuersystem identifiziert. Die Analyse umfasst mit Körperschaftsteuer, Einkommensteuer und der vermögensbezogenen Besteuerung drei zentrale Bereiche des österreichischen Steuersystems. Der Körperschaftsteuersatz ist in Österreich etwas höher als im EU-Durchschnitt und deutlich höher als in den Beitrittsländern; gemessen an der effektiven Körperschaftsteuerbelastung schneidet Österreich im internationalen Vergleich aber günstiger ab als auf der Grundlage des Steuertarifs. Der Einkommensteuer-Spitzensatz ist geringfügig höher als im EU-Durchschnitt und ebenfalls merklich höher als in den Beitrittsländern. Negative Arbeitsanreize sind vor allem im unteren Einkommensbereich festzustellen. Positive Arbeitsanreize könnten hier durch die Einführung eines an eine Arbeitsaufnahme gekoppelten Steuernachlasses gesetzt werden. Die der Besteuerung von Vermögen (Grundsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer) zugrunde gelegten Einheitswerte weichen von den Verkehrswerten deutlich und mit regionalen Unterschieden ab.

Begutachtung: Helmut Kramer • Wissenschaftliche Assistenz: Brigitta Schütz • E-Mail-Adresse: Margit.Schatzenstaller@wifo.ac.at

Die Ziele und Kriterien für Steuersysteme und Steuerreformen sind vielfältig. Neben der fiskalisch-budgetären Funktion (Neumark, 1970) – Steuern bilden in allen modernen Staaten die Haupteinnahmequelle zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte – sind dies in erster Linie wirtschaftspolitische Ziele: Dies betrifft die Wachstums-, Konjunktur- und Stabilitätspolitik sowie allokatiospolitische und verteilungspolitische Aspekte. Hinzu kommen als steuertechnische Grundsätze Steuertransparenz und einfache Administrierbarkeit (Andel, 1998). Schließlich sind auch die auf der europäischen Ebene gesetzten steuerrechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten.

Die Vielzahl dieser Anforderungen impliziert mögliche Konflikte zwischen den einzelnen Zielen. So können etwa die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Ziele selbst in einem "optimalen" Steuersystem nicht gleichzeitig verwirklicht werden (und schon gar nicht in vollem Umfang). In der Praxis steht daher ein rationales Steuersystem vor der Herausforderung, eine möglichst ausgewogene Balance zwischen den unterschiedlichen und teilweise gegensätzlichen Zielen herzustellen und Inkonsistenzen möglichst zu minimieren.

Aus allokativer Sicht sollen Steuern zunächst Anreiz- und Lenkungenfunktionen ausüben, indem etwa Aktivitäten mit negativen externen Effekten (z. B. umweltschädigendes Verhalten) besteuert oder solche mit positiven Externalitäten (z. B. Forschung und Entwicklung) steuerlich begünstigt werden. Gleichzeitig soll sich die Besteuerung des Einkommens der privaten Haushalte und der Gewinne von Unternehmen durch Beschäftigungs-, Investitions- und Wachstumsfreundlichkeit auszeichnen. Eine beschäftigungsfördernde Besteuerung der Einkommen aus unselbständiger und selbständiger Arbeit muss negative Arbeitsanreize vermeiden und Leistungsanreize setzen. Die Investitionsfreundlichkeit eines Unternehmenssteuersystems hängt von der absoluten sowie von der relativen Steuerbelastung im internationalen Vergleich ab. Nicht minder bedeutsam sind Strukturelemente des Steuersystems, die Investitionen der Arbeitnehmer in ihr Humankapital sowie der Unternehmen in das Humankapital der Beschäftigten und in technologischen Fortschritt fördern und so positive Wachstumseffekte auslösen.

Aus effizienztheoretischer Perspektive erlangen aufgrund der wachsenden internationalen Verflechtung von Güter- und Kapitalmärkten Probleme der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit von Nationalstaaten und steuerliche Wettbewerbsverzerrungen ("Steuerwettbewerb") zunehmende Bedeutung. Das nationale Steuersystem – insbesondere die Besteuerung von Unternehmen bzw. Investitionen mit hoher grenzüberschreitender Mobilität – soll die Wettbewerbsfähigkeit von Standorten nicht beeinträchtigen, da die steuerlichen Rahmenbedingungen ein Faktor im internationalen Standortwettbewerb sind.

Allerdings werden die Effizienzwirkungen des internationalen Unternehmenssteuerwettbewerbs in der Literatur kontrovers beurteilt. Einerseits werden effizienzfördernde Wirkungen erwartet, da der Unternehmenssteuerwettbewerb Staaten zur Ausgabendisziplin zwingt (Kramer, 1998) und Ineffizienzen in der Bereitstellung öffentlicher Güter verringert (Schulze – Ursprung, 1999). Andererseits sind allokativen Verzerrungen möglich: etwa eine suboptimale Bereitstellung öffentlicher Güter oder eine ineffiziente internationale Allokation von Kapital (Sinn, 1995, Keen – Marchand, 1997). Einige Autoren sehen auch einen Trade-off zwischen Effizienz und Verteilung: So könne der zwischenstaatliche Steuerwettbewerb den Spielraum nationaler Umverteilungspolitik einschränken (Sinn, 1997) oder eine Verlagerung der Steuerbelastung vom mobilen Faktor Kapital zu immobilen Faktoren (vor allem unselbständige Arbeit) bewirken (Bucovetsky – Wilson, 1991).

Einem Steuersystem kann darüber hinaus die Funktion zukommen, zum Ausgleich von Konjunkturschwankungen beizutragen, hauptsächlich als automatischer Stabilisator. Bei der Umsetzung einer Steuerreform ist auch die aktuelle Konjunkturlage zu berücksichtigen, um prozyklische Wirkungen zu vermeiden. Umstritten ist der Einsatz von Steuern im Rahmen diskretionärer Eingriffe, da deren Effektivität aufgrund von Lags und pessimistischen Zukunftserwartungen der Wirtschaftssubjekte sowie (vor allem in kleinen offenen Volkswirtschaften) durch ein Versickern der expansiven Effekte ins Ausland beeinträchtigt werden kann. Gleichzeitig wird aus stabilitätspolitischen Erwägungen dem Ziel eines langfristig ausgeglichenen Haushaltes (nicht zuletzt aufgrund des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts) ein hoher Stellenwert beigemessen; das beschränkt wiederum den konjunkturpolitischen Spielraum des Steuersystems. Ein weiterer stabilitätspolitischer Aspekt umfasst die gesamte Belastung des Faktors Arbeit durch Steuern und Sozialabgaben: Eine hohe Abgabenbelastung kann mit negativen Beschäftigungswirkungen einhergehen, da sie Anreize für die Unternehmen schafft, Arbeit durch Kapital zu substituieren.

Schließlich haben Steuern auch eine verteilungspolitische Aufgabe: Sie sollen Ungleichheiten in der primären Verteilung von Einkommen und Vermögen mildern.

Rahmenbedingungen und Ziele der geplanten zweiten Etappe der Steuerreform 2005

Nach der Verabschiedung der ersten Stufe der in zwei Etappen geplanten Steuerreform 2004/05 werden derzeit die Detailregelungen für die zweite Stufe erarbeitet. Dies gibt Anlass, einige Eckpunkte der geplanten Reform zu identifizieren, die sich aus Strukturdefiziten des österreichischen Steuersystems ableiten lassen. Die Analyse beschränkt sich auf drei zentrale Bereiche des österreichischen Steuersystems, denen in der aktuellen steuerpolitischen Diskussion vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt wird: die Körperschaftsteuer, die Einkommensteuer und die Vermögensbesteuerung. Neben den eingangs angerissenen wirtschaftspolitischen Zielen spielt die bevorstehende EU-Erweiterung um zehn Länder – darunter acht ostmitteleuropäische Transformationsländer¹⁾ – eine zentrale Rolle, weil sich in der Folge der internationale Steuerwettbewerb verschärfen kann.

¹⁾ Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

Übersicht 1: Steuerquoten im internationalen Vergleich

	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002 Prognose
Steuereinnahmen in % des BIP							
EU 15 ¹⁾	25,7	27,7	28,3	28,5	30,1	29,6	29,1
Belgien	30,2	31,2	28,8	29,9	31,6	31,4	31,6
Dänemark	43,2	45,7	45,7	47,8	47,2	47,6	47,7
Finnland	29,1	33,0	35,0	32,7	35,2	33,8	33,7
Frankreich	23,3	24,8	24,0	25,2	28,9	28,6	27,7
Deutschland ²⁾	22,7	21,8	20,6	23,3	23,0	22,2	21,7
Griechenland	16,2	18,4	20,5	21,9	26,7	25,5	23,5
Irland	26,9	29,9	28,5	28,1	27,0	25,6	23,7
Italien	18,9	22,5	26,1	28,2	30,0	29,9	28,6
Luxemburg	29,1	33,3	29,7	31,1	30,2	29,6	30,5
Niederlande	27,0	23,8	26,9	24,4	25,1	25,3	25,4
Österreich	27,5	28,6	27,2	26,5	28,5	30,6	29,3
Portugal	17,0	19,7	21,3	23,7	25,5	24,5	24,8
Spanien	11,9	16,3	21,4	21,0	22,8	22,6	23,0
Schweden	32,8	35,3	37,8	35,1	39,5	36,1	35,3
Großbritannien	29,3	31,0	30,7	28,7	31,0	31,0	29,8
MOEL 4 ¹⁾	23,6	22,6	22,9
Polen	.	.	.	27,6	24,3	23,5	24,2
Slowakei	20,5	17,9	19,2
Tschechien	.	.	.	23,7	21,9	21,3	21,9
Ungarn	.	.	.	27,3	27,6	27,5	26,3
Schweiz	20,1	20,5	20,6	20,8	23,6	22,8	23,4
USA	21,1	19,5	19,8	20,7	22,8	21,8	.
Japan	17,8	18,9	21,3	17,6	17,6	17,0	.
OECD ¹⁾	24,6	25,8	26,7	26,8	27,9	27,5	.

 Q: OECD (2003B). – ¹⁾ Ungewichteter Durchschnitt. – ²⁾ Bis 1990 ohne Ostdeutschland.

Übersicht 2: Abgabenquoten im internationalen Vergleich

	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002 Prognose
Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge in % des BIP							
EU 15 ¹⁾	35,8	38,5	39,2	40,1	41,4	41,0	40,5
Belgien	42,4	45,6	43,2	44,6	45,7	45,8	46,2
Dänemark	43,9	47,4	47,1	49,4	49,5	49,8	49,4
Finnland	36,1	39,9	44,6	45,1	47,3	46,1	45,9
Frankreich	40,6	43,8	43,0	44,0	45,2	45,0	44,2
Deutschland ²⁾	34,6	34,3	32,9	38,2	37,8	36,8	36,2
Griechenland	24,2	28,6	29,3	32,4	37,5	36,9	34,8
Irland	31,4	35,0	33,5	32,8	31,2	29,9	28,0
Italien	30,4	34,4	38,9	41,2	41,9	42,0	41,1
Luxemburg	40,8	45,1	40,8	42,3	40,4	40,7	42,3
Niederlande	43,6	42,6	43,0	41,9	41,1	39,5	39,3
Österreich	39,8	41,9	40,4	41,6	43,3	45,4	44,1
Portugal	24,1	26,6	29,2	32,5	34,3	33,5	34,0
Spanien	23,1	27,8	33,2	32,8	35,2	35,2	35,6
Schweden	46,1	47,0	51,9	48,5	54,0	51,4	50,6
Großbritannien	35,2	37,7	36,8	34,8	37,2	37,3	35,9
MOEL 4 ¹⁾	36,8	35,8	36,3
Polen	.	.	.	39,6	34,3	33,6	34,3
Slowakei	34,9	32,3	33,8
Tschechien	.	.	.	40,1	38,9	38,4	39,2
Ungarn	.	.	.	42,4	39,0	39,0	37,7
Schweiz	28,9	26,6	26,9	28,5	31,2	30,6	31,3
USA	27,0	26,1	26,7	27,6	29,7	28,9	.
Japan	25,1	27,2	30,0	27,6	27,5	27,3	.
OECD insgesamt ¹⁾	32,0	33,6	34,8	36,0	37,1	36,9	.

 Q: OECD (2003B). – ¹⁾ Ungewichteter Durchschnitt. – ²⁾ Bis 1990 ohne Ostdeutschland.

Die zweite Steuerreformstufe ist zunächst allokatons- und wachstumspolitisch motiviert. Sie wird mit der im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Abgabenquote Österreichs (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge im Verhältnis zum BIP) begründet: Diese betrug 2002 44,1% des BIP, gegenüber 40,5% im EU-Durchschnitt. Die Steuerquote überstieg den EU-Durchschnitt (29,1%) mit 29,3% im Jahr 2002 leicht. Der langfristig angelegte Rückbau des öffentlichen Sektors soll Effizienz- und Wachstumspotentiale freisetzen. Quantitativ soll er sich in einer Verringerung der Abgaben- und der Ausgabenquote niederschlagen. Die Abgabenquote soll von 45,4% (2001) auf 41,9% im Jahr 2007 und unter 40% im Jahr 2010 sinken.

Die fiskalische Entlastung durch die beiden Steuerreformstufen 2004 und 2005 soll ein gesamtes Volumen von 3 Mrd. € (rund 1,3% des BIP) erreichen. Sie soll durch Ausgabenkürzungen gegenfinanziert werden: Die Gesamtausgabenquote soll im Zeitraum 2001/2007 von 51,8% auf 48,4% sinken.

Die Steuersenkung im Rahmen der ersten Etappe vergrößert bedingt durch Steuererhöhungen (Mineralölsteuer, Energieabgaben) das laufende Defizit (2004) voraussichtlich um nur 0,1 Prozentpunkte. Dagegen verursacht die zweite Etappe eine vorübergehende Steigerung des laufenden Defizits (Übersicht 3).

Übersicht 3: Budgetindikatoren 2001 bis 2007

	Abgabenquote Steuern und Sozialabgaben	Ausgabenquote Gesamtausgaben	Budgetsaldo Tatsächlich		Konjunktur- bereinigt ¹⁾ Einschließlich Steuerreform
			Ohne Steuerreform ²⁾ In % des BIP	Einschließlich Steuerreform	
2001	45,4	51,8	+ 0,3	+ 0,3	-
2002	44,2	51,3	- 0,1 ³⁾	- 0,1	- 0,2
2003	43,9	51,9	- 1,3	- 1,3	- 1,0
2004	43,4	50,7	- 0,6	- 0,7	- 0,4
2005	42,3	50,0	- 0,3	- 1,5	- 1,3
2006	42,1	49,4	+ 0,2	- 1,1	- 1,1
2007	41,9	48,4	+ 1,0	- 0,4	- 0,5

Q: Bundesministerium für Finanzen (2003B). – ¹⁾ Tatsächlicher Budgetsaldo bereinigt um Konjunktüreinflüsse. – ²⁾ Gemäß Stabilitätsprogramm vom März 2003 (Bundesministerium für Finanzen, 2003A). – ³⁾ Abweichend vom Stabilitätsprogramm gemäß dem endgültigen Ergebnis vom August 2003.

Ein weiteres allokatonspolitisches Ziel der zweiten Steuerreformetappe ist die Erhöhung der steuerlichen Standortattraktivität Österreichs für ausländische Investoren und die heimischen Unternehmen. Hiezu sollen die Kapitalgesellschaften durch eine Senkung der Körperschaftsteuer entlastet werden. Weiters wird eine Tarifreform angestrebt, deren konkrete Ausprägung noch nicht feststeht, die jedoch durch eine Steuerentlastung den Faktor Arbeit verbilligen soll.

Körperschaftsteuer

Der Körperschaftsteuersatz liegt in Österreich 2003 mit 34% über dem Durchschnitt der EU 15 (29,7% bzw. 31,5% einschließlich der Zuschlagsteuern und kommunalen ertragsabhängigen Steuern; Kramer – Marterbauer – Schratzenstaller, 2003). Die österreichische Kommunalsteuer ist zwar eine ertragsunabhängige Besteuerung der Lohnsumme, erhöht aber für jene Unternehmen, die sie nicht überwälzen können, die gesamte Steuerlast. Ist ein Unternehmen auf angespannte Arbeitsmarktsegmente angewiesen, so ist eine Überwälzung auf die Arbeitnehmer nur eingeschränkt möglich. In den zehn ostmitteleuropäischen Beitrittskandidatenländern (MOEL 10)²⁾ beträgt der durchschnittliche Körperschaftsteuersatz 2003 23,5%³⁾. Wird die in fünf der acht Beitrittsländer geplante Senkung des Körperschaftsteuersatzes tatsächlich beschlossen, dann sinkt der durchschnittliche Steuersatz in den MOEL 10 auf 21,2% im Jahr 2004.

²⁾ Die MOEL 10 umfassen die acht MOEL, die 2004 der EU beitreten werden, sowie Bulgarien und Rumänien, deren Beitritt frühestens 2007 zu erwarten ist.

³⁾ Lokale Steuern spielen in den meisten Beitrittsländern keine Rolle: Lediglich in Estland wird eine in der Höhe unbedeutende lokale Unternehmenssteuer eingehoben; in Ungarn werden 2% der Umsätze abzüglich einiger Ausgaben, in Litauen 0,3% bis 0,48% der Umsätze als kommunale Steuern erhoben (KPMG, 2003).

Nominale Steuersätze haben in einer international verflochtenen Wirtschaft eine Signalfunktion hinsichtlich der Gesamtheit der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Standorten (OECD, 2000), die nicht unterschätzt werden darf. Ihr kommt eine umso größere Bedeutung zu, je schwieriger und aufwendiger einerseits die Informationsbeschaffung über die konkreten Detailregelungen des gesamten Unternehmenssteuerrechtes ist und je größere Defizite andererseits in den sonstigen Standortfaktoren bestehen. Beide Umstände treffen besonders auf die "neuen" EU-Mitgliedsländer zu. Sie setzen daher durch Steuersatzsenkungen gerade anlässlich des EU-Beitritts positive Signale hinsichtlich ihrer steuerlichen Attraktivität. Gleichzeitig versuchen sie, trotz gewisser Fortschritte (EBRD, 2002) nach wie vor bestehende Mängel (Zinnes – Eilat – Sachs, 2001) insbesondere in der für Unternehmen relevanten Infrastruktur und in den sonstigen Investitionsbedingungen zu kompensieren.

Um der Gefahr der Fehlinterpretation solcher Signale zu entgehen, ist zu beachten, dass sich die tatsächliche Unternehmenssteuerlast aus zwei Faktoren ergibt: aus dem nominalen Steuersatz sowie den steuerrechtlichen Regelungen zur Festlegung des zu versteuernden Gewinns. Hier spielen eine Reihe von Detailregelungen eine Rolle (Spengel, 2003, Baker & McKenzie, 2001, Europäische Kommission, 2001). Am wichtigsten sind Abschreibungsregeln und Bewertungsvorschriften, die steuerliche Abzugsfähigkeit von Kosten, die Möglichkeiten zur Bildung von steuerfreien Rückstellungen (für ungewisse Verbindlichkeiten, drohende Verluste, Pensionsverpflichtungen usw.) und zum intertemporalen Verlustausgleich (Verlustvorträge und -rückträge), die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen sowie die steuerliche Behandlung von ausländischen Gewinnen und Verlusten.

Weil der Einfluss dieser Gewinnermittlungsvorschriften im Zusammenwirken mit dem nominalen Steuersatz durch eine bloße Analyse der nationalen Steuerkodizes nicht quantifizierbar ist, wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine Vielzahl theoretisch-methodischer Ansätze zur Bildung von Indikatoren der effektiven Steuerbelastung der Unternehmen erarbeitet und weiterentwickelt. Unterlegt mit empirischen Daten spiegeln diese Kennzahlen als zukunftsorientierte hypothetische oder vergangenheitsorientierte faktische Maße jeweils die künftige oder vergangene Unternehmenssteuerlast wider. Den "richtigen" Ansatz zur Messung der Unternehmenssteuerlast gibt es nicht. Vielmehr hängt die Auswahl eines oder mehrerer dieser Indikatoren ab von der erkenntnisleitenden Fragestellung. Im Folgenden werden die Ergebnisse der wichtigsten aktuellen Studien kritisch beleuchtet.

Hypothetische Indikatoren dienen der Ermittlung der allokativen Wirkungen von Unternehmenssteuersystemen bzw. -reformen. Sie sollen die Anreizwirkungen für die Ansiedlung von Investitionen oder Unternehmen erfassen, indem aufgrund des geltenden Unternehmenssteuerrechts die Steuerbelastung von hypothetischen Investitionsvorhaben oder von Modellunternehmen ermittelt wird. Neben dem nominalen Steuersatz als dem einfachsten hypothetischen Indikator erlangten in der Literatur hypothetische mikroökonomische Grenzsteuersätze ("effective marginal tax rates" – EMTR) und Durchschnittssteuersätze ("effective average tax rates" – EATR) große Bedeutung.

Die meisten Studien berechnen hypothetische effektive Steuersätze lediglich für Kapitalgesellschaften. Nur wenige Untersuchungen, die jedoch Österreich nicht einbeziehen (Deutscher Sachverständigenrat, 2001, 2003, Europäische Kommission, 2001), ermitteln auch Effektivsteuersätze für Personenunternehmen.

Gegenübergestellt werden hier vier aktuelle Arbeiten: zwei Untersuchungen von Baker & McKenzie (1999, 2001), die Studie der Europäischen Kommission (2001) sowie Berechnungen von Devereux – Griffith – Klemm (2002)⁴). Sie errechnen hypothetische effektive Steuersätze für inländische Investitionen auf der Ebene von Kapitalgesellschaften, d. h. ohne Berücksichtigung der Besteuerung der Anteilseigner⁵).

⁴ Diese Ergebnisse sind nicht mit denen anderer Studien vergleichbar (z. B. Schneider – Winner, 2001), da diese auch die Einkommensteuer der Aktionäre und weitere Steuern einbeziehen.

⁵ Mit Hilfe des European Tax Analyzer wird für Modellunternehmen (Kapitalgesellschaften) des Verarbeitenden Gewerbes der EATR für sechs Länder ermittelt (Jacobs – Spengel, 2001, Spengel, 2003). Weil dieser Ansatz Österreich nicht berücksichtigt, wird auf ihn hier nicht weiter eingegangen. Ebenfalls auf der Grundlage eines Modellunternehmens leitet PriceWaterhouseCoopers (1999) effektive Durchschnittssteuersätze ab, die

Hypothetische Indikatoren der effektiven Unternehmenssteuerbelastung

Übersicht 4 zeigt teilweise erhebliche Abweichungen zwischen den Ergebnissen der einzelnen Studien. Dies ist auf unterschiedliche Annahmen (z. B. Gewichtung von Investitionsarten und Finanzierungsformen), methodische Unterschiede sowie die Berücksichtigung einzelner unternehmensrelevanter Steuern zurückzuführen. Dass sich etwa die Position Österreichs 2001 nach Baker & McKenzie (2001) im Jahr 2001 gegenüber der Untersuchung für das Jahr 1998 verbessert hat, wird mit der Einführung der fiktiven Eigenkapitalverzinsung erklärt. Allerdings ist unklar, ob die Abschaffung des Investitionsfreibetrags im Jahr 2000 berücksichtigt wurde, sodass der Effektivsteuersatz möglicherweise unterschätzt wird. Auch könnte die Entlastung durch die fiktive Eigenkapitalverzinsung überschätzt worden sein. Die Steuersatz-Schätzungen der Europäischen Kommission (2001) sowie von Devereux – Griffith – Klemm (2002) enthalten zudem nicht die Kommunalsteuer. Baker & McKenzie (2001) zeigen mit Sensitivitätsanalysen, dass der EMTR in Österreich deutlich mit der Personalintensität schwankt. Welche Rolle die Lohnsummensteuer in Österreich für die Effektivsteuerbelastung der Unternehmen spielt, wäre eine weiterführende Untersuchung wert, die auch den Überwälzungsgrad der Kommunalsteuer sowie die Personalintensität der österreichischen Unternehmen empirisch erfassen und entsprechend berücksichtigen würde.

Übersicht 4: Hypothetische inländische mikroökonomische effektive Steuersätze für Kapitalgesellschaften in der EU

	Baker & McKenzie (1999)	Baker & McKenzie (2001)	EMTR Europäische Kommission (2001)		Devereux – Griffith – Klemm (2002)	EATR Europäische Kommission (2001)		Devereux – Griffith – Klemm (2002)
	1998	2001	1999	2001	2001	1999	2001	2001
	In %							
Belgien	23,5	17,2	22,4	22,4	26,0	34,5	34,5	34,0
Dänemark	22,8	19,8	21,9	21,6	.	28,8	27,3	.
Deutschland	37,0	23,8	31,0	26,1	28,0	39,1	34,9	34,0
Finnland	18,1	18,6	19,9	21,3	20,0	25,5	26,6	25,0
Frankreich	40,7	36,8	33,2	31,8	21,0	37,5	34,7	30,0
Griechenland	13,7	4,9	18,2	16,9	28,0	29,6	28,0	33,0
Großbritannien	22,3	23,4	24,7	24,8	20,0	28,2	28,3	26,0
Irland	22,3	10,6	11,7	11,7	7,0	10,5	10,5	8,0
Italien	17,7	11,5	- 4,1	- 15,9	9,0	29,8	27,6	29,0
Luxemburg	23,5	17,1	20,7	20,7	.	32,2	32,2	.
Niederlande	23,2	19,9	22,6	22,7	24,0	31,0	31,0	30,0
Österreich	27,0	20,4	20,9	12,6	17,0	29,8	27,9	27,0
Portugal	22,5	16,6	22,5	21,0	20,0	32,6	30,7	29,0
Schweden	17,2	15,5	14,3	14,3	16,0	22,9	22,9	23,0
Spanien	32,8	16,6	22,8	22,8	29,0	31,0	31,0	32,0
EU ¹⁾	24,3	18,2	20,2	18,3	20,4	29,5	28,5	27,7

Q: WIFO-Zusammenstellung, WIFO-Berechnungen. EMTR . . . effective marginal tax rate, EATR . . . effective average tax rate. – ¹⁾ Ungewichteter Durchschnitt.

Im Hinblick auf die bevorstehende EU-Erweiterung wäre eine Berechnung der effektiven Steuersätze für die MOEL von großem Nutzen. Allerdings liegen hiezu noch keine umfassenden Untersuchungen vor, deren Ergebnisse mit denen für die EU 15 vergleichbar wären⁶⁾.

Neben den vorgestellten inländischen Effektivsteuersätzen können hypothetische effektive Steuersätze für grenzüberschreitende (zufließende und abfließende) Investitionen ermittelt werden. Aktuelle Ergebnisse für Österreich liefern die Europäische Kommission (2001) sowie Yoo (2003). Die wichtigsten Resultate hält Übersicht 5 fest.

Die Europäische Kommission berechnet EATR für grenzüberschreitende Investitionen in materielle und immaterielle Vermögensgegenstände sowie Finanzinvestitionen für

jedoch aufgrund der Vielfalt der zugrundeliegenden Szenarien im vorliegenden Beitrag nicht berücksichtigt werden können.

⁶⁾ Treier (2002) berechnet für 1994 und 1999 effektive Grenzsteuersätze für fünf MOEL; Jacobs et al. (2003) ermitteln für 2003 effektive Durchschnittssteuersätze für die acht Länder, die 2004 der EU beitreten.

die EU 15. Yoo kalkuliert EATR und EMTR für zu- und abfließende Direktinvestitionen (materielle Vermögensgegenstände) für die EU 15 sowie die vier MOEL, die Mitglied der OECD sind.

Hypothetische mikroökonomische effektive Steuersätze

Die Berechnung hypothetischer mikroökonomischer effektiver Steuersätze basiert auf dem Ansatz von King – Fullerton (1984), der insbesondere von Devereux – Griffith (1999) weiterentwickelt wurde.

Effektive Grenzsteuersätze ("effective marginal tax rates" – EMTR) werden für marginale Investitionen (Investitionen mit einem Kapitalwert von null) nach folgender Formel errechnet:

$$EMTR = \frac{p^c - s}{p^c}.$$

Dabei steht p^c für die Kapitalkosten des Investors, d. h. für jene Vorsteuerrendite, bei der sich die Durchführung des Investitionsprojektes im Vergleich zu einer risikolosen Alternativinvestition gerade noch lohnt. Die ökonomische Rendite nach Steuern liegt also bei null. s bezeichnet die vom Kapitalgeber geforderte Nachsteuerrendite. Es wird angenommen, dass der Investor alle Investitionsvorhaben verwirklicht, die mindestens die Kapitalkosten erbringen. EMTR beeinflussen die Kapitalkosten und damit das Investitionsvolumen und geben Aufschluss über die Investitionswirkungen von Unternehmenssteuern.

Effektive Durchschnittssteuersätze ("effective average tax rates" – EATR) beziehen sich auf inframarginale Investitionsprojekte mit einem positiven Kapitalwert und ergeben sich nach folgender Formel:

$$EATR = \frac{R^* - R}{\frac{P}{1+r}}.$$

R^* repräsentiert den Kapitalwert des Investitionsprojekts vor, R den Kapitalwert nach Steuern; die Differenz entspricht also den abdiskontierten erwarteten Steuerzahlungen. $\frac{P}{1+r}$ ist gleich der abdiskontierten Vorsteuerrendite.

Der Investor steht vor der Wahl zwischen mehreren Investitionsprojekten, die ökonomische Renditen erbringen; er wird sich für das Investitionsvorhaben mit der geringsten steuerlichen Gesamtbelastung entscheiden. EATR spiegeln die durchschnittliche Steuerbelastung von Investitionsprojekten an einzelnen Standorten wider und können somit als Indikator für die steuerliche Attraktivität von Standorten interpretiert werden.

Die abgebildeten grundlegenden Formeln berücksichtigen nur die Ebene der Kapitalgesellschaft, nicht jedoch die persönliche Einkommensteuer des Kapitalgebers und beziehen sich lediglich auf inländische Investitionen!). Für jedes Land wird ein EATR bzw. EMTR berechnet. Dazu werden für die betrachtete Ländergruppe identische ökonomische Rahmenbedingungen (Inflationsrate, Kapitalmarktzins) festgelegt und Annahmen über die Rendite des Investitionsprojektes getroffen. Für verschiedene Investitionsarten (immaterielle Investitionen, Gebäude, Ausrüstungsinvestitionen, Finanzinvestitionen) werden in Abhängigkeit von der Finanzierung (Fremdfinanzierung, Eigenfinanzierung durch frisches Kapital oder einbehaltene Gewinne) und vom landesspezifischen Unternehmenssteuerrecht die jeweiligen effektiven Steuersätze errechnet. Dann wird mit einheitlichen Gewichten für die einzelnen Investitionsarten und Finanzierungsformen für jedes Land ein gewichteter durchschnittlicher EMTR und EATR ermittelt. Weil somit ein Standardinvestitionsprojekt festgelegt wird und die ökonomischen Rahmenbedingungen konstant gehalten werden, geben die abgeleiteten effektiven Steuersätze nur die steuerlichen Regelungen eines Landes wieder. Dies impliziert gleichzeitig, dass die reale Steuerbelastung in einem Land umso weiter von den hypothetischen Steuersätzen abweicht, je weniger die tatsächlichen Investitionsaktivitäten der Unternehmen dem Standardinvestitionsprojekt entsprechen und je mehr die tatsächlichen von den unterstellten ökonomischen Rahmenbedingungen abweichen.

Beim Vergleich einzelner Studien muss berücksichtigt werden, dass die verwendete Methode differieren kann. Einige Autoren gehen von der Vorsteuerrendite, andere von der Nachsteuerrendite aus. Auch können nicht alle Elemente eines Steuersystems berücksichtigt werden. So bleiben etwa Möglichkeiten des intertemporalen Verlustausgleichs außer Betracht, da nur rentable Investitionen zugrunde gelegt werden. Hinsichtlich der Interpretation effektiver Steuersätze ist zu beachten, dass die Termini "Grenzsteuersatz" und "Durchschnittssteuersatz" abweichend vom üblichen Gebrauch in der Steuerlehre (Grenzsteuersatz als zusätzliche Steuerbelastung einer zusätzlichen Einheit der Bemessungsgrundlage, Durchschnittssteuersatz als durchschnittliche Steuerbelastung der gesamten Bemessungsgrundlage) verwendet werden: EMTR beziehen sich auf Grenzinvestitionen mit einem Kapitalwert von null, EATR auf Investitionen, die ökonomische Renditen abwerfen.

Q: Deutscher Sachverständigenrat (2001), Europäische Kommission (2001), Devereux – Griffith (1998, 1999), King – Fullerton (1984). – 1) Zur Methode der Ermittlung grenzüberschreitender hypothetischer effektiver Steuersätze vgl. im Detail Europäische Kommission (2001), Yoo (2003).

Nach der Untersuchung von Yoo (2003) weisen Direktinvestitionen aus den vier MOEL in die EU 15 sowie aus der EU 15 in die MOEL 4 durchwegs höhere Effektivsteuersätze

auf als Direktinvestitionen innerhalb der EU 15. Dies könnte darauf hinweisen, dass der Vorteil der niedrigen Nominalsteuersätze der Beitrittsländer durch ungünstigere Regelungen zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage überkompensiert wird. Allerdings ist diese Interpretation insofern zu relativieren, als grenzüberschreitende effektive Steuersätze sich aus der Gesamtheit der steuerlichen Regelungen im Herkunftsland des investierenden Unternehmens und im Gastland ergeben und zudem von der Ausgestaltung der Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Geber- und Nehmerland beeinflusst werden. Wieweit die länderspezifischen grenzüberschreitenden Effektivsteuersätze durch das inländische Unternehmenssteuersystem determiniert werden, ist ohne eine detaillierte Untersuchung der beteiligten Unternehmenssteuersysteme nicht festzustellen. Dies ist auch bei der Interpretation der österreichischen grenzüberschreitenden effektiven Steuersätze für aus- und zufließende Investitionen zu berücksichtigen, die gemäß beiden Studien mehrheitlich leicht über dem Durchschnitt der EU 15 liegen, laut Yoo dagegen mehrheitlich unter dem Durchschnitt der MOEL 4.

Übersicht 5: Hypothetische grenzüberschreitende mikroökonomische effektive Steuersätze für Kapitalgesellschaften in der EU

	EMTR		EATR			
	Yoo (2003)		Europäische Kommission (2001)		Yoo (2003)	
	Investitionen aus der übrigen EU	Investitionen in der übrigen EU	Investitionen aus der übrigen EU	Investitionen in der übrigen EU	Investitionen aus der übrigen EU	Investitionen in der übrigen EU
	2001		1999 In %		2001	
Belgien	18,0	15,0	30,2	35,6	29,1	32,9
Dänemark	14,7	19,4	29,5	29,7	27,9	27,6
Deutschland	17,5	19,4	30,2	36,4	29,0	33,0
Finnland	14,6	19,3	29,7	27,4	27,9	27,0
Frankreich	17,0	17,8	29,4	38,3	28,9	30,5
Griechenland	19,7	16,6	35,1	30,9	32,5	31,7
Großbritannien	15,5	20,2	31,3	29,4	27,4	27,8
Irland	13,2	10,7	31,1	14,7	28,9	13,2
Italien	18,5	8,4	30,4	30,9	29,2	31,2
Luxemburg	16,3	12,9	30,7	33,0	27,9	30,7
Niederlande	15,5	19,2	32,1	31,9	27,9	30,4
Österreich	15,3	20,6	32,1	31,2	27,9	30,0
Portugal	16,6	5,8	30,2	34,7	28,1	27,8
Schweden	14,7	16,0	29,9	24,8	26,1	25,5
Spanien	15,4	21,5	29,3	32,6	25,9	31,0
EU 15 ¹⁾						
Investitionen aus/in der EU 15	16,2	16,2	30,7	30,8	28,3	28,7
Investitionen aus/in den MOEL 4	23,8	18,9			30,5	31,6

Q: WIFO-Zusammenstellung, WIFO-Berechnungen. EMTR . . . effective marginal tax rate, EATR . . . effective average tax rate. – ¹⁾ Ungewichteter Durchschnitt.

Faktische Indikatoren der effektiven Unternehmenssteuerbelastung

Die faktischen Steuerlastindikatoren sind mikroökonomische oder makroökonomische Maße der Unternehmenssteuerlast. Während faktische mikroökonomische EATR auf Bilanzgewinne und tatsächliche Steuerzahlungen einzelner Unternehmen zurückgreifen, verwenden makroökonomische Steuerlastmaße aggregierte Daten zur Steuerzahllast der Unternehmen und zu den Gewinnen des Unternehmenssektors.

Faktische mikroökonomische EATR ermitteln die folgenden drei Studien, jeweils aufgrund unterschiedlicher Mikrodaten: *Buijink – Janssen – Schols (1999)* legen Konzernbilanzen eines Panels von Kapitalgesellschaften für den Zeitraum 1990 bis 1996 zugrunde, *Nicodème (2001)* und *Gorter – de Mooij (2001)* untersuchen Einzelbilanzen für die Jahre 1990 bis 1999. Die *European Commission (2003)* dagegen berechnet für den Zeitraum 1998 bis 2000 makroökonomische faktische Durchschnittssteuersätze ("implizite" Steuersätze) für Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen. In Österreich liegt der faktische Effektivsteuersatz nach allen vier Studien markant unter dem Durchschnitt der EU-Vergleichsländer (Übersicht 6).

Übersicht 6: Faktische effektive Steuersätze für Unternehmen in der EU

	Buijink – Janssen – Schols (1999)	Nicodème (2001)	Gorter – de Mooij (2001)	European Commission (2003)
	Ø 1990/1996	Ø 1990/1999	Ø 1990/1999	Ø 1998/2000
	In %			
Belgien	20,99	11,2	20,8	20,9
Dänemark	29,40	16,9	31,4	20,6
Deutschland	38,53	20,4	43,4	31,8
Finnland	29,82	11,7	30,5	29,4
Frankreich	32,82	13,0	35,0	25,0
Griechenland	20,85	.	27,3	34,5
Großbritannien	29,00	.	30,2	19,2
Irland	13,86	.	20,8	.
Italien	35,32	20,2	43,8	31,7
Luxemburg	34,09	.	.	.
Niederlande	31,80	17,5	31,2	19,5
Österreich	17,67	10,3	20,1	17,8
Portugal	17,19	12,7	22,4	26,0
Schweden	27,47	10,2	27,9	19,6
Spanien	24,11	13,1	26,7	20,6
EU ¹⁾	26,86	14,3	29,4	24,4

Q: WIFO-Zusammenstellung, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ungewichteter Durchschnitt.

Der Vergleich zwischen Nominal- und Effektivsteuersatz eines Landes führt allerdings (ebenso wie der direkte Vergleich der Ergebnisse der einzelnen Untersuchungen) nicht weit, weil der Nenner der effektiven Steuersätze nicht immer dem tatsächlich zu versteuernden Gewinn entspricht. *Buijink – Janssen – Schols* (1999) beziehen die im Konzernabschluss ausgewiesene Steuerschuld auf den Vorsteuergewinn. *Gorter – de Mooij* (2001) setzen die Steuerzahlungen laut Einzelabschlüssen in Relation zum Vorsteuergewinn. *Nicodème* (2001) definiert den effektiven Steuersatz als Verhältnis zwischen den Steuerzahlungen und dem gross operating profit (nach Abzug des Personalaufwands und vor Abzug der Abschreibungen) laut Gewinn- und Verlustrechnung⁷⁾. Die impliziten Körperschaftsteuersätze der Europäischen Kommission (*European Commission*, 2003) schließlich sind die Quote aus den Steuerzahlungen der Kapitalgesellschaften und dem net operating surplus der Kapital- und Personengesellschaften laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung.

Zudem sind einige Besonderheiten der einzelnen Studien zu beachten: Die Berechnung von *Buijink – Janssen – Schols* (1999) anhand konsolidierter Unternehmensbilanzen impliziert, dass im Zähler die weltweiten Steuerzahlungen, im Nenner die weltweiten Unternehmensgewinne enthalten sind, unabhängig davon, wo sie angefallen sind. Damit ist der EATR lediglich ein Maß dafür, wie hoch die Steuerlast eines an einem bestimmten Standort aktiven Unternehmens ist, weil er sowohl die Einflüsse des inländischen als auch der ausländischen Unternehmenssteuersysteme widerspiegelt. Die Samples für einige Länder sind überdies recht klein (für Österreich werden 39 Unternehmen einbezogen), sodass die Ergebnisse nur begrenzt repräsentativ sind. Eine Unterschätzung der effektiven Steuersätze kann daraus resultieren, dass "negative Steuersätze" (für Unternehmen, die Verluste ausweisen, aber dennoch Steuern zahlen, z. B. die Mindestkörperschaftsteuer in Österreich) nicht ausgeschieden werden.

Der auf Einzelbilanzen basierende Ansatz von *Nicodème* (2001) und von *Gorter – de Mooij* (2001) hat den Vorteil, nur die im Inland gezahlten Steuern zu erfassen. Da die Bemessungsgrundlage aber auch im Ausland erwirtschaftete Gewinne enthalten kann, unterschätzt dieser EATR die tatsächliche Unternehmenssteuerlast.

Die impliziten Körperschaftsteuersätze der Europäischen Kommission (*European Commission*, 2003) enthalten im Nenner nicht nur den net operating surplus der Kapitalgesellschaften, sondern auch jenen der Personenunternehmen. Daher ist erstens die in der Studie vorgenommene Gegenüberstellung der impliziten Steuersätze und der tariflichen Körperschaftsteuersätze irreführend. Zweitens wird damit der implizite

⁷⁾ EBIT plus Abschreibungen (EBITD).

Fazit und Implikationen für eine Reform der Körperschaftsteuer

Körperschaftsteuersatz unterschätzt, weil die gezahlten Steuern der Kapitalgesellschaften auf den net operating surplus von Kapital- und Personengesellschaften bezogen werden. Eine Unterschätzung kann sich auch daraus ergeben, dass der Nenner auch die Gewinne nicht steuerpflichtiger Organisationen (z. B. Pensionsfonds) enthält. Außerdem wird der net operating surplus nur um Verluste des laufenden Jahres, der Zähler dagegen (aufgrund der Möglichkeit des zeitlichen Verlustausgleichs) um Verluste vergangener Jahre verringert (OECD, 2003). Andererseits kann eine Überschätzung daraus resultieren, dass der net operating surplus durch die Einbeziehung von Unternehmen, die Verluste erwirtschaften, reduziert wird (OECD, 2001).

Eine sinnvolle Verwendung der Ergebnisse kann daher (ebenso wie für die hypothetischen effektiven mikroökonomischen Steuersätze) nur in internationalen Querschnittsvergleichen oder nationalen Längsschnittsvergleichen bestehen.

Grundsätzlich können somit hypothetische Indikatoren Anhaltspunkte für die Anreizwirkungen von Steuersystemen und aufgrund ihrer Aktualität auch für die Steuerbelastung künftiger Investitionsvorhaben geben. Für eine Untersuchung der Verteilungswirkungen von Steuersystemen und der gesamten Steuerbelastung des Unternehmenssektors muss jedoch auf faktische Maße zurückgegriffen werden. Sie haben allerdings den Nachteil, dass sie nur mit zeitlicher Verzögerung verfügbar sind.

In einem Ranking der betrachteten Länder auf der Basis aller präsentierten Studien (Rang 1 steht für den niedrigsten Steuersatz in einer Studie) weichen die Rangzahlen für die einzelnen Länder zum Teil beträchtlich voneinander ab. Zur Ableitung der relativen Gesamtposition eines Landes im Vergleich mit den anderen EU-Ländern werden daher zwei Indikatoren gebildet:

- Der erste Indikator bezieht für jedes Land die Zahl jener Steuersätze, die unter dem EU-Durchschnitt liegen, auf die Gesamtzahl der ermittelten Steuersätze (effektive Steuersätze sowie nominaler Körperschaftsteuersatz). Demnach nimmt Österreich (mit Finnland) in der EU 15 Rang 3 ein, nach Schweden und Irland.
- Der zweite Indikator bildet für jedes Land den Mittelwert aus den gewichteten Rangzahlen⁸⁾. Hier weicht die Rangfolge der Länder nur unerheblich von jener ab, die sich nach dem ersten Indikator ergibt. Österreich nimmt ebenfalls Rang 3 ein.

Etwas ungünstiger erscheint die relative Position Österreichs in einem Vergleich nur der hypothetischen Steuersätze, die für Investitions- und Standortentscheidungen eine größere Bedeutung haben als die faktischen Steuersätze (Übersicht 8). Beide Indikatoren weisen Österreich einen Rang im Mittelfeld zu (gemeinsam mit Italien und Portugal bzw. mit Italien jeweils Rang 6).

Die faktische effektive Steuerbelastung der Unternehmen ist somit in Österreich im internationalen Vergleich sehr niedrig. Die inländischen hypothetischen Steuersätze liegen nach den meisten Untersuchungen unter oder nahe dem EU-Durchschnitt; für Grenzinvestitionen schneidet Österreich tendenziell besser ab als für profitable Investitionen. Kein eindeutiges Bild ergeben die hypothetischen effektiven grenzüberschreitenden Steuersätze.

Die relativen Rangzahlen, die sich aus den einzelnen Studien für Österreich ergeben, streuen – wie der Variationskoeffizient für die relativen Rangzahlen zeigt – vergleichsweise breit. Darin spiegelt sich, dass die Studien für Österreich zu teils recht unterschiedlichen effektiven Steuersätzen gelangen: gerade in der Gegenüberstellung der faktischen und der hypothetischen Effektivsteuersätze. Wodurch diese Unterschiede im Einzelnen verursacht werden, müsste in einer genaueren Analyse der untersuchten Studien ermittelt werden, als sie im Rahmen des vorliegenden Beitrags möglich ist.

⁸⁾ Die gewichtete Rangzahl ergibt sich als Relation der absoluten Rangzahl, die dem Land in einer Studie zugewiesen wird, zur Gesamtzahl der Steuersätze in dieser Studie. Damit wird berücksichtigt, dass nicht alle untersuchten Studien alle 15 EU-Länder berücksichtigen; eine gute Position wird so in einer Studie, die alle 15 Vergleichsländer umfasst, höher bewertet als in einer Studie, die weniger Länder analysiert.

Übersicht 7: Ranking der EU-Länder nach faktischen und hypothetischen effektiven Steuersätzen

		Belgien	Dänemark	Deutschland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Irland	Italien	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Portugal	Schweden	Spanien
		Rang														
Faktische effektive Steuersätze																
Buijink – Janssen – Schols (1999)	Ø 1990/1996	5	9	15	10	12	4	8	1	14	13	11	3	2	7	6
Nicodème (2001)	Ø 1990/1999	3	8	11	4	6	.	.	.	10	.	9	2	5	1	7
Gorter – de Mooij (2001)	Ø 1990/1999	2	11	13	9	12	6	8	2	14	.	10	1	4	7	5
European Commission (2003)	Ø 1998/2000	7	5	12	10	8	13	2	.	11	.	3	1	9	4	5
Hypothetische inländische effektive Steuersätze																
EMTR																
Baker & McKenzie (2001)	2001	8	10	14	9	15	1	13	2	3	7	11	12	5	4	5
Europäische Kommission (2001)	2001	10	9	14	8	15	5	13	2	1	6	11	3	7	4	12
Devereux – Griffith – Klemm (2002)	2001	10	.	11	5	8	11	5	1	2	.	9	4	5	3	13
EATR																
Europäische Kommission (2001)	2001	13	4	15	3	14	7	8	1	5	12	10	6	9	2	10
Devereux – Griffith – Klemm (2002)	2001	12	.	12	3	8	11	4	1	6	.	8	5	6	2	10
Hypothetische grenzüberschreitende effektive Steuersätze																
EMTR																
Yoo (2003)																
Investitionen aus der übrigen EU	2001	13	3	12	2	11	15	7	1	14	9	7	5	10	3	6
Investitionen in der übrigen EU	2001	5	11	11	10	8	7	13	3	2	4	9	14	1	6	15
EATR																
Europäische Kommission (2001)																
Investitionen aus der übrigen EU	1999	6	3	6	4	2	15	12	11	9	10	13	13	6	5	1
Investitionen in der übrigen EU	1999	13	5	14	3	15	6	4	1	6	11	9	8	12	2	10
Yoo (2003)																
Investitionen aus der übrigen EU	2001	13	4	12	4	10	15	3	10	14	4	4	4	9	2	1
Investitionen in der übrigen EU	2001	14	4	15	3	9	13	5	1	12	10	8	7	5	2	11
Nominaler Körperschaftsteuersatz ¹⁾	2003	8	4	15	3	14	12	4	1	8	6	11	8	7	2	12
Anteil der unterdurchschnittlichen länderspezifischen Steuersätze in %																
Gesamtposition		43,8	57,1	6,3	62,5	12,5	33,3	60,0	85,7	37,5	36,4	18,8	62,5	56,3	93,8	50,0
		9	6	15	3	14	12	5	2	10	11	13	3	7	1	8
Mittelwert der gewichteten Rangzahlen																
Gesamtposition		0,61	0,49	0,86	0,43	0,68	0,71	0,45	0,23	0,60	0,59	0,62	0,41	0,49	0,26	0,56
		11	6	15	4	13	14	5	1	10	9	12	3	6	2	8
Variationskoeffizient																
		0,43	0,48	0,21	0,54	0,34	0,36	0,52	1,07	0,50	0,31	0,27	0,59	0,41	0,53	0,51

Q: Kramer et al. (2003, Übersichten 4, 6 und 7); WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich Zuschlagsteuern und lokale ertragsabhängige Steuern.

Die häufige Einschätzung, dass der Tarifsatz der Körperschaftsteuer in Österreich im internationalen Vergleich (vor allem gegenüber den Beitrittsländern) hoch sei, kann durch die betrachteten Maße der effektiven Unternehmenssteuerlast insgesamt nicht bestätigt werden. Dies ist das Hauptproblem, mit dem eine Reform des österreichischen Körperschaftsteuersystems konfrontiert ist. Insbesondere aus zwei Gründen besteht Handlungsbedarf, der umso dringlicher erscheint, als einige andere EU-Länder ebenfalls eine Senkung der Körperschaftsteuer erwägen:

- Die Signale zur steuerlichen Attraktivität des Unternehmensstandortes Österreich geben die im internationalen Vergleich offenbar insgesamt günstigen steuerlichen Rahmenbedingungen nicht adäquat wieder. Zwar ist unsicher, wieweit Unternehmen sich tatsächlich in erster Linie am tariflichen Körperschaftsteuersatz orientieren oder nicht vielmehr Investitionsentscheidungen aufgrund von hypothetischen Berechnungen treffen. Plausibel erscheint die Hypothese, dass der nominelle Steuersatz für kleinere Unternehmen, die nicht über ausreichende Kapazitäten zur Beschaffung und Auswertung umfassender Informationen verfügen, eine größere Rolle spielt als für große Unternehmen. Dennoch besteht die Gefahr einer international ineffizienten Kapitalallokation, wenn trotz günstiger Investitionsbedingungen aufgrund eines hohen tariflichen Körperschaftsteuersatzes zu wenig in Österreich investiert wird.

Übersicht 8: Ranking der EU-Länder nach hypothetischen effektiven Steuersätzen

		Belgien	Dänemark	Deutschland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Irland	Italien	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Portugal	Schweden	Spanien
		Rang														
<i>Hypothetische inländische effektive Steuersätze</i>																
EMTR																
<i>Baker & McKenzie (2001)</i>	2001	8	10	14	9	15	1	13	2	3	7	11	12	5	4	5
<i>Europäische Kommission (2001)</i>	2001	10	9	14	8	15	5	13	2	1	6	11	3	7	4	12
<i>Devereux – Griffith – Klemm (2002)</i>	2001	10		11	5	8	11	5	1	2		9	4	5	3	13
EATR																
<i>Europäische Kommission (2001)</i>	2001	13	4	15	3	14	7	8	1	5	12	10	6	9	2	10
<i>Devereux – Griffith – Klemm (2002)</i>	2001	12		12	3	8	11	4	1	6		8	5	6	2	10
<i>Hypothetische grenzüberschreitende effektive Steuersätze</i>																
EMTR																
Yoo (2003)																
Investitionen aus der übrigen EU	2001	13	3	12	2	11	15	7	1	14	9	7	5	10	3	6
Investitionen in der übrigen EU	2001	5	11	11	10	8	7	13	3	2	4	9	14	1	6	15
EATR																
Europäische Kommission (2001)																
Investitionen aus der übrigen EU	1999	6	3	6	4	2	15	12	11	9	10	13	13	6	5	1
Investitionen in der übrigen EU	1999	13	5	14	3	15	6	4	1	6	11	9	8	12	2	10
Yoo (2003)																
Investitionen aus der übrigen EU	2001	13	4	12	4	10	15	3	10	14	4	4	4	9	2	1
Investitionen in der übrigen EU	2001	14	4	15	3	9	13	5	1	12	10	8	7	5	2	11
Nominaler Körperschaftsteuersatz ¹⁾	2003	8	4	15	3	14	12	4	1	8	6	11	8	7	2	12
Anteil der unterdurchschnittlichen länderspezifischen Steuersätze in %																
Gesamtposition		25,0	70,0	8,3	75,0	8,3	25,0	66,7	83,3	50,0	40,0	16,7	50,0	50,0	100,0	33,3
Mittelwert der gewichteten Rangzahlen																
Gesamtposition		0,70	0,43	0,83	0,37	0,68	0,74	0,46	0,24	0,50	0,56	0,61	0,50	0,53	0,23	0,60
Variationskoeffizient		0,33	0,56	0,23	0,61	0,38	0,31	0,53	1,05	0,55	0,30	0,23	0,42	0,36	0,51	0,53

Q: Kramer et al. (2003, Übersichten 4, 6 und 7); WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich Zuschlagsteuern und lokaler ertragsabhängiger Steuern (2003).

- Internationale Nominalsteuersatzdifferenziale schaffen einen Anreiz für Gewinnverschiebungsstrategien (durch die Gestaltung konzerninterner Transferpreise oder Finanzierungsbeziehungen; *Devereux – Griffith – Klemm, 2002*). Dies kann letztlich die gesamte Steuerbasis und damit das inländische Körperschaftsteueraufkommen reduzieren.

Die geplante Senkung des nominalen Körperschaftsteuersatzes ist daher sinnvoll, um die "optische" Verzerrung und die Attraktivität von Strategien der internationalen Steuerplanung einzuschränken und den Abstand zu den Beitrittsländern nicht zu groß werden zu lassen. Durch eine Steuersatzsenkung bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage kann auch die Körperschaftsteuersatzsenkung optisch deutlicher ausfallen. Ebenso wichtig sind jedoch spezielle Steueranreize, die die Realisierung eines wachstums- und investitionsfreundlichen Unternehmenssteuersystems mit gezielter Förderung der Investitionen von Unternehmen in Humankapital und technologische Innovationen besser unterstützen können als unkonditionierte Steuersatzsenkungen und damit die durch die geplante Körperschaftsteuersenkung angestrebte Standortverbesserung verstärken. Die in den letzten Jahren in Österreich eingeführte bzw. ausgedehnte Steuerbegünstigung von Ausgaben für Weiterbildung, Forschung und Entwicklung sowie Lehrlingsausbildung (*Schatzenstaller et al., 2003*) ist in dieser Hinsicht positiv zu beurteilen. Österreich kann mit solchen Steueranreizen seine Attraktivität als "Qualitätsstandort" für ausländische Investoren, deren Aktivitäten mit positiven technologischen Spill-overs für die österreichische Wirtschaft einhergehen, effektiv und effizient verbessern.

Gleichzeitig sollten die Regelungen des österreichischen Unternehmenssteuersystems zur Ermittlung des zu versteuernden Gewinns an die internationalen Standards angenähert werden. Das österreichische Bilanzierungs- und Unternehmenssteuerrecht ist traditionell geprägt durch das Vorsichtsprinzip; das schlägt sich in im internationalen Vergleich (gerade gegenüber den angelsächsischen Systemen) relativ großzügigen Regelungen für Bewertungsvorschriften und Bildung von Rückstellungen nieder. Mittelfristig wird eine stärkere Orientierung an den International Financial Reporting Standards (IFRS)⁹⁾ unvermeidbar sein: So müssen alle börsennotierten Unternehmen mit Sitz in der EU ab 2005 ihre Jahresabschlüsse nach IFRS erstellen. Eine schrittweise Umstellung der österreichischen Rechnungslegungs- und Steuerkodizes ist daher besonders im Interesse der grenzüberschreitend aktiven Unternehmen.

Aus Sicht ausländischer Unternehmen hat eine Angleichung des österreichischen Bilanzierungs- und Unternehmenssteuerrechts an internationale Standards den Vorteil einer größeren Vergleichbarkeit und Transparenz. So könnten die Informations- und Befolgungskosten verringert und somit ein wesentliches Investitionshemmnis abgebaut werden (*Europäische Kommission*, 2001). Aus diesem Grund sollte Österreich auch die Bemühungen auf EU-Ebene zu einer Harmonisierung der Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer (*Martinez-Serrano – Patterson*, 2003) unterstützen. Viele EU-Länder haben in den achtziger und neunziger Jahren ihr Körperschaftsteuersystem im Sinne eines "tax cuts cum base broadening" (*Bond – Chennells*, 2000) reformiert, d. h. die tariflichen Steuersätze gesenkt und gleichzeitig Möglichkeiten zur Minderung der Bemessungsgrundlage eingeschränkt. Langfristig konvergiert somit das Steuerrecht in der EU ohne explizit abgestimmte Harmonisierung (*Lannoo – Levin*, 2002).

Der Spitzensatz der Einkommensteuer liegt in Österreich mit 50% um 2 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt (Übersicht 9). Der effektive nominale Spitzensteuersatz erreicht allerdings aufgrund der Steuerbegünstigung des 13. und 14. Monatsgehalts für unselbständig Erwerbstätige nur 43%. Im Durchschnitt der MOEL 10 wird der Spitzensteuersatz 2004 voraussichtlich gut 33% betragen.

In der aktuellen steuerpolitischen Auseinandersetzung spielt jedoch weniger die Höhe der Spitzenbelastung als vielmehr die grundsätzliche Ausgestaltung des Steuertarifs eine zentrale Rolle. Diese Diskussion wird inspiriert durch das Beispiel einiger Beitrittsländer, die statt einer progressiven Einkommensteuer eine "Flat Tax" (einen Proportionaltarif)¹⁰⁾ erheben (die baltischen Länder) oder demnächst einführen werden (Slowakei). Auch in Deutschland wird aktuell über den Ersatz des dort traditionell linear-progressiven Formeltarifs diskutiert: Der am weitesten reichende Vorschlag (das "Kirchhof-Modell" nach dem Proponenten Paul Kirchhof) läuft ebenfalls auf eine proportionale Besteuerung aller Einkommensarten mit einem einheitlichen Steuersatz von 25% hinaus.

Aus effizienztheoretischer Sicht sind zunächst die dem Einkommensteuersystem innewohnenden Arbeitsanreize relevant. Von besonderer Bedeutung sind hier die niedrigen Einkommen: Die Einkommensbesteuerung muss in diesem Bereich negative Anreize für die Aufnahme und Aufrechterhaltung von Beschäftigungsverhältnissen (gegenüber der Alternative, Transferleistungen zu beziehen) vermeiden. Gleichzeitig sollen positive Anreize für die individuelle Arbeitsmarktbeteiligung geschaffen werden. Aus dieser Perspektive erscheint das österreichische Einkommensteuersystem reformbedürftig. Zum einen ist der Eingangsteuersatz mit 21% relativ hoch. Somit ergibt sich – verstärkt durch die hohe Transferentzugsrate, da der Bezug von Arbeitseinkommen eine entsprechende Kürzung der Sozialhilfeleistungen zur Folge hat – bei Aufnahme gering bezahlter Arbeit im unteren Einkommensbereich eine relativ hohe Grenzbelastung. Dieses Problem könnte durch eine Senkung des Eingangsteuersatzes abgemildert werden¹¹⁾.

⁹⁾ Bisher wurde die Abkürzung IAS (International Accounting Standards) verwendet.

¹⁰⁾ Vgl. zur Konzeption der "Flat Tax" *Hall – Rabushka* (1985).

¹¹⁾ In diesem Zusammenhang ist auch eine Senkung der Transferentzugsrate zu erwägen: Bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit dürfte ein bestimmter Teil der Sozialleistungen zumindest befristet weiter bezogen wer-

Einkommensteuer

Übersicht 9: Einkommensteuer-Spitzensätze in der EU 15 und den MOEL 10

		In %
EU 15 ¹⁾		48
Belgien	2004	54,3
Dänemark	2003	59
Deutschland	2004	44,3
Finnland	2003	52
Frankreich	2003	60,8
Griechenland	2003	40
Großbritannien	2004	40
Irland	2003	42
Italien	2003	45,9
Luxemburg	2003	39
Niederlande	2003	52
Österreich	2004	50
Portugal	2003	40
Schweden	2003	56
Spanien	2003	45
MOEL 10 ¹⁾		33,4
Bulgarien	2003	29
Estland	2004	26
Lettland	2004	25
Litauen	2004	33
Polen	2004	40
Rumänien	2003	40
Slowakei	2004	19
Slowenien	2004	50
Tschechien	2004	32
Ungarn	2004	40

Q: PriceWaterhouseCoopers (2003), KPMG (2003), Bundesministerium der Finanzen (2002). Einschließlich Zuschlagsteuern. – ¹⁾ Ungewichteter Durchschnitt.

Positive Arbeitsanreize könnten durch die Einführung von Steuernachlässen gesetzt werden, die an die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses gekoppelt sind. Als Vorbild können die entsprechenden Regelungen in Großbritannien oder in den USA (Duncan, 2002) dienen. Hier wird im Niedrigeinkommensbereich ein "Earned Income Tax Credit" (USA) bzw. "Working Tax Credit" (Großbritannien) gewährt, der als Steuergutschrift von der Steuerschuld abgezogen oder – im Falle sehr niedriger Arbeitseinkommen – als Transfer ausgezahlt wird. Das österreichische Einkommensteuersystem kennt mit der Negativsteuer ein ähnliches Instrument, dessen Höhe (110 € pro Jahr) allerdings zu gering ist, um wirksame Arbeitsanreize zu bieten¹²⁾.

Ein hoher Einkommensteuer-Spitzensatz kann den Anreiz für hochqualifizierte Arbeitnehmer aus dem Ausland für eine Beschäftigung in Österreich vermindern. Zudem kann er im grenznahen Bereich eine Verlagerung von Personengesellschaften in das niedriger besteuerte Ausland fördern. Auch hier sind freilich die Regelungen zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage zu berücksichtigen. Die effektive Besteuerung hoher Einkommen von Selbständigen, die planerisch oder kreativ tätig sind (z. B. in Forschung und Entwicklung), erreicht jedoch häufig deutlich über 50% (gerade im Zusammenspiel mit der vergleichsweise hohen Umsatzsteuer): Weil kaum Betriebskosten anfallen, können nur geringe Ausgaben und Vorsteuerbeträge steuerlich geltend gemacht werden. Aus wachstumspolitischer Sicht ist dies problematisch und legt die Einführung spezieller Steueranreize für diese Tätigkeitsbereiche nahe. Schließlich können hohe Grenzsteuersätze auf Kapitaleinkünfte einen Anreiz zur Verlagerung von Finanzanlagen der privaten Haushalte ins Ausland und zur Steuerhinterziehung bieten. Dieses Problem wird in Österreich allerdings durch die Dualisierung des Einkommensteuersystems abgemildert, wonach Zinseinkünfte und Veräußerungsgewinne einer ermäßigten Einkommensbesteuerung unterliegen.

den, um die "Armutsfalle" zu vermeiden (Aiginger – Kramer, 2003). Auf dieses Problem einer beschäftigungsfördernden Ausgestaltung der Sozialleistungssysteme und ihrer Integration mit der Einkommensbesteuerung soll hier nur verwiesen, aus Platzgründen jedoch nicht näher eingegangen werden.

¹²⁾ Diese Negativsteuer ersetzt den Arbeitnehmerabsetzbetrag, wenn dieser aufgrund einer zu geringen Einkommensteuerschuld nicht geltend gemacht werden kann.

Earned Income Tax Credit

Der "Earned Income Tax Credit" und der "Working Tax Credit" sind Varianten einer negativen Einkommensteuer. Anders als im ursprünglichen Konzept der negativen Einkommensteuer (Friedman, 1962) gelten jedoch neben der Höhe des Einkommens weitere Anspruchsvoraussetzungen, insbesondere hinsichtlich Familienstruktur und Erwerbstätigkeit.

In den USA ist der "Earned Income Tax Credit" (EITC) eine Leistung des Bundes, die in einigen Bundesstaaten durch Zuschläge ergänzt wird. Er wird von der Einkommensteuerschuld abgezogen. Ist er höher als die Einkommensteuerschuld, so wird er als Transfer ausgezahlt. Voraussetzung für die Inanspruchnahme war zunächst das Vorhandensein von Kindern im Haushalt. Seit einigen Jahren können auch Haushalte ohne Kinder unter bestimmten Voraussetzungen den EITC erhalten – allerdings in wesentlich geringerer Höhe. Anspruchsvoraussetzung ist, dass der Haushalt Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Erwerbstätigkeit bezieht. Die Leistung ist bedürfnisgeprüft; bei der Festsetzung des Anspruchs werden Arbeits- und Kapitaleinkommen berücksichtigt. Für Haushalte mit mehr als einem Kind wird der EITC aufgestockt. Er steigt zunächst mit dem verdienten Einkommen und wird ab einer Einkommensgrenze allmählich abgeschmolzen. Der EITC wird regulär im Rahmen der jährlichen Einkommensteuerveranlagung ausgezahlt. Unselbständig Beschäftigte können einen Vorschuss beantragen, der vom Arbeitgeber im Rahmen der monatlichen Gehaltsabrechnung berücksichtigt wird.

In Großbritannien bildet der "Working Tax Credit" (WTC) ebenfalls eine Steuergutschrift und wird grundsätzlich Familien gewährt. Unter bestimmten Bedingungen können auch kinderlose Paare und Behinderte die Steuergutschrift nutzen. Grundlage für die Berechnung ist das jährliche gesamte Haushaltseinkommen; der WTC ist eine bedürftigkeitsgeprüfte Leistung. Er ist nicht nur an eine Erwerbstätigkeit, sondern auch an eine wöchentliche Mindestarbeitszeit (16 Stunden) gebunden. Haushalte, in denen die gesamte Wochenarbeitszeit mindestens 30 Stunden beträgt, erhalten einen weiteren Bonus. Zusätzliches Einkommen, das im Laufe eines Steuerjahres hinzukommt, bleibt bis zu einer bestimmten Höhe bei der Ermittlung des WTC unberücksichtigt, um Anreize zur Arbeitsaufnahme zu setzen. Über einer bestimmten Einkommensgrenze wird der WTC schrittweise auf null zurückgeführt.

Q: Moffitt (2003), Bennett (2002), Department of the Treasury (2002), HM Treasury (2002), Friedman (1962).

Verteilungspolitische Ziele spielen bei der Besteuerung der Einkommen der privaten Haushalte eine weitere zentrale Rolle. Der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (die u. a. von der Höhe des Einkommens bestimmt wird) umfasst die Dimension der vertikalen und der horizontalen Steuergerechtigkeit (Reding – Müller, 1999). Horizontale Steuergerechtigkeit verlangt die Gleichbehandlung von Individuen mit identischer steuerlicher Leistungsfähigkeit. Vertikale Steuergerechtigkeit erfordert nach der traditionellen Interpretation, die auch dem österreichischen Einkommensteuerrecht zumindest bezüglich der Besteuerung der Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit zugrunde liegt¹³), die Anwendung eines Steuertarifs mit progressiver Wirkung.

Eine Proportionalbesteuerung im Rahmen einer Flat Tax ist mit beiden Dimensionen der Steuergerechtigkeit nur schwer zu vereinbaren. Selbst wenn eine indirekte Progression durch Gewährung von Grundfreibeträgen oder Abstufung des Einkommensteuersatzes in den unteren Einkommensbereichen¹⁴) hergestellt würde, könnte sie nicht das Ausmaß jener Progression erreichen, die mit einem nach traditioneller Auffassung des Leistungsfähigkeitsprinzips ausgestalteten Progressivtarif erzielt wird: Der reguläre Proportionaltarif für die mittleren und hohen Einkommen wäre zu nied-

¹³) Das österreichische Steuersystem enthält allerdings mit einigen Elementen einer dualen Einkommensbesteuerung auch Ausnahmen vom Leistungsfähigkeitsprinzip (Schratzenstaller, 2003): bezüglich der Besteuerung von Zinseinkünften (definitive Abgeltungssteuer) und von privaten Veräußerungsgewinnen (Halbsatzverfahren).

¹⁴) Die slowakische Flat Tax etwa sieht für die niedrigsten Einkommen ermäßigte Einkommensteuersätze vor; gemäß dem "Kirchhof-Modell" unterliegt in den unteren Einkommensbereichen nur ein bestimmter, mit der Höhe des Einkommens steigender Prozentsatz des steuerpflichtigen Einkommens dem regulären Proportionaltarif.

rig. Die mit der Einführung einer Flat Tax einhergehende beträchtliche Verringerung der Steuerprogression würde daher vermutlich den politischen Druck auf eine Kompensation durch die Erhöhung oder Wiedereinführung vermögensbezogener Steuern (Vermögensteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grundsteuer) erhöhen.

Aus Sicht der horizontalen Steuergerechtigkeit wiederum ist problematisch, dass Flat-Tax-Modelle im Gegenzug zur Einführung eines relativ niedrigen Proportionaltarifs eine radikale Steuervereinfachung durch die Streichung aller Steuerbegünstigungen bzw. Ausnahmeregelungen vorsehen. Somit werden die Möglichkeiten eingeschränkt, im Rahmen der Einkommensbesteuerung individuelle Umstände zu berücksichtigen, die die steuerliche Leistungsfähigkeit verringern.

Aus diesen Gründen sollte – wenn dem Leistungsfähigkeitsprinzip weiterhin eine dominierende Rolle in der Einkommensbesteuerung zukommen soll – grundsätzlich an einem progressiven Einkommensteuertarif festgehalten werden. Allerdings sollte die geplante Steuerreform genutzt werden, um zur Verwirklichung von größerer Transparenz und Einfachheit sämtliche Steuerbegünstigungen gründlich zu überprüfen. Das österreichische Einkommensteuersystem enthält eine Reihe von ökonomisch nur schwer zu rechtfertigenden Ausnahmeregelungen (z. B. die Absetzbarkeit von Ausgaben zur Wohnraumbeschaffung). Deren Streichung oder Einschränkung ist nicht zuletzt aus Gründen der Gerechtigkeit sinnvoll, da ihr "Wert" aufgrund des progressiven Steuertarifs zumindest bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze mit dem Einkommen steigt oder weil sie nur von gut informierten Steuerpflichtigen in Anspruch genommen werden¹⁵⁾.

Gegenüber einer Flat Tax, die keine oder nur geringe Progressionseffekte aufweist, hat eine Einkommensteuer mit Progressivtarif darüber hinaus den Vorzug, dass sie als passives Instrument der automatischen Konjunkturstabilisierung eingesetzt werden kann (Nowotny, 1999). Sie mildert Konjunkturschwankungen ab, die mit gleichläufigen Ausschlägen insbesondere der Einkünfte der Selbständigen einhergehen. Diese aus stabilitätspolitischer Sicht positive Eigenschaft einer progressiven Einkommensteuer ist angesichts der Tatsache, dass in der EU die Souveränität über den Einsatz diskretionärer Geld- und Fiskalpolitik ganz oder teilweise auf die EU-Ebene verlagert wurde, nicht zu unterschätzen.

Schließlich sollte es auch ein Ziel sein, die im internationalen Vergleich hohe Belastung des Faktors Arbeit durch Sozialabgaben in Österreich, auf die die Gegenüberstellung von Steuer- und Abgabenquote (Übersichten 1 und 2) hinweist, zu verringern, um den Anreiz zur Substitution von Arbeit durch Kapital und die damit einhergehenden negativen Beschäftigungseffekte abzuschwächen.

Vermögens- besteuerung

Die vermögensbezogene Besteuerung beschränkt sich in Österreich im Wesentlichen auf die Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie die Grundsteuer, die von den Gemeinden erhoben wird. Insbesondere die Abschaffung der Vermögensteuer vor zehn Jahren, aber auch die insgesamt mäßige Besteuerung von Schenkungen, Erbschaften und Grundbesitz hatten ebenso wie die steuerliche Begünstigung von Grundvermögen aufgrund der bestehenden Bewertungsvorschriften zur Folge, dass die Vermögensbesteuerung in Österreich inzwischen deutlich unter dem internationalen Durchschnitt liegt. Dies spiegelt die Relation der vermögensbezogenen Steuern (vor allem Vermögensteuer, Schenkungs- und Erbschaftssteuer sowie Grundsteuer) zum BIP sowie zum gesamten Abgabenaufkommen wider (Übersicht 10).

Die gesamten vermögensbezogenen Steuern erreichten in Österreich im Jahr 2001 1,3% des Gesamtabgabenaufkommens und 0,6% des BIP. In der EU und in der OECD sind die Quoten markant höher: In der EU 15 machen die Vermögensteuern 4,9% des Abgabenaufkommens und 2% des BIP aus, in der OECD 5,4% des Abgabenaufkommens und 1,9% des BIP. Im Gegensatz zu Österreich wird der Verzicht auf eine eigenständige Vermögensteuer in der Mehrheit der EU-Staaten (Bundesministerium der Finanzen, 2003) also offenbar durch andere vermögensbezogene Steuern kompensiert.

¹⁵⁾ Z. B. die steuerliche Absetzbarkeit von Ausgaben im Zusammenhang mit der Anschaffung junger Aktien.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer ist in Österreich zu einer Bagatelsteuer geworden (0,08% des BIP, EU 15 0,22%, OECD 0,17%). Sie erbringt in Österreich lediglich 0,15% des gesamten Abgabenaufkommens. Im EU-Durchschnitt liegt dieser Anteil bei 0,58%, in der OECD bei 0,49%.

Übersicht 10: Steuern auf Vermögen im internationalen Vergleich 2001

	Vermögensbezogene Steuern		Erbschafts- und Schenkungssteuern	
	In % des BIP	In % der Gesamt-abgaben	In % des BIP	In % der Gesamt-abgaben
EU 15 ¹⁾	2,0	4,9	0,22	0,53
Belgien	1,5	3,2	0,45	0,97
Dänemark	1,7	3,4	0,20	0,41
Deutschland	0,8	2,3	0,15	0,40
Finnland	1,1	2,3	0,28	0,61
Frankreich	3,1	6,9	0,55	1,23
Griechenland	1,8	4,8	0,27	0,72
Großbritannien	4,3	11,6	0,24	0,65
Irland	1,7	5,8	0,15	0,49
Italien	2,0	4,9	0,08	0,18
Luxemburg	3,9	9,7	0,11	0,26
Niederlande	2,0	5,2	0,30	0,77
Österreich	0,6	1,3	0,08	0,17
Portugal	1,1	3,1	0,07	0,22
Schweden	1,6	3,1	0,11	0,22
Spanien	2,2	6,4	0,21	0,60
MOEL 4 ¹⁾	0,8	2,2	0,13	0,38
Polen	1,3	3,9	0,03	0,08
Slowakei	0,5	1,7	0,40	1,23
Tschechien	0,5	1,3	0,03	0,07
Ungarn	0,7	1,8	0,04	0,12
Schweiz	2,8	9,1	0,28	0,91
USA	3,1	10,6	0,36	1,25
Japan	2,8	10,3	0,33	1,22
OECD ¹⁾	1,9	5,4	0,17	0,46

Q: OECD (2003B). – ¹⁾ Ungewichteter Durchschnitt.

Aus wirtschaftspolitischer Perspektive impliziert das Leistungsfähigkeitsprinzip eine angemessene Besteuerung von Vermögen als einer Determinante der steuerlichen Leistungsfähigkeit (Birk, 1999). Die horizontale Dimension der Steuergerechtigkeit erfordert, dass alle Vermögensarten steuerlich gleich behandelt werden. Die vertikale Steuergerechtigkeit wird zumindest bezüglich der Besteuerung von Erbschaften so interpretiert, dass mit der Höhe des vererbten Vermögens auch dessen durchschnittliche Steuerlast steigt, also eine progressive Besteuerung verwirklicht werden soll. Eine grundsätzliche Rechtfertigung findet die Besteuerung darin, dass Erbschaften ein leistungsloser Zufluss von Einkommen sind und bei einer Ungleichverteilung der Vermögen in der vererbenden Generation eine entsprechend ungleiche Verteilung in der Erbengeneration bewirken (Nowotny, 1999). Die erhöhte persönliche soziale Sicherheit im Zusammenhang mit Vermögensbesitz liefert eine weitere Begründung für eine Besteuerung (Bohnet, 1999). Die Besteuerung von Grundbesitz wird zudem durch das Äquivalenzprinzip begründet (Andel, 1998): Kommunale Leistungen, die den Grundbesitzern in besonderem Maße zugute kommen, werden – wenn auch in sehr pauschalierter Form – durch die Zahlung von Grundsteuern abgegolten.

In der haushalts- und steuerpolitischen Diskussion in Österreich kommt der Besteuerung der Vermögen durch die Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie die Grundsteuer auch eine fiskalische Bedeutung zu: Eine Erhöhung dieser beiden Steuern würde den Spielraum für eine Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer erhöhen. Aus fiskalischer Sicht haben beide Steuern den Vorteil eines langfristig stabilen und ergiebigen Aufkommens. Aus diesem Grund eignet sich die Grundsteuer besonders gut als Gemeindesteuer (Bach – Bartholmai, 2002).

Ein wichtiger Ansatzpunkt für eine Reform beider Steuern ist die Anpassung der Bewertung von Grundvermögen, um die zunehmenden Bewertungsdifferenzen innerhalb des Grundvermögens zu nivellieren. Die Bemessungsgrundlage ergibt sich nicht aus dem Verkehrswert, sondern aus den "Einheitswerten"¹⁶⁾; diese wurden zuletzt 1973 in einer Hauptfeststellung ermittelt und – abgesehen von einer einmaligen linearen Erhöhung um 35% – nicht mehr an die dynamische und regional unterschiedliche Entwicklung von Grundstücks- und Baupreisen angepasst. Eine Annäherung der Einheitswerte¹⁷⁾ würde nicht nur die Ausschöpfung zusätzlicher Einnahmepotentiale ermöglichen. Zudem würde die bestehende steuerliche Ungleichbehandlung innerhalb des Grundvermögens beseitigt und damit ein höheres Maß an horizontaler Gerechtigkeit innerhalb der Vermögensbesteuerung verwirklicht. Freilich müssten dann auch die Freigrenzen erhöht werden.

Reformbedarf bezüglich weiterer Elemente des österreichischen Steuersystems

Bagatellsteuern

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, sollen abschließend zwei weitere Bereiche des österreichischen Steuersystems angerissen werden, in denen Reformbedarf festzustellen ist.

Dies betrifft zunächst den gesamten Katalog der "Bagatellsteuern", d. h. Steuern, die nur einen sehr geringen Beitrag zum gesamten Steueraufkommen liefern. Die Entscheidung, Bagatellsteuern abzuschaffen oder beizubehalten, muss wirtschaftspolitische Ziele ebenso wie Aspekte der Transparenz und der Steuervereinfachung und nicht zuletzt EU-Vorschriften im Blick behalten. Für einzelne Bagatellsteuern kann eine Beibehaltung durchaus gerechtfertigt werden: insbesondere für Steuern, die eine ergiebige und stabile Einnahmenquelle bei geringem Verwaltungsaufwand und Umgehungspotential (z. B. bestimmte spezielle Verbrauchsteuern) bilden. Aus fiskalischer Perspektive ist auch zu beachten, dass die Abschaffung zweckgebundener bzw. für bestimmte Gebietskörperschaften durchaus auch quantitativ bedeutsamer Abgaben durch die Erhöhung anderer Steuern oder Abgaben gegenfinanziert werden muss, wenn die damit finanzierten Ausgaben weiterhin getätigt werden sollen. Eine weitere Begründung für die Beibehaltung können allokativen Erwägungen liefern. So sind bestimmte Konsumaktivitäten mit negativen externen und/oder demeritorischen Effekten verbunden, die eine Besteuerung rechtfertigen, um den Konsum einzudämmen bzw. die zur Beseitigung der verursachten Schäden erforderlichen Finanzmittel aufzubringen (z. B. Alkoholsteuer). Nicht zuletzt schreibt das EU-Recht die Erhebung bestimmter Steuern (z. B. Biersteuer) vor.

Energiebesteuerung

Steuern gehören zu den anreizkompatiblen Instrumenten der Umweltpolitik (Köppel – Pichl, 1995). Sie tragen als marktkonforme Lenkungsinstrumente zur Internalisierung externer Kosten bei, die durch den Umweltverbrauch entstehen. Kurzfristig sind Umweltsteuern kosteneffizienter als insbesondere das traditionelle ordnungspolitische Instrumentarium; langfristig gehen von Umweltsteuern permanente Anreize zu umweltfreundlichen technologischen Innovationen aus. Darüber hinaus verursachen sie vergleichsweise geringe administrative Kosten.

Die quantitative Bedeutung von Energiesteuern ist in Österreich bislang etwas geringer als in den anderen EU-Ländern. Ökologisch motivierte Steuern machten 2001 in Österreich 2,6% des BIP (EU 15: 2,7%) und 5,7% der Gesamtabgaben aus (EU 15: 6,8%; *European Commission*, 2003). Mit der ersten Stufe der Steuerreform werden ab 2004 die ökologischen Akzente innerhalb des österreichischen Steuersystems durch die Erhöhung der Erdgasabgabe und der Mineralölsteuer sowie die Einführung einer Kohleabgabe verstärkt. Österreich überschreitet dann für alle besteuerten fossilen Energieträger zum Teil erheblich die (allerdings niedrigen) Mindeststeuersätze, auf deren Einführung zum Jahr 2004 sich die EU-Länder im März 2003 geeinigt haben.

Eine konsistente Ökologisierung des österreichischen Steuersystems würde weitere Schritte erfordern. Zunächst ist die Steuersatzstruktur ökologisch unsystematisch. Aus ökologischer Perspektive sollte sich die Steuersatzstruktur von Energiesteuern am Energiegehalt der Energieträger einerseits und an deren CO₂-Intensität andererseits orientieren (Truger, 2001). Auf der Grundlage des Volumens der CO₂-Emissionen ist

¹⁶⁾ Bemessungsgrundlage für die Schenkungs- und die Erbschaftssteuer ist das Dreifache des Einheitswertes.

¹⁷⁾ Diese müssten in der Folge dynamisiert werden.

eine Mengeneinheit Kohle am höchsten zu besteuern, vor Heizöl und Dieseltreibstoff, Benzin, Erdgas sowie elektrischem Strom (*Deutsches Umweltbundesamt, 1994, Stenitzer, 1998*). In Österreich hingegen wird Kohle als der CO₂-intensivste Energieträger deutlich niedriger als Erdgas und Elektrizität besteuert. Dafür dürften u. a. soziale Gründe eine Rolle spielen. Positiv hervorzuheben ist die ab 2004 vorgesehene Steuersatzdifferenzierung für Benzin und Dieseltreibstoff nach dem Schwefelgehalt, von der unmittelbare positive Lenkungswirkungen zu erwarten sind.

Soll eine Energiebesteuerung langfristig Lenkungswirkungen in Form einer zunehmenden Verbrauchseinschränkung bewirken und gleichzeitig möglichst geringe Anpassungskosten für die privaten Haushalte und die Unternehmen verursachen, so müssen die Steuerbeträge schrittweise real angehoben werden. Diesem Erfordernis trägt das österreichische Steuersystem nicht Rechnung – über die einmalige Erhöhung im Jahr 2004 hinaus ist derzeit keine weitere Anhebung der Energiesteuern geplant.

Schließlich sind auch die Steuerbefreiungen zu überprüfen. Der Primärenergieeinsatz zur Stromerzeugung bleibt steuerfrei, sodass im energieerzeugenden Sektor keine Anreize zur Einsparung sowie zu einer weniger klimaschädlichen Umstrukturierung des Primärenergieträger-Mix gesetzt werden. Ebenfalls aus anreiztheoretischen Erwägungen sowie aufgrund der Erfordernisse der EU-Richtlinie sollte zudem die vorgesehene Verlängerung des Energieabgabenvergütungsgesetzes (zunächst bis Ende 2003) überprüft werden, um eine EU-kompatible Regelung zu erreichen. Allerdings ist zu bedenken, dass Energiesteuern die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen verringern, die auf den internationalen Märkten Preisnehmer sind und daher die Steuerbelastung nicht überwälzen können. Schließlich spielt auch die Verwendung der Energiesteuereinnahmen eine Rolle. Simulationen (z. B. *Köppel et al., 1995*) zeigen, dass die Wachstums-, Beschäftigungs- und Lenkungseffekte etwa von Energiesteuern verstärkt werden können, wenn die Steuereinnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten sowie zur Finanzierung der Diffusion energieeffizienterer Technologien verwendet werden.

Die für 2005 in Österreich geplante zweite Stufe der Steuerreform sollte nicht nur durch das Ziel einer Steuerentlastung, sondern auch durch die Behebung von Strukturdefiziten im österreichischen Steuersystem geleitet werden. Vordringlich ist erstens die Beseitigung verzerrender Wirkungen im Körperschaftsteuersystem, die durch die Kombination eines relativ hohen tariflichen Steuersatzes mit vergleichsweise günstigen Regelungen zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage entstehen. Zweitens sind negative Arbeitsanreize im Bereich der niedrigen und hohen Einkommen zu beseitigen und Incentives in Form gezielter Steueranreize (z. B. "Earned Income Tax Credit" – EITC) einzubauen. Auch sollten österreichische Besonderheiten überprüft werden – vor allem die lohnabhängigen Steuern und Abgaben wie die Kommunalsteuer, die unklare und ungleichmäßige Belastungswirkungen hat, oder der Wohnbauförderungsbeitrag.

Darüber hinaus weist die vorliegende Untersuchung auf weiteren Forschungsbedarf hin. Dies betrifft zunächst die Erarbeitung aussagefähiger Konzepte zur Ermittlung der effektiven Unternehmenssteuerbelastung. Auch lohnt die Konkretisierung einer beschäftigungs- und standortpolitisch adäquaten Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme. Die im vorliegenden Beitrag nur grob skizzierten Vorschläge zur Schaffung von Arbeitsanreizen in der Einkommensbesteuerung sollten evaluiert und für die spezifisch österreichische Situation detailliert werden. Wichtig erscheint zudem der Entwurf einer langfristigen Konzeption zur konsequenten Ökologisierung des Steuersystems, die auch verteilungs- und standortpolitische Aspekte berücksichtigt.

Angesichts des dynamischen internationalen Steuerumfelds, das durch die bevorstehende EU-Erweiterung zusätzliche Impulse erhält, bildet die geplante Steuerreform in Österreich zwar einen wichtigen und unverzichtbaren Schritt; die steuerlichen Rahmenbedingungen bedürfen jedoch auch nach ihrer Umsetzung weiterhin einer permanenten Überprüfung und Anpassung.

Zusammenfassung und Ausblick

Literaturhinweise

- Aiginger, K., Kramer, H., *Wirtschaftspolitik zur Steigerung des Wirtschaftswachstums*, WIFO, Wien, 2003, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24548.
- Andel, N., *Finanzwissenschaft*, 4. Auflage, Tübingen, 1998.
- Bach, S., Bartholmai, B., *Perspektiven der Vermögensbesteuerung in Deutschland. Endbericht eines Forschungsprojekts für die Hans-Böckler-Stiftung*, Berlin, 2002.
- Baker & McKenzie, *Survey of the Effective Tax Burden in the EU*, Amsterdam, 1999.
- Baker & McKenzie, *The Effective Tax Burden of Companies in the Member States of the EU – The Perspective of a Multinational Investor*, Amsterdam, 2001.
- Bennett, F., "Gender Implications of Current Social Security Reforms", *Fiscal Studies*, 2002, 23(4), S. 559-584.
- Birk, D., "Rechtfertigung der Besteuerung des Vermögens aus verfassungsrechtlicher Sicht", in Birk, D. (Hrsg.), "Steuern auf Erbschaft und Vermögen", *Deutsche Steuerjuristische Gesellschaft*, 1999, (22), S. 7-24.
- Bohnet, A., *Finanzwissenschaft: Grundlagen staatlicher Verteilungspolitik*, 2. Auflage, München-Wien, 1999.
- Bond, E. W., Chennells, L., *Corporate Income Taxes and Investment: A Comparative Study. Final Report*, London, 2000.
- Buijink, W., Janssen, B., Schols, Y., *Corporate Effective Tax Rates in the European Union. Final Report*, Maastricht, 1999.
- Bukovetsky, S., Wilson, J. D., "Tax Competition with Two Tax Instruments", *Regional Science and Urban Economics*, 1991, 21(3), S. 333-350.
- Bundesministerium der Finanzen, *Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich*, Berlin, 2002.
- Bundesministerium der Finanzen, "Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich", *Monatsbericht*, 2003, (1), S. 55-68.
- Bundesministerium für Finanzen (2003A), *Österreichisches Stabilitätsprogramm: Fortschreibung für die Jahre 2003 bis 2007 (März 2003)*, Wien, 2003.
- Bundesministerium für Finanzen (2003B), *Österreichisches Stabilitätsprogramm: 2. Fortschreibung für die Jahre 2003 bis 2007 (November 2003)*, Wien, 2003.
- Department of the Treasury, Internal Revenue Service, *Earned Income Credit*, Washington, D.C., 2002.
- Deutscher Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, *Jahresgutachten 2001/2002: Für Stetigkeit – gegen Aktionismus*, Stuttgart, 2001.
- Deutscher Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, *Jahresgutachten 2003/2004: Staatsfinanzen konsolidieren – Steuersystem reformieren*, Stuttgart, 2003.
- Deutsches Umweltbundesamt, *Jahresbericht 1994*, Berlin, 1994.
- Devereux, M. P., Griffith, R., "Taxes and the Location of Production: Evidence from a Panel of US Multinationals", *Journal of Public Economics*, 1998, 68(3), S. 335-367.
- Devereux, M. P., Griffith, R., *The Taxation of Discrete Investment Choices*, London, 1999.
- Devereux, M. P., Griffith, R., Klemm, A., "Corporate Income Tax Reforms and International Tax Competition", *Economic Policy*, 2002, 17(35), S. 451-495.
- Duncan, A., "Promoting Employment through Welfare Reform: Lessons from the Past, Prospects for the Future", *University of Melbourne, Faculty of Economics and Commerce*, Melbourne, 2002.
- Europäische Kommission, *Unternehmensbesteuerung im Binnenmarkt, KOM(2001) 582 endg.*, Brüssel, 2001.
- European Bank for Recovery and Development (EBRD), *Transition Report 2002*, London, 2002.
- European Commission, *Structures of the Taxation Systems in the European Union*, Luxemburg, 2003.
- Friedman, M., *Capitalism and Freedom*, Chicago, 1962.
- Gorter, J., de Mooij, R. A., *Capital Income Taxation in Europe: Trends and Trade-offs*, Den Haag, 2001.
- Hall, R. E., Rabushka, A., *The Flat Tax*, 2. Auflage, Stanford, 1985.
- HM Treasury, *The Child and Working Tax Credit*, London, 2002.
- Jacobs, O. H., Spengel, Ch., *Effective Tax Burden in Europe*, Heidelberg-New York, 2001.
- Jacobs, O. H., Spengel, Ch., Finkenzeller, M., Roche, M., *Company Taxation in the New EU Member States. Survey of the Tax Regimes and Effective Tax Burdens for Multinational Investors*, Studie von Ernst & Young und ZEW, Frankfurt am Main-Mannheim, 2003.
- Keen, M., Marchand, M., "Fiscal Competition and the Pattern of Public Spending", *Journal of Public Economics*, 1997, 66(1), S. 33-53.
- King, M. A., Fullerton, D., *The Taxation of Income From Capital*, Chicago, 1984.
- Köppl, A., et al., "Makroökonomische und sektorale Auswirkungen einer umweltorientierten Energiebesteuerung in Österreich", *Wirtschaftspolitische Blätter*, 1995, 42(5), S. 360-372.
- Köppl, A., Pichl, C., "Anreizorientierte Instrumente der Umweltpolitik", *WIFO-Monatsberichte*, 1995, 68(11), S. 697-707.
- KPMG, *Tax Rates – EU Accession Countries*, Amsterdam, 2003 (mimeo).

- Kramer, H., "Economic Aspects of Tax Co-ordination in the EU", in Austrian Federal Ministry of Finance, Austrian Institute of Economic Research (Hrsg.), Conference Proceedings: Tax Competition and Co-ordination in the European Union, Wien, 1998, S. 51-62.
- Kramer, H., Marterbauer, M., Schratzenstaller, M., "Konjunkturpolitische Ansatzpunkte", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(11), S. 817-828, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24668.
- Lannoo, K., Levin, M., An EU Company without an EU Tax?, CEPS Research Report, Brüssel, 2002.
- Martinez-Serrano, A., Patterson, B., "Taxation in Europe: Recent Developments", Directorate-General for Research Working Paper, 2003, (131).
- Moffitt, R. A., "The Negative Income Tax and the Evolution of U.S. Welfare Policy", Journal of Economic Perspectives, 2003, 17(3), S. 119-140.
- Neumark, F., Grundsätze gerechter und ökonomisch rationaler Steuerpolitik, Tübingen, 1970.
- Nicodème, G., "Computing Effective Corporate Tax Rates: Comparison and Results", Directorate General for Economic and Financial Affairs Economic Paper, 2001, (153).
- Nowotny, E., Der öffentliche Sektor, 4. Auflage, Berlin et al., 1999.
- OECD, Effective Tax Burdens: Alternative Measures, Paris, 2000.
- OECD, Tax Ratios – A Critical Survey, Paris, 2001.
- OECD (2003A), Using Micro-Data to Assess Average Tax Rates, Paris, 2003.
- OECD (2003B), Revenue Statistics 1965-2002, Paris, 2003.
- PriceWaterhouseCoopers, Study of Potential of Effective Corporate Tax Rates in Europe, Amsterdam, 1999.
- PriceWaterhouseCoopers, Individual Taxes 2003-2004. Worldwide Summaries, Hoboken, 2003.
- Reding, K., Müller, W., Einführung in die Allgemeine Steuerlehre, München, 1999.
- Schneider, F., Winner, H., "Ein Vorschlag zur Reform der österreichischen Unternehmensbesteuerung", Kredit und Kapital, 2001, 34, S. 223-256.
- Schatzenstaller, M., "Dualisierung von Einkommensteuersystemen – Stand und Perspektiven im internationalen Vergleich", DIW-Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 2003 (erscheint demnächst).

Tax Reform 2005 – Summary

This article identifies some fundamental structural failings shown by the Austrian tax system that should be considered within the second phase of the tax reform envisaged for 2005. It focuses on corporate and personal income taxes as well as on property taxes.

The statutory corporate income tax rate in Austria is higher than its equivalents in the "old" EU member states and even higher than the rates applicable in the countries about to join. An analysis of current studies, all of them based on different methodological approaches to calculate effective tax rates, does not bear out the comparatively high nominal Austrian tax rate. As the statutory tax rate obviously does not adequately reflect the relatively favourable tax environment, it would be advisable to consider some degree of tax cut. A tax-cuts-cum-base-broadening strategy could create more room for manoeuvre for a decrease of the tax rate. In addition, the tax code should be brought in line with international standards.

Regarding the design of the personal income tax schedule, occasionally proposals are floated to replace the progressive tax regime by a flat tax. A flat tax is problematic, however, from an equity perspective as it favours high-income groups in particular. As an added disadvantage, it cannot serve as an automatic stabiliser. Rather, the envisaged personal income tax reform should concentrate on work incentives. Positive work incentives could be introduced by granting tax credits which are contingent on labour market participation ("Earned Income Tax Credit").

Austrian property taxes are considerably lower than the international average. Real estate is not taxed according to its current market value, but on the basis of its substantially lower assessed value ("Einheitswert") for the purposes of inheritance and gift taxes as well as real estate tax. The assessed values should be adjusted to conciliate existing tax differences within real estate categories. An increase of property taxes could also partly compensate for cuts in corporate and personal income taxes.

- Schatzenstaller, M., Falk, M., Kramer, H., Marterbauer, M., Schwarz, G., Walterskirchen, E., "Erste Evaluierung der Konjunkturbelebungsmaßnahmen seit 2001", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(10), S. 755-768, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24622.
- Schulze, G. G., Ursprung, H. W., "Globalisierung contra Nationalstaat?", in Busch, A., Plümper, Th. (Hrsg.), Nationaler Staat und internationale Wirtschaft, Baden-Baden, 1999, S. 41-89.
- Sinn, H.-W., "Implikationen der vier Grundfreiheiten für eine nationale Finanzpolitik", Wirtschaftsdienst, 1995, 75(5), S. 240-249.
- Sinn, H.-W., "The Selection Principle and Market Failure in Systems Competition", Journal of Public Economics, 1997, 66(2), S. 247-274.
- Spengel, Ch., Internationale Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union, Düsseldorf, 2003.
- Stenitzer, M. "Kohlendioxidemissionen in Wien", Perspektiven, 1998, (9-10), S. 20-22.
- Treier, V., Fiskalwettbewerb in Mittel- und Osteuropa: Realität oder Fiktion?, Bamberg, 2002.
- Truger, A., "Der deutsche Einstieg in die ökologische Steuerreform", in Truger, A. (Hrsg.), Rot-grüne Steuerreformen in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, Marburg, 2001, S. 135-169.
- Yoo, K.-Y., "Corporate Taxation of Foreign Direct Investment Income 1991-2001", OECD Economics Department Working Paper, 2003, (19).
- Zinnes, C., Eilat, Y., Sachs, J., "Benchmarking Competitiveness in Transition Economies", Economics of Transition, 2001, 9(2), S. 315-353.

Wolfgang Pollan, Thomas Leoni

Die Einkommensunterschiede nach Wirtschaftsbranchen in Österreich

Ein Vergleich zwischen Mikrozensus und Leistungs- und Strukturhebung

Die statistische Basis für die Untersuchung der persönlichen Einkommensverteilung in Österreich ist schwach. Daten aus der Industriestatistik liefern andere Ergebnisse als jene aus dem Mikrozensus, dessen Erhebungsmängel seit langem bekannt sind. Die Leistungs- und Strukturhebung, die seit einigen Jahren durchgeführt wird, erlaubt nun einen direkten Vergleich mit den Einkommensangaben aus dem Mikrozensus.

Begutachtung: Alois Guger • Wissenschaftliche Assistenz: Annamaria Rammel • E-Mail-Adresse: Wolfgang.Pollan@wifo.ac.at

In den sechziger Jahren wurde mit dem "magischen Fünfeck" der Wirtschaftspolitik ein Begriff geprägt, der die gerechte Einkommensverteilung – zusammen mit der Preisstabilität, der Vollbeschäftigung, dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht und einem stetigen Wachstum – als wirtschaftspolitisches Ziel festlegte (Teichmann, 1993). Allerdings trat in den folgenden Jahrzehnten dieses Thema gegenüber anderen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen in den Hintergrund. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die Entwicklung der Einkommensverteilung in den Industrieländern in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg den Erwartungen der Wirtschaftstheorie entsprach: Demnach war anfangs ein gewisses Maß an Ungleichheit notwendig, um Investitionen und Wachstum zu fördern. Zugleich festigte sich in der Theorie – anhand der "Kuznets-Kurve" (Kuznets, 1955) – die Anschauung, dass Wirtschaftswachstum nach einer Zunahme der Ungleichheit auf langer Sicht eine gerechtere Einkommensverteilung mit sich bringe. Diese Sichtweise wurde jedoch im letzten Jahrzehnt auf theoretischer sowie empirischer Ebene hinterfragt; in der aktuellen Literatur werden Einkommensdisparitäten und deren Einfluss auf die Volkswirtschaft wieder thematisiert¹⁾. Zum einen wird darauf hingewiesen, dass sich in vielen Industrieländern die ökonomischen Ungleichheiten in den letzten 20 Jahren verschärft haben. Zum anderen werden theoretische Ansätze ausgearbeitet, die auf negative Folgen der Einkommensdisparitäten für das Wirtschaftswachstum schließen lassen.

Eine gerechte oder faire Einkommensverteilung ist freilich auch ein Wert an sich. In der OECD nehmen die "korporatistischen" Länder eine Sonderstellung ein; zu ihnen gehören – je nach Abgrenzung – neben den nordischen Ländern Österreich, die Niederlande, Deutschland und Irland. In diesen Ländern sorgt, so die gängige Meinung in der Literatur (OECD, 1997, Iversen, 1999, Wallerstein, 1999) die Bündelung der Lohnverhandlungen in den gewerkschaftlichen Dachorganisationen bzw. ein hohes Maß an Koordination zwischen jenen Gruppen, die Lohnverhandlungen führen, für geringe Lohnunterschiede sowie für Zurückhaltung in den Lohnforderungen (und damit in weiterer Folge für niedrige Inflation und Arbeitslosigkeit). Eine Reihe von Studien stellen eine eindeutig negative Beziehung zwischen dem Grad der Zentralisierung bzw. Koordination der Lohnverhandlungen und dem Ausmaß der Lohndisparitäten fest (OECD, 1997, Freeman, 1998, Blau – Kahn, 1999).

¹⁾ Einen Literaturübersicht bieten Kucera (2002) und Leoni – Pollan (2003).

**Eine gerechte
Einkommensverteilung
als wirtschafts-
politisches Ziel**

Österreich passt allerdings nicht in dieses Bild (Rowthorn, 1992, OECD, 1997, Iversen, 1999): Laut Lohn- und Gehaltsdaten für die Industrie sind die Lohnunterschiede in Österreich nahezu gleich groß wie in jenen Ländern, die hohe Lohn disparitäten aufweisen (USA, Kanada und Japan; Walterskirchen, 1991, Guger, 1991, Pollan, 2000). Andere Studien jedoch, die auf dem Mikrozensus basieren, weisen für Österreich geringe Einkommensdisparitäten aus (Barth – Zweimüller, 1992).

Ein großes Problem empirischer Studien zur Frage der Einkommensunterschiede liegt in der Erhebung von zuverlässigen Daten und in deren internationaler Vergleichbarkeit. Der vorliegende Bericht leistet einen Beitrag zur Ermittlung der Lohnunterschiede in Österreich.

Die Einkommensfrage im Mikrozensus

Zwischen 1981 und 1999 wurde im Rahmen des Mikrozensus im Abstand von etwa zwei Jahren die "Einkommensfrage" zur Erhebung der Personen- und Haushaltseinkommen der unselbständig Beschäftigten gestellt. Die dabei ermittelten Daten haben wegen der gleichzeitigen Verfügbarkeit von Angaben über die wöchentliche Arbeitszeit sowie über eine Vielzahl von sozialstatistischen Indikatoren aus dem Grund- und Sonderprogramm des Mikrozensus besondere Bedeutung. Darüber hinaus bilden sie eine einzigartige Quelle zur Ermittlung der Haushaltseinkommen und dienen als Grundlage für eine Reihe von Untersuchungen.

Dem Vorteil der Breite der Fragestellungen stehen jedoch Bedenken bezüglich der Qualität der Einkommensangaben im Mikrozensus gegenüber. In der Fachliteratur wird schon seit langem auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die mit Einkommenserhebungen durch (freiwillige) Umfragen verbunden sind. So weist Zweimüller (1992) auf erhebliche Verzerrungen durch das Fehlen von Werten im Mikrozensus 1983 hin, da Auskunftsverweigerungen ungleichmäßig über die Gesamtbevölkerung verteilt sind. Im Mikrozensus 1989 liegen zwar für rund 70% der unselbständig Beschäftigten Einkommensangaben vor, die Einkommensfrage wurde aber nur von rund der Hälfte der Bestverdiener beantwortet (Wolf – Wolf, 1991); in der Folge schlagen sich bestehende Einkommensdisparitäten in den Daten abgeschwächt nieder. Auch das Österreichische Statistische Zentralamt (heute Statistik Austria) wies in einem Bericht zum Mikrozensus 1993 darauf hin, dass in jeder Berufsschicht eher Personen mit hohem Einkommen kein Einkommen angeben. "Die insgesamt bestehenden Ungleichheiten der Einkommenssituation werden daher unterschätzt" (Kronsteiner – Wolf, 1994, S. 995). Darüber hinaus könnten jene, die ihr Einkommen angeben, tendenziell besonders hohe bzw. niedrige Werte nach unten bzw. nach oben korrigieren.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass bestimmte Einkommensbestandteile (z. B. Prämien, Belohnungen, Überstundenentgelte usw.) im Mikrozensus nicht erfasst bzw. untererfasst werden; im Allgemeinen hat dies Unterschätzungen zur Folge. In einem Vergleich mit den Daten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger für das Jahr 1993 stellte das Zentralamt eine Unterschätzung der Einkommen im Mikrozensus je nach Beschäftigungsgruppe um zwischen 1,1% und 14,1% fest²⁾.

Ab 1999 berechnete das Statistische Zentralamt nur die Haushaltseinkommen (und nicht die Personeneinkommen) aus den Mikrozensusdaten; anschließend wurde die Einkommensfrage aus dem Sonderprogramm gestrichen³⁾. Auch wenn damit die Rolle des Mikrozensus für die Bestimmung der Einkommen in Österreich zeitlich abgegrenzt ist, scheint es heute immer noch angebracht, sich mit dieser Datenquelle auseinanderzusetzen. Der Mikrozensus wurde nämlich in viele sekundäre Datensätze aufgenommen, die als Quelle für die – im letzten Jahrzehnt immer häufigeren – internationalen Vergleiche von Einkommensdisparitäten dienen. Auf diesem Weg bilden die Einkommensdaten des Mikrozensus die Basis, auf der Österreich mit anderen Ländern verglichen wird bzw. auf der die österreichische Einkommensverteilung in

²⁾ Kronsteiner – Wolf (1994), S. 999, Tabelle 1425.

³⁾ Zur Darstellung der Personeneinkommen wird auf den Einkommensbericht verwiesen, den der Rechnungshof anhand der Daten von Statistik Austria zusammenstellt und dem Nationalrat vorlegt. Dort werden die administrativ erfassten Einkommensdaten mit spezifischen Indikatoren (z. B. Voll- und Teilzeitarbeit) aus dem Mikrozensus verknüpft. Allerdings werden die Einkommen erst seit 1998 in der Gliederung nach zweistelligen ÖNACE-Wirtschaftsklassen ausgewiesen.

internationalen Studien erfasst wird. So berufen sich z. B. die Luxembourg Income Study Database, die World Income Inequality Database der UNO sowie die World Development Indicators der Weltbank⁴⁾ auf den Mikrozensus. Dasselbe gilt für Studien zur Einkommensverteilung, etwa Barth – Zweimüller (1994), Martins – Pereira (2000), Förster – Pearson (2002) und Milanovic (2002).

Atkinson – Brandolini (2001) weisen nachdrücklich auf die Mängel hin, die bei der Zusammenstellung bzw. Verwendung dieser sekundären Datensätze entstehen. Einerseits dokumentieren viele sekundäre Datensätze ihre Quellen nicht hinreichend und sind deshalb nicht vollständig nachvollziehbar. Andererseits haben viele Benutzer die Tendenz, die Daten mechanisch anzuwenden und sich nicht eingehend mit den nationalen Eigenheiten der Erhebungen auseinanderzusetzen.

Angesichts der genannten Problemstellung sowie der wirtschafts- und sozialpolitischen Relevanz von Einkommensfragen sollen in der Folge die Qualitätsmängel des Mikrozensus bezüglich der Einkommenserhebung herausgearbeitet werden. Für eine kritische Analyse bietet sich ein Vergleich mit den Daten der Leistungs- und Strukturhebung an, die seit 1997 erstellt werden. Insbesondere wird die Gültigkeit der Mikrozensusdaten anhand von Lohn- und Gehaltsunterschieden zwischen Wirtschaftsbranchen in Österreich hinterfragt. Zu diesem Zweck werden der Mikrozensus und die Leistungs- und Strukturhebung für die Jahre 1997 und 1999 gegenübergestellt. Aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit von Daten⁵⁾ beschränkt sich diese Gegenüberstellung auf den produzierenden Sektor einschließlich des Bauwesens. Die Löhne und Gehälter von Arbeitern und Angestellten werden dabei nach ÖNACE-Abteilungen aufgeteilt und ihr Durchschnittswert auf eine vergleichbare Basis gebracht.

Der Mikrozensus und die Leistungs- und Strukturhebung unterscheiden sich hinsichtlich der Einkommensdaten in wesentlichen Punkten. Letztere enthält die Bruttolöhne und -gehälter auf Jahresbasis, während im Mikrozensus die monatlichen Nettoeinkommen ausgewiesen werden. Die Daten im Mikrozensus beziehen sich auf die einzelnen Erwerbstätigen und werden mit Angaben zu den geleisteten Arbeitsstunden integriert.

In der Leistungs- und Strukturhebung werden die Zahl der Beschäftigten und die Zahl der Vollzeiteinheiten der einzelnen Wirtschaftsbranchen ausgewiesen; es fehlen aber Hinweise zur Arbeitszeit und zur Basis der Ermittlung von Vollzeiteinheiten. Überdies werden alle Daten, die weniger als vier Unternehmen betreffen, aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungsbestimmungen unterdrückt. Dies betrifft für den produzierenden Bereich auf der zweistelligen ÖNACE-Ebene vier Wirtschaftsbereiche⁶⁾.

Im Mikrozensus hingegen liegen nicht zu jedem ÖNACE-Zweisteller qualitativ hochwertige Daten vor; so wurden z. B. für das Jahr 1997 in den Abschnitten 10 (Kohlenbergbau und Torfgewinnung) und 37 (Rückgewinnung, Recycling) nur jeweils sechs Fälle erfasst.

Ein direkter Vergleich der zwei Datensätze ist demnach nur nach einigen Anpassungen sinnvoll. Aus dem Mikrozensus-Datensatz wurden zuerst jene Personen ausgeschlossen, die nicht erwerbstätig waren oder keinen Wirtschaftszweig angaben. Die verbleibenden Einkommensdaten wurden anhand der Variablen "normale Arbeitszeit"⁷⁾ auf eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden standardisiert⁸⁾. Zur Schaf-

Vergleich der Einkommensunterschiede laut Mikrozensus und laut Leistungs- und Strukturhebung

⁴⁾ Die World Development Indicators stützen sich auf die Einkommensdaten der Luxembourg Income Study Database. Die Weltbank stellte 1996 mit dem Deininger/Squire Data Set Measuring Income Inequality einen neuen Datensatz zusammen, der als Basis für viele Studien – und nicht zuletzt für die World Income Inequality Database der UNO – dient. Deininger und Squire unterscheiden zwischen einem "High-Quality"- und einem "Low-Quality"-Datensatz. Die österreichischen Daten, die sich auf den Mikrozensus beziehen, gehören nicht zu den High-Quality-Daten, weil sie keine Angaben für die Selbständigen enthalten.

⁵⁾ Für den Vergleich der zwei Datensätze ist es unumgänglich, die Summe der Löhne und Gehälter in der Leistungs- und Strukturhebung auf die – auf Vollzeitarbeit standardisierte – Zahl der Beschäftigten zu verteilen. Die Information zu den "Vollzeiteinheiten" nach Branchen steht aber nur für den produzierenden Bereich zur Verfügung (Mazanek – Velechovsky, 1999, Mazanek, 2001).

⁶⁾ Abschnitte 11 (Erdöl- und Erdgasbergbau), 13 (Erzbergbau), 16 (Tabakverarbeitung) und 23 (Mineralölverarbeitung).

⁷⁾ Die angegebenen durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen werden mit dem Faktor 40, dividiert durch die normale Arbeitszeit, auf eine 40-Stunden-Woche normiert (Kronsteiner – Wolf, 1994, S. 996). Eine

fung einer Vergleichsbasis wurde allgemein von einer Auszahlung der angeführten Beträge 14-mal jährlich ausgegangen. Da der Mikrozensus nach der Zahl der Monatsgehälter differenziert, wurden die angeführten Monatsbeträge auf ein Vierzehntel des Jahreseinkommens normiert⁹⁾ und anschließend dessen Durchschnitt berechnet. Die durchschnittlichen Bruttojahreseinkommen laut Leistungs- und Strukturhebung, die sich aus der Division der Bruttolöhne und -gehälter durch die Vollzeiteinheiten ergeben, wurden auf 14 Monateinkommen aufgeteilt. Schließlich mussten die Bruttobeträge laut Leistungs- und Strukturhebung auf Nettowerte umgerechnet werden (siehe Kasten "Die Umrechnung von Bruttoentgelten auf Nettoentgelte").

Die Umrechnung von Bruttoentgelten auf Nettoentgelte

Die für die Umrechnung erforderlichen Faktoren wurden der Konjunkturstatistik 1997 und 1999 entnommen, welche Brutto- und Nettosummen für Löhne und Gehälter anführt. Aus der Gegenüberstellung der Brutto- und Nettolöhne nach Wirtschaftsbranchen wurden dazu mit einer linearen Regressionsanalyse eine Konstante und ein Koeffizient ermittelt.

Die Bruttoentgelte umfassen Lohn- und Gehaltssummen einschließlich Sonderzahlungen, Abfertigungen, Lehrlingsentschädigungen und Heimarbeiterentgelt. Die Nettoentgelte errechnen sich aus den Bruttoentgelten, vermindert um die Lohnsteuer und den Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung sowie alle Pflichtbeiträge. Die Nettolöhne enthalten darüber hinaus die Nettoentschädigungen der gewerblichen Lehrlinge sowie die Nettoheimarbeiterentgelte.

Abbildung 1 zeigt die Ergebnisse nach ÖNACE-Zweistellern. Als Ausreißer fällt die Klasse 23 auf (Kokerei, Mineralölverarbeitung; zwei Bruttowerte von rund 75.000 S bzw. 85.000 S). Da dieser Wirtschaftsabschnitt in der Leistungs- und Strukturhebung den gesetzlichen Geheimhaltungsbestimmungen unterliegt, wurde er wie die Klassen 11, 13 und 16 aus der Regressionsanalyse ausgeschlossen.

Abbildung 1 veranschaulicht das hohe Maß an Linearität der Korrelation zwischen durchschnittlichen Bruttolöhnen und -gehältern und Nettolöhnen und -gehältern aus der Konjunkturstatistik für die Jahre 1997 und 1999¹⁾). Dieses lineare Verhältnis ergibt sich aus der Verwendung von Durchschnittswerten, die die Progressivität des Abgabensystems kaum sichtbar macht.

¹⁾ Die angeführten Summen der Löhne und Gehälter wurden zur Ermittlung dieser Daten durch die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden dividiert und dann auf Monatsbeträge umgerechnet.

Große Einkommensunterschiede

Die so berechneten durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter für die einzelnen ÖNACE-Zweisteller sind in Übersicht 1 zusammengefasst. Demnach unterscheidet sich die Lohnhöhe nach Wirtschaftszweigen laut Mikrozensus erheblich von jener laut Leistungs- und Strukturhebung. Die Lohn disparitäten sind im Mikrozensus merklich kleiner als jene, die aus der Leistungs- und Strukturhebung abgeleitet werden können, wie die geringere Varianz (Übersicht 2) der durchschnittlichen Löhne und Gehälter zeigt.

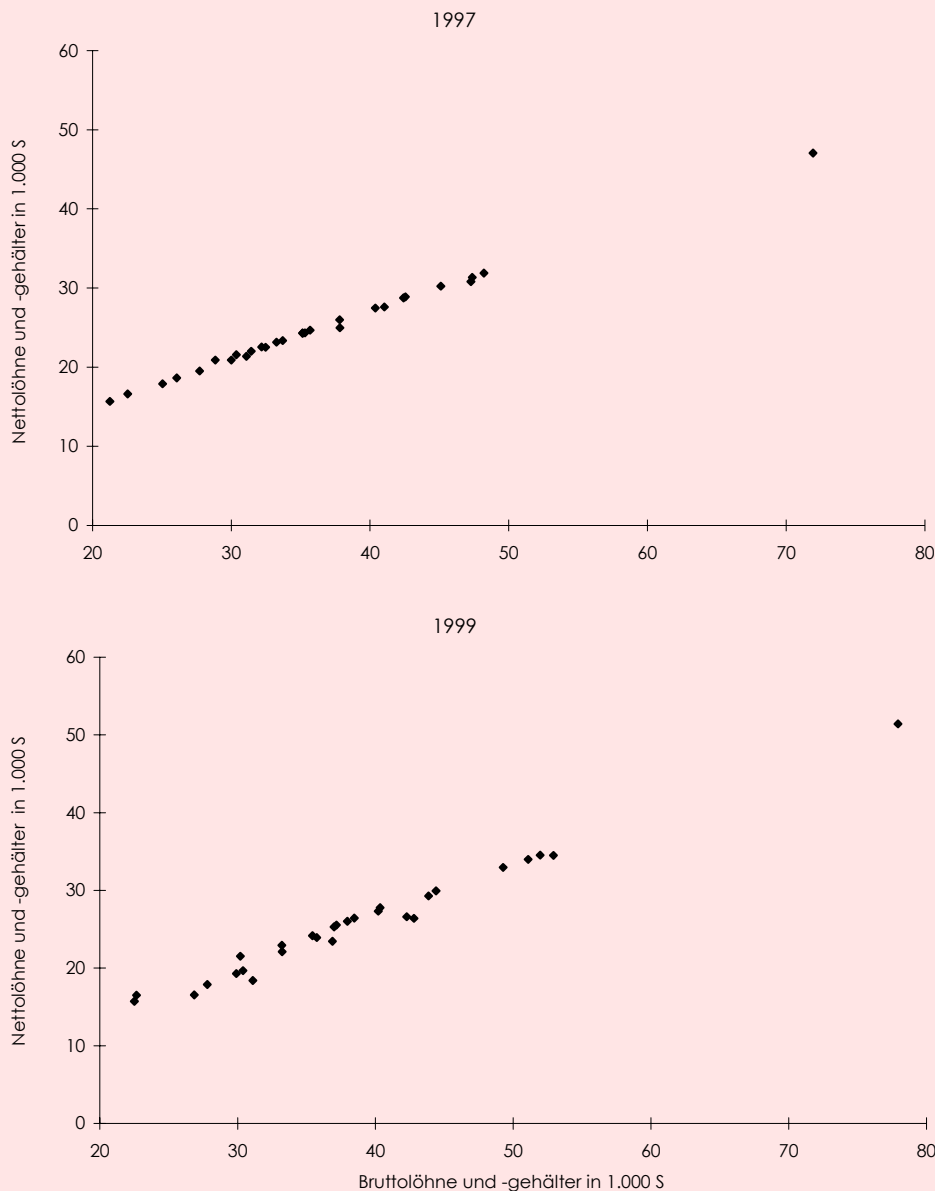
In den Abbildungen 1 und 2 wurden die ÖNACE-Zweisteller absteigend nach den Einkommen laut Leistungs- und Strukturhebung geordnet. Die zwei Datenreihen korrelieren demnach nur wenig.

Standardisierung anhand der Variablen "echte Arbeitszeit" ergab erhebliche Verzerrungen und bildet daher nicht Grundlage des Vergleichs.

⁸⁾ Dabei wurde das verfügbare Nettoeinkommen mit dem Faktor 40, dividiert durch die normale Arbeitszeit, multipliziert.

⁹⁾ Mit Ausnahme der Fälle, die "15" oder "16 oder mehr" Monatsbezüge angaben, wurde von einer 14-maligen Auszahlung des angeführten Einkommens ausgegangen. Dies basiert auf der Annahme, dass auch Erwerbstätige, die wegen Arbeitslosigkeit oder anderer Gründe nicht während des ganzen Jahres beschäftigt waren, ein Sechstel ihres Lohnes bzw. Gehaltes als Sonderzahlung erhielten.

Abbildung 1: Brutto-Netto-Vergleich für die Jahre 1997 und 1999



Q: Konjunkturstatistik.

Eine genauere Untersuchung (Abbildung 3) ergibt in einigen Wirtschaftsabschnitten besonders große Abweichungen zwischen Mikrozensus und Leistungs- und Strukturerhebung. Die größten Differenzen zeigen sich in den Branchen 10 (Kohlenbergbau), 30 (Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten), 32 (Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik), 35 (sonstiger Fahrzeugbau) und 40 (Energieversorgung). Wie erwähnt können die erheblichen Abweichungen in einigen ÖNACE-Abschnitten durch die sehr geringe Zahl der im Mikrozensus erfassten Fälle erklärt werden. So stehen für den Abschnitt 10 im Jahr 1997 nur 6, im Jahr 1999 sogar nur 4 relevante Fälle zur Verfügung¹⁰⁾. Im Jahr 1997 sind zwei der sechs Personen als Reinigungspersonal tätig; ihr relativ niedriges Einkommen drückt naturgemäß den Durchschnitt. Relativ wenige Fälle enthält auch die Branche 30 (Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten): 38 Beobachtungen für 1997 und 59 Fälle für 1999.

¹⁰⁾ Der hier verwendete ungewichtete Datensatz umfasst insgesamt etwa 7.500 Fälle. Die Berechnung der durchschnittlichen Entlohnung basiert auf dem gewichteten Datensatz (ungefähr 1 Mio. Fälle), der jedoch die Verzerrungen der Ausgangsdaten widerspiegelt.

Übersicht 1: Vergleich zwischen Mikrozensus und Leistungs- und Strukturhebung

Nach ÖNACE-Abteilungen

	1997		1999	
	Mikrozensus	Leistungs- und Strukturhebung	Mikrozensus	Leistungs- und Strukturhebung
Durchschnittliche Monatsentlohnung in S				
10 Kohlenbergbau, Torfgewinnung	13.907	22.829	17.133	24.760
11 Erdöl- und Erdgasbergbau	21.275	.	24.643	.
13 Erzbergbau	18.478	.	23.190	.
14 Gewinnung von Steinen und Erden	20.230	20.954	17.954	20.937
15 Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken	15.959	17.227	16.176	16.070
16 Tabakverarbeitung	19.592	.	21.958	.
17 Herstellung von Textilien und Textilwaren (ohne Bekleidung)	15.301	17.277	15.084	16.547
18 Herstellung von Bekleidung	10.901	14.017	12.973	13.333
19 Ledererzeugung und -verarbeitung	13.837	14.547	13.087	13.257
20 Be- und Verarbeitung von Holz	15.077	16.168	14.864	15.330
21 Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe	17.397	22.484	18.499	22.550
22 Verlagswesen, Druckerei	17.486	22.879	19.944	23.119
23 Kokerei, Mineralölverarbeitung	26.237	.	22.614	.
24 Herstellung von Chemikalien	20.417	24.322	19.411	24.612
25 Herstellung von Gummi und Kunststoffwaren	16.457	18.985	16.814	18.202
26 Herstellung und Bearbeitung von Glas	16.687	21.479	17.097	21.214
27 Metallerzeugung und -bearbeitung	18.360	16.196	18.206	22.808
28 Herstellung von Metallerzeugnissen	16.881	18.587	17.653	18.080
29 Maschinenbau	17.416	20.780	17.810	20.678
30 Herstellung von Büromaschinen und EDV-Geräten	19.292	17.154	22.882	15.651
31 Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung	16.552	20.387	20.111	19.804
32 Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	19.368	27.690	21.723	27.145
33 Medizin-, Mess- und Regelungstechnik, Optik	18.092	18.710	21.037	19.395
34 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	17.366	21.040	18.999	20.841
35 Sonstiger Fahrzeugbau	15.422	24.071	17.203	24.693
36 Herstellung von Möbeln, Schmuck u. a.	13.676	15.397	14.584	14.132
37 Rückgewinnung (Recycling)	15.317	17.576	18.387	16.311
40 Energieversorgung	22.531	26.842	21.276	27.805
41 Wasserversorgung	20.236	20.202	20.370	21.393
45 Bauwesen	15.775	19.498	16.159	18.526

Q: Statistik Austria, Mikrozensus und Leistungs- und Strukturhebung.

Übersicht 2: Streuung der Einkommen

	Mikrozensus	1997		Mikrozensus	1999	
		Leistungs- und Strukturhebung Brutto	Leistungs- und Strukturhebung Netto		Leistungs- und Strukturhebung Brutto	Leistungs- und Strukturhebung Netto
In S						
Standardabweichung	2.534	5.788	3.568	2.566	6.089	4.112

Q: WIFO-Berechnungen.

Hinsichtlich der markanten Abweichungen zwischen Mikrozensus und Leistungs- und Strukturhebung in anderen Wirtschaftsbranchen lassen sich nur Vermutungen treffen. In der Kategorie 35 etwa fallen der hohe Anteil der Lehrlinge (insgesamt 7,5%) sowie die sehr geringe Zahl der Akademiker auf (1,4%), die wahrscheinlich das Durchschnittseinkommen in der Branche verzerren.

Nur in den Abschnitten 27 (Metallerzeugung und -bearbeitung), 30 (Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten), 33 (Medizin-, Mess- und Regelungstechnik) und 37 (Rückgewinnung) sind die Einkommen laut Mikrozensus in einem der zwei untersuchten Jahre höher als laut Leistungs- und Strukturhebung. Die Werte des Abschnittes 30 im Jahr 1999 können wohl, insbesondere angesichts der geringen Datenmenge, als Ausreißer gewertet werden.

Abbildung 2: Vergleich zwischen Mikrozensus und Leistungs- und Strukturhebung



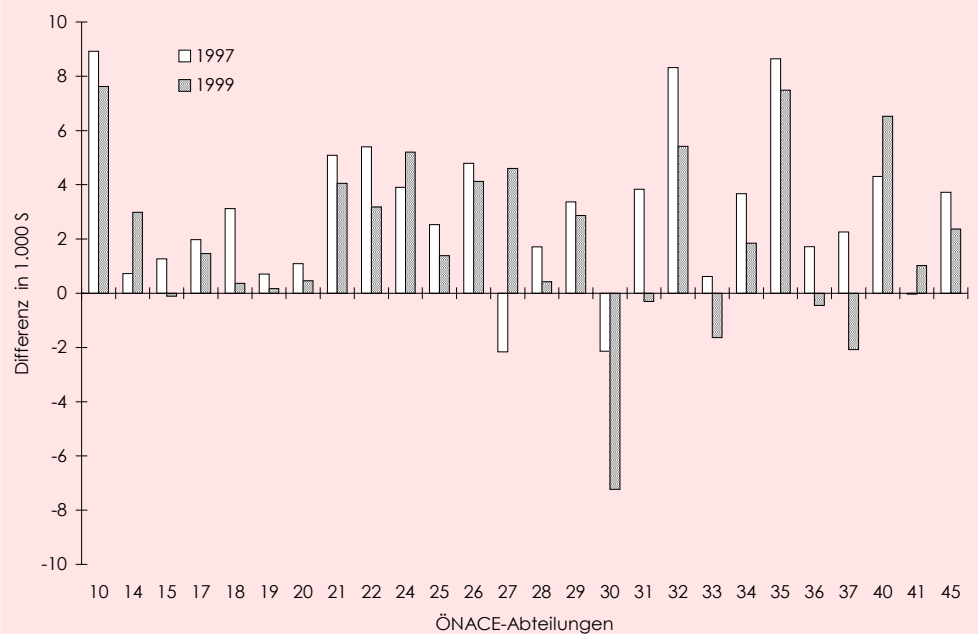
Zur Bezeichnung der ÖNACE-Abteilungen siehe Übersicht 1.

Eine gerechte Einkommensverteilung ist ein wichtiges wirtschaftspolitisches Ziel; die Frage, wie weit dieses Ziel etwa im internationalen Vergleich erreicht wird, bildet daher für sich genommen, aber auch in Hinblick auf die Erreichung anderer Ziele ein wichtiges Forschungsthema. Wie in vielen anderen Ländern war auch in Österreich die statistische Basis für Untersuchungen zur Einkommensverteilung schwach. Unterschiedliche Statistiken lieferten unterschiedliche Ergebnisse.

Eine Grundlage für die Erfassung der Einkommensverteilung war der Mikrozensus, dessen Erhebungsmängel seit langem bekannt sind. Die Leistungs- und Strukturhebung, die seit einigen Jahren durchgeführt wird, erlaubt eine Evaluierung der Qualität der im Mikrozensus erfassten persönlichen Einkommen im produzierenden Sektor.

Zusammenfassung

Abbildung 3: Abweichungen des Mikrozensus von der Leistungs- und Strukturhebung



Zur Bezeichnung der ÖNACE-Abteilungen siehe Übersicht 1.

Demnach unterschätzt der Mikrozensus die effektiven durchschnittlichen Monatsentgelte in fast allen Wirtschaftsabteilungen des produzierenden Sektors im Vergleich mit der Leistungs- und Strukturhebung. Weitaus bedeutender als diese Unterschätzung ist aber der Befund, dass der Mikrozensus die Einkommensdisparitäten zwischen den Wirtschaftsbranchen erheblich unterzeichnet. Somit weisen internationale Einkommensvergleiche, die sich auf die Daten des Mikrozensus stützen, für Österreich ein zu geringes Maß an Einkommensungleichheit aus. Dies gilt insbesondere dann, wenn Nettoeinkommen (laut Mikrozensus) für Österreich mit Bruttoeinkommen für andere Länder verglichen werden. Unbeantwortet – und für weitere Forschung offen – bleibt hingegen die Frage nach der Ursache dieser branchenspezifischen Lohndifferenziale.

Literaturhinweise

- Atkinson, A., Brandolini, A., "Promise and Pitfalls in the Use of "Secondary" Data Sets: Income Inequality in OECD Countries as a Case Study", *Journal of Economic Literature*, 2001, 39, S. 771-799.
- Barth, E., Zweimüller, J., "Labour Market Institutions and the Industry Wage Distribution. Evidence from Austria, Norway and the U.S.", *Empirica*, 1992, 19(2), S. 181-201.
- Barth, E., Zweimüller, J., "Bargaining Structure, Wage Determination, and Wage Dispersion in 6 OECD Countries", *Kyklos*, 1994, 47(1), S. 81-93.
- Blau, F. D., Kahn, L. M., "Institutions and Laws in the Labour Market", in Ashenfelter, O., Card, D. (Hrsg.), *Handbook of Labour Economics*, Vol. 3, Elsevier, Amsterdam, 1999.
- Förster, M., Pearson, M., "Income Distribution and Poverty in the OECD Area: Trends and Driving Forces", *OECD Economic Studies*, 2002, 34(1), S. 7-39.
- Freeman, R., "War of the Models: Which Labour Market Institutions for the 21st Century?", *Labour Economics*, 1998, 5, S. 1-24.
- Guger, A., "Arbeitskostensituation nach Branchen deutlich differenziert", *WIFO-Monatsberichte*, 1991, 64(10), S. 571-576.
- Iversen, T., *Contested Economic Institutions*, Cambridge University Press, Cambridge, 1999.
- Kronsteiner, C., Wolf, W., "Personen- und Haushaltseinkommen der unselbständig Beschäftigten 1993", *Statistische Nachrichten*, 1994, (12), S. 994-1003.
- Kucera, D., "The Effects of Wealth and Gender Inequality on Economic Growth: A Survey for Research Empirical Studies", *International Institute for Labour Studies Geneva, Discussion Paper*, 2002, (136).
- Kuznets, S., "Economic Growth and Income Inequality", *American Economic Review*, 1955, 45, S. 1-28.
- Leoni, Th., Pollan, W., "The Impact of Inequality on Economic Growth", *WIFO Working Papers*, 2003, (211), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24704.

- Martins, P. S., Pereira, P. T., "Does Education Reduce Wage Inequality? Quantile Regressions Evidence from Fifteen European Countries", IZA Discussion Paper, 2000, (120).
- Mazanek, R., "Leistungs- und Strukturhebung 1999 im Produzierenden Sektor", Statistische Nachrichten, 2001, (9), S. 662-675.
- Mazanek, R., Velechovsky, G., "Leistungs- und Strukturhebung 1997 im Produzierenden Sektor", Statistische Nachrichten, 1999, (11), S. 994-1006.
- Milanovic, B., "True World Income Distribution, 1988 and 1993: First Calculation Based on Household Surveys Alone", Economic Journal, 2002, 112, S. 51-92.
- OECD, "Economic Performance and the Structure of Collective Bargaining", Employment Outlook, OECD, Paris, 1997.
- Pollan, W., Einige Aspekte der Lohnbildung in Österreich. Lohnunterschiede und die Zentralisierung der Lohnverhandlungen, WIFO, Wien, 2000.
- Rowthorn, R. E., "Centralisation, Employment and Wage Dispersion", Economic Journal, 1992, 102, S. 506-523.
- Teichmann, U., Wirtschaftspolitik. Eine Einführung in die demokratische und die instrumentelle Wirtschaftspolitik, 4. Auflage, Vahlen, München, 1993.
- Wallerstein, M., "Wage-Setting Institutions and Pay Inequality in Advanced Industrial Societies", American Journal of Political Science, 1999, 43(3), S. 649-680.
- Walterskirchen, E., Unemployment and Labour Market Flexibility: Austria, International Labour Organization, Genf, 1991.
- Wolf, I., Wolf, W., Wieviel weniger ...? Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männer in Österreich, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien, 1991.
- Zweimüller, J., "Survey Non-Response and Biases in Wage Regressions", Economic Letters, 1992, 39, S. 105-109.

Wage Disparities by Economic Sectors in Austria – Summary

A just income distribution is an important goal of economic policy. Thus the question to what extent this goal has been achieved in comparison to other countries is an important subject of economic research, but, as in many other countries, the statistical basis for an analysis of the personal income distribution has been weak. Different data bases yield different results.

Several studies of the income distribution in Austria are based on the micro-census (sample survey) of Statistics Austria, whose deficiencies have been known for some time. The Survey of Structural Business by Statistics Austria now offers a standard for evaluating the quality of the income data contained in the micro-census.

This comparison reveals that the micro-census underestimates wages and salaries in almost all branches of the production sector. But even more important is the finding that the micro-census severely underestimates the extent of wage disparity across sectors. As a result, international comparisons that rely on data from the Austrian micro-census assign Austria a degree of income inequality that is too low.

Juli 2003 •
130 Seiten • 50,00 €,
Download 40,00 €

Aktienkursdynamik und Realkapitalbildung in den USA und in Deutschland

Stephan Schulmeister

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24343

Juli 2003 • 63 Seiten
• 47,00 €, Download
47,00 €:

WIIW-WIFO Database. Foreign Direct Investment in CEECs and the Former Soviet Union with Special Attention to Austrian FDI Activities

Gábor Hunya (WIIW), Jan Stankovsky (WIFO)

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24382

Juni 2003 • 87 Seiten
• 30,00 €, Kosten-
loser Download

Institutionelle Rahmenbedingungen an der Schnittstelle zwischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der EU

Gudrun Biffi, Julia Bock-Schappelwein

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24467

Juli 2003 •
224 Seiten • 30,00 €,
Kostenloser
Download

Betriebliche Altersvorsorge in Österreich

Oskar Grünwald, Thomas Url, Heinz Zeilhofer, Helmut Hoskovec, Günther Schiendl, Marc Bittner

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24475

September 2003 •
71 Seiten • 30,00 €,
Kostenloser Down-
load

Wirtschaftspolitik zur Steigerung des Wirtschaftswachstums

Karl Aiginger, Helmut Kramer (Projektleitung)

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24548

September 2003 •
32 Seiten • 25 €,
Download 20 €

Hochwasserschutz in der Wachau. Eine Kosten-Wirksamkeitsanalyse von Baumaßnahmen in Dürnstein, Spitz und Weißenkirchen

Angela Köppl, Franz Sinabell

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24567

Oktober 2003 •
53 Seiten • 30,00 €,
Download 24,00 €

Auswirkungen öffentlicher Konjunkturimpulse auf Wachstum und Beschäftigung

Serguei Kaniovski, Kurt Kratena, Markus Marterbauer

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24614

November 2003 •
109 Seiten • 20,00 €,
Download kostenlos

Auswirkungen und Ausnutzung von Übergangsfristen für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte nach der EU-Erweiterung

Peter Huber (WIFO), Herbert Brücker (DIW)

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24640

November 2003 •
232 pages or
410 pages,
respectively

56th Euroconstruct Conference: The Outlook for the European Construction Sector 2004-2006

Summary Report: 740,00 €, Download 590,00 € • Country Reports: 940,00 €, Download 750,00 €

December 2003 •
68 pages • 30,00 €,
Free Download

SOPEMI Report on Labour Migration. Austria 2002-03

Gudrun Biffi

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24716

Norbert Knoll et al.

Der österreichische Forschungs- und Technologiebericht 2003

Mit dem "Forschungs- und Technologiebericht 2003" liegt eine aktualisierte Bestandsaufnahme zur technologischen Leistungsfähigkeit Österreichs vor. Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene wird der Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung als prioritär zur Aufrechterhaltung der Wachstumsperspektiven eingeschätzt. Im internationalen Vergleich hat Österreich zwar gemessen an der Forschungs- und Entwicklungsquote in den letzten Jahren aufgeholt, doch bestehen nach wie vor Strukturängel, die dem Erreichen eines der Wirtschaftskraft des Landes entsprechenden Niveaus entgegen wirken. Verbesserungen in der österreichischen Forschungs- und Technologiepolitik schlagen sich in institutionellen Neuerungen und einer Ausweitung der für Forschung und Entwicklung erforderlichen Ressourcen nieder.

Der vorliegende Beitrag fasst Ergebnisse des "Österreichischen Forschungs- und Technologieberichts 2003" zusammen. Wesentliche Grundlagen dieses Berichts wurden im Rahmen des Programms "tip – technologie information politikberatung" von Gernot Hutschenreiter, Norbert Knoll, Hannes Leo, Michael Peneder (WIFO), Bernhard Dachs, Katy Whitelegg (ARC Seibersdorf Research), Helmut Gassler, Nikolaus Gretzmacher, Wolfgang Polt, Andreas Schibany, Helene Schiffbänker, Gerhard Streicher (Joanneum Research) und Jörg Mahlich (Technopolis Austria) erarbeitet (<http://www.tip.ac.at>). • Begutachtung: Hannes Leo, Leonhard Jörg • Wissenschaftliche Assistenz: Dagmar Gutmann, Sonja Patsios • E-Mail-Adresse: Norbert.Knoll@wifo.ac.at

Anlässlich des Lissabon-Gipfels des Europäischen Rates im März 2000 und der Rats- tagung in Barcelona im März 2002 nahm die Europäische Kommission Weichenstel- lungen für die Forschungs- und Technologiepolitik vor, die für Österreich besonderen Handlungsbedarf schaffen. Vor dem Hintergrund eines deutlichen und weiter wach- senden Rückstands der Forschungsaktivitäten in der EU gegenüber den USA wurden ambitionierte Ziele vereinbart: Die EU soll bis 2010 zum "wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt" umgestaltet werden, der dauerhaftes Wachstum, Vollbeschäftigung und einen größeren sozialen Zusammen- halt zu erzielen vermag. Darüber hinaus wurden u. a. folgende "Barcelona-Ziele" formuliert:

- Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen in der EU deutlich erhöht werden, sodass die Forschungsquote (Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozent des BIP) im EU-Durchschnitt von derzeit rund 1,9% auf 3% im Jahre 2010 steigt.
- Der Anteil des privaten Sektors an der Finanzierung der Forschungs- und Entwick- lungsausgaben soll dabei von derzeit rund 56% auf etwa zwei Drittel angehoben werden.

Die österreichische Forschungs- und Technologiepolitik leitete Ende der neunziger Jahre einen Aufholprozess ein, der somit vor neuen Herausforderungen steht. Der Forschungs- und Technologiebericht 2003 legt einerseits Befunde zur internationalen Positionierung Österreichs vor; andererseits werden Änderungen der politischen Rahmenbedingungen und institutionelle Reformen der letzten Jahre vorgestellt.

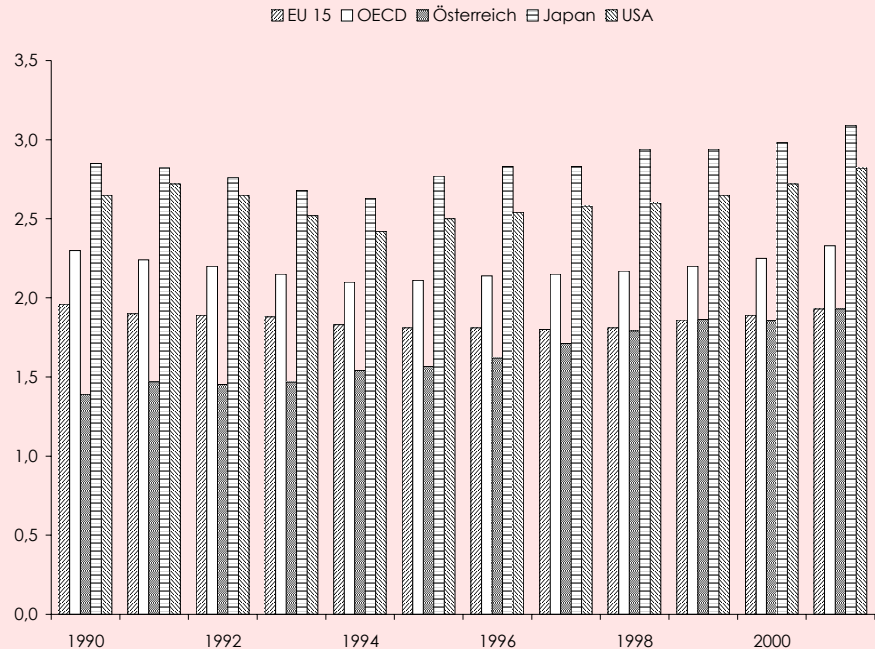
Die zwei Barcelona-Ziele bilden mittlerweile die Basis für eine langfristige Ausrichtung der österreichischen Forschungs- und Technologiepolitik und nehmen breiten Raum in der öffentlichen technologiepolitischen Diskussion ein. Dass dies ambitionierte Zie- le sind, zeigt die Entwicklung der Forschungsquote in den neunziger Jahren: Der Rückstand der EU gegenüber Japan und den USA nimmt weiter zu (Abbildung 1).

**Forschung und
Entwicklung im
internationalen
Vergleich**

Österreich hat in den letzten Jahren zum EU-Durchschnitt von rund 1,9% aufgeschlossen; mit dem 3%-Ziel ergibt sich nun neuerlich ein beträchtlicher Finanzierungsaufwand.

Abbildung 1: Entwicklung der Forschungsquote im internationalen Vergleich

Forschungs- und Entwicklungsausgaben in % des BIP



Q: WIFO-Berechnungen, OECD.

Erhebliche Anstrengungen sind zudem kurzfristig erforderlich, um den von der österreichischen Bundesregierung für 2005 angepeilten Zwischenschritt einer Forschungs- und Entwicklungsquote von 2,5% ("Szenario 2,5%") zu realisieren. Eine einfache Szenarienrechnung¹⁾ zeigt, wie stark die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen insgesamt gesteigert werden müssen, um dieses Ziel zu erreichen (Übersicht 1).

Übersicht 1: Steigerung der Forschungsquote im "Szenario 2,5%"

	Referenzpfad der Forschungs- und Entwicklungsausgaben Mio. €	Forschungs- und Entwicklungsausgaben im "Szenario 2,5%"			
		Absolut Mio. €	Forschungs- und Entwicklungsquote In % des BIP	Veränderung gegen das Vorjahr Mio. €	Abweichung vom Referenzpfad Mio. €
2002	4.217	4.217	1,95	± 0	± 0
2003	4.342	4.645	2,09	+ 428	+ 303
2004	4.501	5.117	2,22	+ 472	+ 616
2005	4.681	5.637	2,35	+ 520	+ 956
2006	4.850	6.210	2,50	+ 573	+ 1.360
Insgesamt					+ 3.234

Q: WIFO-Berechnungen, Statistik Austria.

Der Referenzpfad wird durch die Ausgaben bei konstanter Forschungsquote von 1,95% des BIP bestimmt. Aufgrund des zu erwartenden Wachstums des Bruttoinlandsproduktes müssen schon zur Aufrechterhaltung der aktuellen Forschungs- und Entwicklungsquote die nominellen Forschungsausgaben laufend steigen – um die

¹⁾ Die hier vorgelegte Szenarienrechnung beruht auf folgenden zentralen Annahmen: Für die gesamtwirtschaftlichen Forschungsausgaben wurden Daten von Statistik Austria (Globalschätzung für 2002) verwendet, das nominelle Wachstum des Bruttoinlandsproduktes entspricht den Schätzungen der mittelfristigen Prognose des WIFO vom März 2003, die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen werden mit konstanten jährlichen Wachstumsraten gesteigert.

Quote zu steigern, ist dementsprechend ein überproportionales Wachstum der Forschungs- und Entwicklungsausgaben nötig. 2006 müssten im vorliegenden Szenario insgesamt rund 6,2 Mrd. € für Forschung und Entwicklung aufgewandt werden; dies entspricht einer Steigerung um rund 2 Mrd. € gegenüber 2002.

Eine schrittweise Annäherung an dieses Ziel macht eine laufende Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr erforderlich (Übersicht 1). Im Jahr 2003 müsste unter den gegebenen Annahmen um rund 428 Mio. € mehr für Forschung und Entwicklung aufgewandt werden als 2002, um den Pfad der Zielerreichung einzuhalten. Dieser Zusatzaufwand erhöht sich unter den getroffenen Annahmen laufend. Kumuliert erreichen die zusätzlichen Mittel bis 2006 3.234,4 Mio. €. Unter der Annahme konstanter Finanzierungsanteile entfallen nahezu 1,3 Mrd. € davon auf den öffentlichen Sektor.

Gemäß einer neueren Szenarienrechnung des WIFO auf Basis der Globalschätzung 2003 von Statistik Austria und unter Berücksichtigung der "Konjunkturpakete"²⁾ ist die Finanzierungslücke zur Anhebung der Forschungsquote auf 2,5% bis 2006 geringer: Der öffentliche Beitrag müsste in den Jahren 2004 bis 2006 um insgesamt 385 Mio. € ausgeweitet werden, um die Förderlücke zu schließen.

Für die Erreichbarkeit der österreichischen Ziele verdienen – abseits des finanziellen Mittelbedarfs – zwei weitere Aspekte besondere Beachtung: die Struktur der Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und die Verfügbarkeit von Forschungspersonal.

Übersicht 2: Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung, Finanzierungsanteile der Sektoren und Forschungsquote

	Insgesamt	Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung					Forschungsquote In % des BIP
		Bund	Finanzierungsanteile der Sektoren			Sonstige	
			Länder	Unternehmen In %	Ausland		
Mio. €							
1993	2.303	41,6	5,6	49,0	2,6	1,2	1,47
1994	2.551	42,2	6,2	46,2	4,2	1,2	1,54
1995	2.701	40,4	5,7	45,7	7,0	1,2	1,57
1996	2.884	37,0	5,5	44,8	11,6	1,1	1,62
1997	3.122	34,5	5,4	43,3	15,3	1,5	1,71
1998	3.400	32,3	4,2	41,7	20,1	1,7	1,79
1999	3.672	32,7	5,6	40,5	19,6	1,6	1,86
2000	3.842	31,9	6,5	40,5	19,5	1,6	1,86
2001	4.088	33,0	6,9	39,9	18,7	1,6	1,93
2002	4.225	33,3	6,4	40,3	18,5	1,6	1,95
2003	4.343	32,4	6,7	40,8	18,5	1,6	1,96

Q: Statistik Austria, Globalschätzung 2003.

In den letzten Jahren lieferte der öffentliche Sektor wesentliche Impulse zur Steigerung der Forschungsquote, sein Finanzierungsbeitrag erhöhte sich seit 1998 wesentlich stärker als der des Unternehmenssektors (Übersicht 2). Damit unterscheidet sich die Entwicklung von den neunziger Jahren, die durch hohes Wachstum der unternehmens- und auslandsfinanzierten Forschung und Entwicklung gekennzeichnet waren. 2002 und 2003 wiesen diese beiden Sektoren eine geringere Dynamik auf als in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Ein Hebeleffekt der öffentlichen Finanzierung im Sinne einer Stimulierung der privaten Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen ist bisher nicht zu erkennen, wäre allerdings erforderlich, um die langfristigen Barcelona-Ziele zu erreichen. Allerdings wird die Mittelaufbringung durch den öffentlichen Sektor durch die anhaltenden Konsolidierungsbemühungen erschwert; zudem zeigen internationale Vergleiche, dass Länder mit hoher Forschungsquote – anders

²⁾ Die jüngste in diesem Szenario berücksichtigte Änderung betrifft das "Konjunkturpaket III", das die Bundesregierung im Rahmen des Wachstums- und Standortgesetzes im November 2003 vorstellte. Es umfasst eine erhebliche Ausweitung des öffentlichen Fördervolumens durch Mittelaufstockung der direkten Förderungen um 100 Mio. € für 2004, die Anhebung des Forschungsfreibetrags von 15% auf 25% sowie die Erhöhung der Forschungsprämie von 5% auf 8%.

als Österreich – meist auch überdurchschnittliche Beiträge aus dem Unternehmenssektor aufweisen.

Die Verfügbarkeit von geeignetem Forschungspersonal ist für das Erreichen der Barcelona-Ziele zumindest ebenso bedeutend wie die der finanziellen Mittel, zumal Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten arbeitsintensiv sind und die Qualifizierung der Arbeitskräfte längere Zeit beansprucht. Der Anteil des Unternehmenssektors am Forschungspersonal liegt in Österreich mit rund 64,4% deutlich über dem EU-Durchschnitt. Gemessen an der Zahl der Forscher bleibt Österreich etwa gegenüber Finnland und Schweden, die bereits jetzt eine Forschungsquote über 3% aufweisen, deutlich zurück (Übersicht 3). Ein Rückstand besteht gegenüber der Mehrzahl der EU-Länder. Mit der geplanten merklichen Ausweitung der Forschungsaktivitäten wäre somit auch eine Lücke bezüglich des verfügbaren Forschungspersonals zu schließen.

Übersicht 3: Zahl der Forscher

1999	Insgesamt Vollzeitäquivalente	Unternehmen	Staat Anteile in %	Universitäten
Irland	8.217	64,4	3,7	32,0
Griechenland	14.828	15,6	13,5	70,6
Portugal	15.752	12,7	21,9	52,3
Dänemark	18.438	46,5	21,2	31,0
Österreich	20.222	64,4	4,8	30,7
Finnland	25.398	41,6	16,2	40,9
Belgien	30.219	54,5	4,0	40,4
Schweden	39.921	57,2	6,1	36,6
Niederlande	40.623	47,7	19,8	31,4
Spanien	61.568	24,7	19,4	55,0
Italien	64.886	40,4	21,1	38,5
Frankreich	160.424	47,0	15,7	35,4
Großbritannien	164.040	56,2	9,1	30,3
Deutschland	255.260	58,8	15,0	26,2
EU ¹⁾	919.796	50,0	14,2	34,3
Japan	658.910	65,8	4,7	27,1
USA	1.219.407	83,3	3,8	11,2

Q: Europäische Kommission. – ¹⁾ Ohne Luxemburg.

Der Forschungs- und Technologiebericht 2003 beleuchtet durch internationale Vergleiche die Positionierung Österreichs vor dem Hintergrund der geltenden forschungs- und technologiepolitischen Ziele. Ein von der Europäischen Kommission initiiertes Benchmarking-Prozess etwa, der eine systematische, quantitative Untersuchung der Leistungsfähigkeit und Politik in den Bereichen Forschung, Technologie und Innovation erlaubt, liefert u. a. die folgenden Ergebnisse:

- Das Niveau der Forschungsausgaben übersteigt in Österreich trotz der Verbesserungen in den letzten Jahren nur leicht den EU-Durchschnitt. Zu einem erheblichen Teil lässt sich die für ein Industrieland vergleichsweise niedrige Forschungsquote durch die Industriestruktur erklären (geringer Anteil von Hochtechnologiebranchen, niedrige Zahl großer, forschungsintensiver Unternehmen). Der relativ kleine Anteil privat finanzierter Forschung und Entwicklung bildet ein weiteres Strukturdefizit.
- Das Defizit an qualifizierten Humanressourcen wird sowohl für die EU als Ganzes als auch für Österreich im Vergleich mit den USA und Japan augenscheinlich. In beiden Fällen ist der Anteil der Forscher am gesamten Arbeitskräftepotential relativ niedrig. Allerdings entsprechen die Pro-Kopf-Aufwendungen für wissenschaftliches Personal in Österreich etwa jenen in den USA und liegen im europäischen Spitzenfeld. Problematisch ist demnach der Mangel an Personal und nicht die Qualität oder Quantität der jeweils zur Verfügung stehenden Ressourcen bzw. die wissenschaftliche Produktivität.
- Eine Verschärfung des Problems mangelnder Humanressourcen ist unabhängig von Forschungsquotenzielen zu erwarten. Sowohl in der EU als auch in Österreich

sinken die Studieneintritte und -abschlüsse in den technisch-naturwissenschaftlichen Studienrichtungen. Engpässe im Prozess der Steigerung der Wissens- oder Technologieintensität der österreichischen Wirtschaft sind absehbar. In Österreich bleibt der Anteil des Forschungspersonals an der Gesamtbeschäftigung weit unter dem EU-Durchschnitt, der Anteil von Frauen in der Forschung und Entwicklung ist der niedrigste in der EU.

- Der im internationalen Vergleich besonders hohe und bislang steigende Anteil auslandsfinanzierter Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ist vorwiegend auf Unternehmen und nicht auf Rückflüsse aus der Teilnahme an europäischen Forschungsprogrammen zurückzuführen. Dies untermauert einerseits eine hohe Attraktivität Österreichs als Forschungsstandort für multinationale Unternehmen; andererseits macht die Konzentration auf einige große Unternehmen die Innovationskraft des Landes von im Ausland getroffenen Standortentscheidungen abhängig.
- In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre entwickelten sich die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Österreich sowohl auf der Inputseite (Ausgaben, Humanressourcen) als auch auf der Outputseite (z. B. Anteil forschungs- und wissensintensiver Produkte und Dienstleistungen, Patente) wenig dynamisch. Die meisten Indikatoren entsprechen etwa dem EU-Durchschnitt, der Rückstand gegenüber vergleichbaren kleinen offenen Volkswirtschaften mit hohem Pro-Kopf-Einkommen bleibt groß.

2000 bis 2002 wurden einige wesentliche Änderungen der institutionellen Rahmenbedingungen der österreichischen Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik vorgenommen. So wurde der Rat für Forschung und Technologieentwicklung (RFT) als Beratungsorgan der Bundesregierung eingerichtet; im Dezember 2000 wurde ein Offensivprogramm für Forschung und Entwicklung im Umfang von 508,7 Mio. € beschlossen. Insgesamt erhielten Forschung und Innovation einen höheren Stellenwert, wie entsprechende Zielsetzungen – merkliche Anhebung der Forschungsquote, Bereitstellung einer zweiten Tranche von Sondermitteln für Forschung, Technologie und Innovation (600 Mio. €), Sicherstellung der Planungs- und Finanzierungssicherheit für die außeruniversitäre Forschung – im Regierungsübereinkommen zeigen.

Dem Rat für Forschung und Technologieentwicklung kommen gemäß dem Regierungsübereinkommen vom Jänner 2000 im Zuge der Novellierung des Forschungs- und Technologieförderungsgesetzes (FTFG) sowohl die Beratung der Bundesregierung als auch strategische Funktionen zu. Laut FTFG hat der Rat insbesondere folgende Aufgaben:

- Beratung der Bundesregierung in allen Fragen der Forschung, Technologie und Innovation,
- Erarbeitung und Überprüfung der Umsetzung von langfristigen Strategien zu Forschung und Technologieentwicklung,
- Ausarbeitung von Schwerpunktrichtlinien für nationale FTE-Programme und für die Förderungspolitik der einschlägigen Einrichtungen des Bundes,
- Empfehlungen für eine Stärkung der Position Österreichs in internationalen Forschungs- und Technologiekooperationen,
- autonome Erstellung von Vorschlägen für nationale FTE-Programme,
- Vorschläge zur Verbesserung der Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft sowie
- Vorschläge für ein Monitoring aller FTE-orientierten Einrichtungen mit Beteiligung des Bundes.

Die Gründung des Rates war primär mit dem Bedarf an einer kohärenten Strategieentwicklung motiviert, die bei gegebener Kompetenzverteilung der Technologieagenden auf Ministeriebene nur mit Einschränkungen gegeben ist. So liegen die Sachbereiche Wissenschaft, Forschung, Technologie und Innovation bei drei Ministe-

Entwicklungen in der österreichischen Forschungs- und Technologiepolitik

rien – Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Forschungs- und technologiepolitisch relevante Aktivitäten dienen darüber hinaus in anderen Ministerien meist der Verwirklichung der im Kompetenzbereich liegenden Politikziele (etwa Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen).

Eine wichtige Rolle für die österreichische Forschungs- und Technologiepolitik spielt auch das Bundesministerium für Finanzen – weniger durch einen thematischen Bezug der Agenden als vielmehr aufgrund der Verfügbarkeit technologiepolitisch relevanter Instrumente. Einzelne Maßnahmen des Finanzministeriums haben technologiepolitischen Charakter zumal etwa Garantiemaßnahmen und Steuerbegünstigungen Anreize für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Unternehmenssektor setzen. Das finanzielle Volumen steuerlicher Maßnahmen ist beträchtlich: Durch Begünstigungen im Rahmen des Forschungsfreibetrags I (FFB-I, ab 2000 in neuer Form) und des Forschungsfreibetrags II (FFB-II, ab 2002) verbleiben nach Schätzungen des Finanzministeriums jährlich rund 130 bzw. 120 Mio. € bei forschenden Unternehmen.

Seinem gesetzlichen Auftrag folgend treibt der Rat die Strategieentwicklung voran. Bereits ab Mitte 2001 wurden erste Strategiepapiere vorgelegt; im Dezember 2002 wurde ein umfangreicher Forschungs- und Innovationsplan veröffentlicht. Die Strategiepapiere enthalten weitreichende Maßnahmenpakete, um das zentrale Ziel – die Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsquote auf 2,5% des BIP bis 2005 – zu erreichen. Insbesondere thematisiert der Rat die Frage nach der Hebelwirkung öffentlicher Forschungs- und Entwicklungsausgaben und verankert sie als wichtiges Kriterium für die Mittelallokation der öffentlichen Hand.

Eine engere Verknüpfung von Formulierung und Umsetzung einer kohärenten Strategie des Bundes zu Forschung und technologischer Entwicklung ergab sich durch den Vergabemodus für die im Dezember 2000 beschlossenen Sondermittel des Offensivprogramms. Die Vergabe von insgesamt 508,7 Mio. € sollte – unter Annahme einer gleichmäßigen Verteilung der Ausgaben über die Periode von drei Jahren – die Forschungsausgaben des Bundes gegenüber 1999 und 2000 pro Jahr um rund 14% steigern. Eine Besonderheit der Initiative ergibt sich durch die Gestaltung des Vergabeprozesses:

- Die drei Fachressorts (Verkehrsministerium, Wissenschaftsministerium, Wirtschaftsministerium) entwickelten förderungswürdige Programme im Wettbewerb miteinander und hatten keine direkte Entscheidungskompetenz in der Programmauswahl.
- Die inhaltliche Bewertung der einzelnen Initiativen auf Förderungswürdigkeit übernahm der RFT in Form einer Empfehlung zur Sondermittelvergabe an den Finanzminister. Dieser stellte die Mittel aufgrund einer parlamentarischen Ermächtigung den Fachressorts zur Verfügung.

Die vom Rat in sechs Sitzungen erarbeiteten Empfehlungen zur Sondermittelvergabe ermöglichten in den Jahren 2001 und 2002 Zahlungen von jeweils rund 125 Mio. €, d. h. etwa 10% der gesamten jährlichen Forschungsausgaben des Bundes. Die Sondermittel erhöhten somit einerseits die öffentlichen Forschungsbudgets beträchtlich; andererseits waren mit dem Vergabemodus Lenkungseffekte verbunden. Vom Rat formulierte Strategieelemente bildeten wesentliche Bewertungskriterien für die eingereichten Projekte. Darüber hinaus spiegeln sich in einzelnen Auflagen eine koordinierende Funktion des Rates bei Überschneidungen bzw. mangelnder Vernetzung zueinander komplementärer Initiativen³⁾. Freilich beschränkt sich der Wirkungskreis des Rates auf einen geringen Teil der insgesamt für Forschung und technologische Entwicklung eingesetzten Mittel.

³⁾ Der Rat formuliert etwa Auflagen zur Entwicklung von Gesamtkonzepten für verschiedene IKT-Initiativen, für die Unterstützung von High-Tech-Gründungen, für forschungs- und entwicklungsbezogene Internationalisierungsaktivitäten, für den Technologietransfer sowie für die Abstimmung einzelner Maßnahmen der Frauenförderung.

Aus den Sondermitteln wurde über weite Strecken die Weiterführung bestehender Programme abgesichert. Deutlich ausgeweitet wurden insbesondere die bestehenden Programme von FFF und FWF, den zwei für die österreichische Forschungsförderung zentralen Einrichtungen. Bereits in der ersten Vergabesitzung vom Jänner 2001 empfahl der Rat eine Erhöhung der Dotierung der beiden Fonds um 40 Mio. € für 2001, weitere Empfehlungen zur Anhebung der Dotierung um rund 54,5 Mio. € folgten für das Jahr 2002. Vom Volumen her vergleichbar sind auch die finanziellen Beiträge zur Weiterführung bzw. Ausweitung der Kompetenzzentren-Programme K_{plus} und K_{ind}/K_{net} (rund 79 Mio. €).

In einigen Fällen wie z. B. bezüglich der Fonds vertrat der Rat die Auffassung, dass – um Kontinuität der Mittelverfügbarkeit zu wahren – eine Verwendung regulärer Budgets oder die Umschichtung innerhalb einzelner Ressorts einer Nutzung von (punktuell verfügbaren) Sondermitteln vorzuziehen wäre⁴⁾. In (finanziell) kleinerem Umfang dienen Sondermittel der Überbrückungsfinanzierung oder der Vorbereitung einer Initiative (z. B. Mittel für die Innovationsagentur).

Auf neue Programme entfällt trotz dieser Einschränkungen insgesamt ein wesentlicher Anteil der Sondermittel. Für zahlreiche Initiativen wurde so zumindest die Finanzierung der ersten Phase gesichert (z. B. Aeronautik, FIT IT, GEN-AU, Technologietransfer). Insbesondere für längerfristige Programme – etwa die im Februar 2002 zur Finanzierung aus Sondermitteln empfohlene NANO-Initiative – werden in Zukunft weitere Mittel in signifikanter Höhe erforderlich sein.

Österreich holte in den neunziger Jahren im internationalen Vergleich gemessen an einigen Forschungs- und Technologieindikatoren auf. Aus Benchmarking-Aktivitäten mit vergleichbaren Ländern folgt allerdings, dass eine überdurchschnittliche Position noch lange nicht erreicht ist.

Die Wirtschaftspolitik formulierte in den letzten Jahren nicht nur ambitionierte Zielsetzungen, sondern stellte auch die Weichen hinsichtlich Strategieentwicklung und Einsatz neuer forschungs- und technologiepolitischer Instrumente. Einen wesentlichen Beitrag zu einer ressortübergreifenden Strategieentwicklung leistet der Anfang 2001 gegründete Rat für Forschung und Technologieentwicklung. Auch auf operativer Ebene wurden Verbesserungen des institutionellen Gefüges erreicht – etwa durch Verschmelzung einzelner Fördereinrichtungen zur Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS). Das Instrumentarium der heimischen Forschungs- und Technologiepolitik erreicht mittlerweile eine recht hohe Diversität, sodass ein ausgesprochen breit ausdifferenziertes Fördersystem zur Verfügung steht.

Eine Umsetzung der Barcelona-Ziele stellt die österreichische Forschungs- und Technologiepolitik allerdings vor einige Herausforderungen. Die Behebung der im Forschungs- und Technologiebericht 2003 aufgezeigten Strukturschwächen erfordert nicht nur beträchtliche Mittel der öffentlichen Hand und des privaten Unternehmenssektors, sondern lässt auch einen Engpass an Humanressourcen erwarten. Auch neuere Szenariorechnungen, die die Maßnahmen des "Konjunkturpaketes" von 2003 berücksichtigen, verweisen auf einen zusätzlichen Bedarf an öffentlichen Mitteln von rund 380 Mio. € in der Periode 2004/2006, um die Forschungs- und Entwicklungsquote auf 2,5% des BIP zu erhöhen. Fraglich ist, in welchem Ausmaß die beabsichtigte Steigerung der Effizienz des Fördersystems und Optimierung des Instrumentenmix eine Reduktion der erforderlichen öffentlichen Gelder ermöglichen.

Ausblick

⁴⁾ In der Empfehlung vom 20. November 2001 stellte der Rat fest: "Sowohl hinsichtlich des FFF als auch des FWF wird empfohlen, ab dem Jahr 2003 die gesamte Bundesbudgetdotierung aus den Normalbudgets sicherzustellen." Ähnlich sind eine am 15. Jänner 2001 erteilte Auflage zur Ergänzung einer Sondermitteldotierung aus internen Budgetumschichtungen des Wirtschaftsministeriums sowie die Empfehlung von Folgefinanzierungen aus ordentlichen Budgets für den österreichischen Beitritt zur ESRF ("European Synchrotron Radiation Facility") zu verstehen.

The Austrian Research and Technology Report 2003 – Summary

Against the background of rather ambitious international goals in the field of technology policy, the "Research and Technology Report of 2003" analyses recent trends in the Austrian innovation system and compares the situation in Austria with that in other EU countries. The report includes evaluations of the overall funding and composition of research and development (R&D) in Austria and summarises results from benchmarking activities in the EU. A separate chapter concentrates on Austria's position within the emerging European Research Area. In addition, recent developments in the field of technology policy such as institutional reforms, policy strategies and current utilisation of policy instruments are discussed in detail.

During the past few years, technology policy has moved up on the policy agenda both in Europe in general and in Austria in particular, and ambitious targets have been set. For example, the European Union aims at increasing overall R&D spending as a percentage of GDP to 3 percent by 2010. Starting out from (currently estimated) 1.96 percent – which is slightly above the European average – the Austrian government intends to reach 2.5 percent by 2005. As a matter of fact, resources allocated to R&D have to be increased significantly both in the public sector and private business sector. The R&D expenditure gap is partly the result of the structure of Austrian industries which cannot be changed instantaneously: in addition to funding requirements addressed by several scenarios, a particular challenge to overcome will be the availability of qualified research personnel.

Recent reforms include institutional reorganisation. To this end, the government set up the Council for Research and Technological Development (Rat für Forschung und Technologieentwicklung) in 2001. Though limited in its scope, the Council has since proved that its activities contribute substantially to improving the development and implementation of coherent technology policy strategies. So far, an extension of federal funding for R&D, following the recent announcement of additional measures, signals a serious effort to put stated policy objectives into actual practice. Nevertheless, further steps will have to follow in order to close the gaps.

WORKING PAPERS

- 208/2003 **The Relative Importance of Labour Market Reforms to Economic Growth**
Karl Aiginger
- 209/2003 **Finance and the Business Cycle. The Ricardian Perspective**
Franz R. Hahn
- 210/2003 **From Hard Currency Policy to Monetary Union**
Heinz Handler
- 211/2003 **The Impact of Inequality on Economic Growth**
Thomas Leoni, Wolfgang Pollan
- 212/2003 **Catching-up in Europe: The Experiences of Portugal, Spain and Greece in the Nineties**
Karl Aiginger

Kostenloser Download:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.search?p_typeid=3&p_language=1&p_type=0

Die letzten 12 Hefte

- 12/2002 Michael Wüger, Mäßige Konsumsteigerung – Handel hofft auf gutes Weihnachtsgeschäft • Norbert Knoll et al., Der österreichische Forschungs- und Technologiebericht 2002 • Wolfgang Pollan, Zur Messung der Verbraucherpreise. Lebenshaltungskostenindex oder Preisindex?
- 1/2003 Ewald Walterskirchen, Schleppende Erholung im Jahr 2003. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftsschönheit. IV. Quartal 2002 • Felix Butschek, Vom Wirtschaftsforscher zum Wirtschaftshistoriker – Hans Seidel zum achtzigsten Geburtstag • Christine Mayrhuber, Die Ausgaben für soziale Sicherheit im Jahr 2000 • Gudrun Biffel, Implikationen eines Freiwilligenheeres für den österreichischen Arbeitsmarkt • Wilfried Puwein, Erfolg der Ausgliederung von Bundesbetrieben – das Beispiel der Österreichischen Bundesforste
- 2/2003 Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer, Mittelfristig gedämpftes Wachstum. Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2006 • Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Investitionsklima auch 2003 getrübt. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests von Ende 2002 • Franz R. Hahn, Die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung ("Basel II") aus makroökonomischer Sicht • Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen, Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten
- 3/2003 Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Mäßige Ertragsentwicklung im Jahr 2002. Cash-Flow und Eigenkapital der österreichischen Sachgütererzeugung • Margarete Czerny, Verzögerte Erholung der Baukonjunktur in Europa – Wachstumsaussichten für 2004/05 gedämpft • Franz R. Hahn, Aktienmarkt und langfristiges Wirtschaftswachstum. Gibt es einen Nexus in den OECD-Ländern? • Hedwig Lutz, Auswirkungen der Kindergeldregelung auf die Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Erste Ergebnisse
- 4/2003 Markus Marterbauer, Anhaltend geringes Wirtschaftswachstum. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftsschönheit. I. Quartal 2003 • Marcus Scheiblecker et al., Österreichs Wirtschaft im Jahr 2002: Neuerlich ungenügendes Wachstum • Thomas Url, Die Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich
- 5/2003 Josef Pöschl (WIW), Internationale Konjunkturflaute stellt Wirtschaft der MOEL auf die Probe • Gerhard Palme, 2002 weitere Wachstumsabschwächung im Osten und Süden Österreichs • Daniela Kletzan, Thomas Url, Wirtschaftliche Kennzahlen und Effizienz in der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft
- 6/2003 Franz Sinabell, Erwin Schmid, Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Wichtige Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft • Gudrun Biffel, Fördersysteme der Universitätsausbildung und Mobilität der Studierenden in Europa
- 7/2003 Wolfgang Pollan, Der Verbraucherpreisindex als Deflationsindikator • Michael Böheim, Wettbewerbspolitik in Österreich unter neuen Rahmenbedingungen. Zwischenbilanz und Ausblick • Fritz Breuss, Österreich, Finnland und Schweden in der EU. Wirtschaftliche Auswirkungen
- 8/2003 Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Investitionen 2003 insgesamt schwach. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2003 • Gerhard Lehner, Margit Schratzenstaller, Bundesvoranschläge 2003 und 2004: Ziel eines "Nulldefizits" verschoben • Gudrun Biffel, Julia Bock-Schappelwein, Wilfried Puwein, Franz Sinabell, Strukturpolitische Herausforderungen für das Waldviertel aus der EU-Erweiterung • Franz R. Hahn, Aktienmarkt und Konjunkturschwankungen. Gibt es einen Zusammenhang in den OECD-Ländern?
- 9/2003 Alois Guger, Internationale Lohnstückkostenposition 2002 geringfügig verbessert • Alois Guger, Direkte und indirekte Kinderkosten in Österreich. Ein Überblick • Michael Wüger, Schätzung der direkten Kinderkosten in Österreich
- 10/2003 Margit Schratzenstaller, Martin Falk, Helmut Kramer, Markus Marterbauer, Gerhard Schwarz, Ewald Walterskirchen, Erste Evaluierung der Konjunkturbelebungsmaßnahmen seit 2001 • Hedwig Lutz, Verdienstentgang von Frauen mit Kindern • Thomas Url, Verhaltene nominelle Einkommensentwicklung erfasst 2002 auch die Versicherungswirtschaft
- 11/2003 Helmut Kramer, Markus Marterbauer, Margit Schratzenstaller, Konjunkturpolitische Ansatzpunkte • Marcus Scheiblecker, Der Arbeitstageffekt im vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukt. Eine empirische Analyse anhand saisonaler Zeitreihenmodelle • Peter Huber, Iulia Traistaru, Regionale Entwicklung und Anpassung des Arbeitsmarktes in Ost-Mitteleuropa

Peter Huber (WIFO)
Herbert Brücker (DIW)

■ Auswirkungen und Ausnutzung von Übergangsfristen für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte nach der EU-Erweiterung

Mit der Unterzeichnung des Beitrittsabkommens mit den ostmitteleuropäischen Beitrittskandidatenländern ist der institutionelle Rahmen der nächsten Erweiterungsrunde der EU festgelegt. Im Bereich der Freizügigkeit wurden flexible Übergangsfristen ausverhandelt. Sowohl die alten als auch die neuen Mitgliedsländern müssen nun Strategien entwickeln, wie diese Übergangsfristen genutzt werden können, um für beide Seiten den größtmöglichen Vorteil aus den Wachstumsimpulsen der Erweiterung zu ziehen und zugleich hinreichend Informationen über die optimale Dauer dieser Übergangsfristen zu generieren.

Die Studie gibt einen Überblick über die institutionellen Regelungen der Übergangsfristen und berechnet das erwartete Migrations- und Pendlerpotential für alternative Szenarien ihrer Dauer. Diskutiert werden zudem Struktur und Ausmaß der Zuwanderung in Abhängigkeit von der institutionellen Ausgestaltung der Übergangsfristen und der Migrationspolitik der anderen EU-Staaten. Schließlich werden Vorschläge zur Gestaltung der Übergangsfristen in Österreich vorgelegt.

- **Die institutionelle Ausgestaltung der Übergangsfristen**
- **Migration**
Bisheriges Ausmaß und Struktur – Schätzung und Simulation des Migrationspotentials – Wirtschaftspolitische Handlungsoptionen
- **Pendeln**
Pendlerzahlen – Quantitative Szenarien – Nutzung der Übergangsfristen
- **Regionale und sektorale Arbeitsmarktauswirkungen**
Empirische Untersuchungen für Österreich – Verteilungsrelevante Auswirkungen – Regionale und sektorale Auswirkungen
- **Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen**
Vorschläge zur Nutzung des migrationspolitischen Handlungsspielraumes während der Übergangsfristen – Flankierende Maßnahmen – Vorbereitung auf die Zeit nach Erteilung der Freizügigkeit

Im Auftrag des Bundeskanzleramtes • November 2003 •
109 Seiten • 20,00 €

Kostenloser Download:
http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24640